



# Marokko.

Aus Tanger wird und geschrieben:

Das Blut, das in Marokko fließt, das schwere Geschick, das seine Bevölkerung erleidet, die Opfer, die dem völlig bankrotten Marokko auferlegt werden, dienen weder einem moralischen, noch einem zivilisatorischen Zweck, noch dem Fortschritt oder irgendeinem aufrichtigen Wunsche, das Schicksal des Landes zu verbessern. Marokko ist die Beute der Finanziers, der Jöhber, der Geschäftsmacher. Sultan Abdül Aziz ist in die Enge getrieben. Die Geldfrage macht ihm zu schaffen und beherrscht ihn vollständig. So hat er sich denn mit Leib und Seele in die Arme der Franzosen geworfen, weil es die Franzosen sind, die ihm Geldmittel liefern. Mit einem Worte, der Sultan ist dabei, sein Reich hypothekarisch zu verpfänden.

Heutzutage vollzog sich seinerzeit unter ähnlichen Umständen die Befreiung von Tunis. Der gegenwärtige Vertreter Frankreichs in Marokko, Herr Regnaud, war damals Sekretär Roussans, des Generalkonsuls und späteren Residenten Frankreichs in Tunis. Beim Falle Roussans setzte Regnaud seine Tätigkeit in Tunis fort, und zwar namentlich in Sachen der öffentlichen Schuld. Als Marokko im Jahre 1904 sich auch schon Schulden zulegte, erschien Regnaud auch hier in der Rolle eines Delegierten der Inhaber der Anleihe-Schuldsscheine in Höhe von 60 Millionen. Von diesem Posten kam er ohne Uebergang auf den Posten des Bevollmächtigten von Frankreich! Man nennt ihn „Vertreter Frankreichs“. In Wirklichkeit ist er der Vertreter der französischen Banken, oder um es ganz deutlich zu sagen: der internationalen Banken.

Die Finanzgruppe, die sich auf Marokko gestützt hat wie ein Schwarm von Geiern, setzt sich aus drei Gruppen zusammen:

- Delegation der Darleher
- Immobilien-Gesellschaft, Staatsbank.

Zwei große französische Banken, die Bank von Paris und den Niederlanden und das Comptoir National d'Escompte agieren hinter den Kulissen. Für die öffentlichen Operationen, für die Spekulationsbeteiligung des Publikums sind die Compagnie Algérienne und der Crédit foncier et agricole de l'Algérie da. Ich lasse eine Menge anderer Gesellschaften und Banken von geringerer Bedeutung, die diesen Markt absuchen, unberücksichtigt. — Wie kann sich nun Marokko gegen eine solche Macht verteidigen? Wie alle hier, Eingeborene oder Nichteingeborene, sind der Gnade der Geldherren ausgeliefert; sie sind, die über die Geschicke dieses Reiches, über unsere Interessen, ja über unser Leben bestimmen.

Gegen Ende des Jahres 1906 gab die Société Immobilière Aktien im Betrage von zwei Millionen heraus, die in ihrem Vorkurs blieben. Es handelte sich darum, sie schnell steigen zu lassen, um so der Spekulation einen „reinen“ Gewinn von 3 oder 4 Millionen zu verschaffen. Die Bestellungen dieser Gesellschaft befinden sich innerhalb Tangers. Man gedachte nun eine plötzliche Landung französischer und spanischer Truppen herbeizuführen, die die genannten Bestellungen mit einem Schloge in die besetzte Zone gebracht hätten: Eine unmittelbare Wertsteigerung der Grundstücke wäre die Folge gewesen! Um das zu erreichen, mobilisierte man die französischen und die spanischen Geschwader. Am 20. Dezember sollte die Landung stattfinden; aber der spanische Admiral Matta widersetzte sich energisch, denn „er sah den Grund nicht ein.“

Der Coup mißlang also. Man mußte eine günstigere Gelegenheit abwarten. Aber in Tanger bot sie sich nicht. Man fand sie in Casablanca. Man hat eine blühende Stadt bombardiert, massakriert, geplündert, zerstört. Man hat das Land im Umkreise von 20 Kilometer verwüstet. Man hat die Araber durch Melinit auf weite Entfernungen getötet — alles auf Kosten des marokkanischen Staatskassas, den man natürlich verpflichtet, alles zu bezahlen: Entschädigungen, die militärischen Kosten usw. Auf diese Weise kommt zu den alten Staatsschulden eine Schuld von mehr als 100 Millionen hinzu, die das „marokkanische Marokko“ niemals zu zahlen imstande sein wird.

Angesichts dieser schrecklichen Krise entstand im Süden eine nationale Bewegung, deren Haupt Mulay Hafid ist. Der arme Mulay Abdül Aziz aber, bedrängt durch den Mangel an Mitteln und die ständig wachsende Schuld kümmert sich an Herrn Regnaud und bewilligt ihm alles, alles — auch das Protektorat, wenn er nur Geld schafft. Die Kapitalisten triumphierten über der ganzen Linie. Was die Franzosen durch die Diplomatie nicht erreichen konnten, erhalten sie durch das Konsortium der Banken.

Auf Kosten des ruinierten, verelendeten Volkes, das in Gärten lebt und sich, man weiß nicht wovon ernährt, auf Kosten dieser Masse, die die Regiere ausbeuten und die scheinbare Oligarchie auf der niedrigen Stufe der Erniedrigung und des Elends hält, rafft das reiche Europa Reichthümer zusammen, macht es Gewinne und große Dividenden, und alles das wohlverstanden unter dem Deckmantel eines „humanitären“ Wertes und eines „Reform“-Unternehmens. Das ist die wahre Situation in Marokko. Man darf sich nicht mit leeren Worten betören. Niemals hat das Kapital mit solcher Unverschämtheit und Frechheit seine Macht gebraucht.

Man vergleiche die Situation Marokkos von jetzt vor sechs Jahren mit der von heute, und man sieht die Wirkungen der europäischen Politik. Die inneren Verhältnisse des Landes haben sich nicht geändert, aber man spürt den unheilvollen Einfluß äußerer Mächte, die das Verderben, die Verarmung, den Verfall des marokkanischen Staates herbeigeführt haben. Eine Völkerverflechtung hat Marokko als ihr Betätigungsfeld gewählt. Um die niederträchtigsten Maßnahmen zu rechtfertigen, hat man die Notwendigkeit von „Reformen“ vorgeschoben. Gewiß, alle Länder, alle Gemeinschaften haben Reformen nötig. Aber diese müssen angemessen und logisch sein. In Marokko ist man in den Unfinn, im Abwärtigen verfallen, indem man vollständig von den wahren Notwendigkeiten und den wirklichen Bedürfnissen dieses Volkes abließ.

Die Gleichgültigkeit Europas vor dem, was hier geschieht, ist einfach verwerflich. Um der Ehre der Menschheit willen sollte man nicht mehr dulden, daß gierige, diebische Finanziers unter Gefährdung des europäischen Friedens, nur um ihre Gabel zu befriedigen, es unternehmen, eine ganze Rasse, ganze Völker zu vernichten, die nichts verlangen, als ruhig zu leben.

Paris, 18. Oktober. Wie hier verlautet, hat der gestrige Ministerrat infolge der Darlegungen des Ministers des Auswärtigen schon über die politische und finanzielle Lage Marokkos namentlich den Entschluß gefaßt, die Aktion des Sultans behufs Befestigung seiner Autorität und Wiederherstellung der Ordnung zu unterstützen. Mehrere Blätter meinen, es sei klar, daß diese Unterstützung auch finanziellen Beistand in sich schließt.

Paris, 18. Oktober. Wie aus Casablanca gemeldet wird, besuchte der Araber von Tadelat den General Drude an der Spitze einer Mahalla. Der Besuch wäre bedeutungsvoll, wenn nicht die Aufrichtigkeit der Besucher zweifelhaft wäre. Die Mahalla Mulay Hafids verließ Tetan und lagerte sich, 23 Kilometer von Casablanca entfernt, in der Nähe der Mahalla des Arabers von Tadelat. General Drude hat seine Vorkehrungen verstärkt.

London, 19. Oktober. Nach einer Meldung aus Casablanca hatte General Drude gestern eine Unterredung mit den Vertretern verschiedener Stämme aus der Umgebung Casabancas, worin diese ihre Unterwerfung angeboten haben.

London, 19. Oktober. Ein Telegramm aus Tanger berichtet, daß die Mahalla, welche vom Sultan Mulay Hafid gegen den Kaib Anouss sowie gegen die Stadt Mogador entsandt wurde, bei Doha eingetroffen ist. In Mogador legen die Einwohner Zeichen großer Unruhe an den Tag. Der Gouverneur trifft Vorbereitungen, die Stadt zu verlassen und durch Mulay Hafid in die Hände zu fallen. Der französische Konsul hat ein Kriegsschiff nach Mazagan entsandt, um dort die Unterstützung französischer Kriegsschiffe zu erbitten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Oktober 1907.

### Die Vorbereitung des Verrats.

In dem geplanten Verrat der Freisinnigen, über den wir an anderer Stelle berichtet, stimmt es ganz auffallend, daß die Blätter der Freisinnigen Volkspartei, wie die „Freisinnige Ztg.“ und die „Volkzeitung“, den Verrätherischen Vorschlag völlig tolgewidrig haben. Erst heute konstatiert das „Berl. Tagebl.“ wieder, daß freisinnige Zeitungen, die als Organe von Fraktionspolitikern bekannt sind, das Stadium der jüdischen Ueberlegung über den Vorschlag Barths noch nicht passiert haben. In dieser Selbstzensur gehen diese Organe noch weiter als selbst viel mehr rechts stehende Organe. So hat die „National-Ztg.“ Barths Meinung sehr vernünftig gefunden, während die „Alln. Volkzeitg.“ erklärt, daß das Zentrum mitgehen müsse, „verstehe sich ganz von selbst“. Aber das Schweigen der freisinnigen Organe — um die „Wolfszeitung“ ist für Barths Vorschlag eingetreten — ist sehr reich erklärt. Es ist nichts anderes, als die Vorbereitung für den Verrat, der in Frankfurt sich vollziehen soll. Der Freisinn aber handelt da nur auf Befehl der „Deutschen Tagesztg.“, die ja erst kürzlich dekretiert hat: „Daß der Reichskanzler auf diesen Plan nicht eingehen kann, liegt auf der Hand“. Und da das Blindblatt Herrn Barth des neu erfindenden Verbrechen der „Störung des Volkfriedens“ beschuldigt hat, so darf eben der Freisinn mit diesem Verbrechen keine Gemeinschaft mehr halten. Wenn Freisinn genießt die Anrede Herrn Barths den geübtesten Heißt.

Wenn aber, wie die „Voll. Ztg.“ stolz erzählt, der Abgeordnete Reinhardt Schmidt gestern abend in einer Versammlung des liberalen Bürgervereins in Elberfeld mitgeteilt hat, daß die Partei sofort nach dem Zusammentritt des Landtags ihren alten Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen von neuem einbringen werde, um dadurch möglichst schnell eine Stellungnahme der Regierung zu der Wahlrechtsfrage herbeizuführen, so wird das wahrhaftig seinen Menschen mehr täuschen.

Wir erinnern uns, daß die Herren den Antrag bereits in der letzten Session eingebracht haben, ohne das geringste für seine Verurteilung zu tun. Aber auch mit einer Verurteilung, zu der ja die Herren vielleicht von Bülow die gnädige Erlaubnis bekommen haben, ist uns nicht im geringsten gedient. Auf Schamschlägerei, wie sie vor den Wahlen üblich ist, verzichteten wir. Wir wollen endlich unser Recht, und die Liberalen hätten die verbundene Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß endlich in der Frage des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, das auch eine Forderung ihres Programms ist, etwas geschieht! Da sie statt dessen nur daran denken, den Junkern darin beizustehen, dem Volke sein Recht noch länger zu rauben, so bedauern wir, den Wunsch der „Voll. Ztg.“, daß wir aufhören möchten, die Freisinnige Volkspartei eines Verrates ihrer Prinzipien zu bezichtigen, nicht erfüllen zu können.

### Nur Konsequenz!

Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ polemisieren gegen die Behauptung, daß die Bestimmung des neuen Vereinsgesetzes über das Verbot der nichtdeutschen Reden einen Verfassungsbruch bedeute. Dabei sagt das Blatt:

„Es handelt sich aber gegenwärtig um ein Gesetz des Reiches, und Reichsrecht geht ohne weiteres über Landesrecht. Mithin kann von einem Verfassungsbruch bei der gemutmaßten Regelung der Sprachenfrage im Reichsvereinsgesetz absolut nicht gesprochen werden.“

Damit stellt sich das Blatt ganz unumwunden auf den Boden unserer Auffassung, daß der deutsche Reichstag ohne weiteres das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Wahl zu allen Landtagen ohne weiteres beschließen kann! Da eine knappe Majorität für diesen Antrag, für den ja alle Freisinnigen stimmen müssen, vorhanden ist, so ergibt sich so ein einfacher Weg zur Durchführung des gleichen einheitslichen Staatsbürgerrechts in ganz Deutschland! —

### Kopfsch-Nannitverstan.

Der freisinnige Verein zu Gr. Lichtersfelde hielt am 17. Oktober eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Kopfsch über das Thema „Wahlpolitik und Wahlrecht“ sprach. Jedoch wurde der Zusammenhang der beiden Gegenstände aus seinem Vortrag nicht recht ersichtlich; Herr Kopfsch verteidigte den Bloch als eine Frucht der bittren Notwendigkeit, des Kampfes gegen Sozialdemokratie und Zentrum; eine Brücke zum Wahlrechtssystem fand er aber nur dadurch, daß er erklärte: „In der Wahlrechtsfrage stehen uns die Nationalliberalen am nächsten“. Was Herrn Kopfsch freilich nicht hinderte, gleich darauf zu versichern, daß er ein unbedingter Anhänger des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts sei.

Genosse Kaliski, der zur Diskussion das Wort ergriff, wies die totale Unrichtigkeit der Wahlpolitik auf dem Gebiet der Verwirklichung wie der Gesetzgebung in längeren Ausführungen nach und schloß mit der Bitte an den Referenten, ihm folgende zwei Fragen zu beantworten:

1. Wie gedenkt sich der Herr Reichstagsabgeordnete Kopfsch gegenüber dem Entwurf eines Reichs-Vereinsgesetzes zu verhalten, der polizeiliche Ausnahmbestimmungen gegen Nichtdeutsche enthält?
2. Wie stellt sich der Herr Landtagsabgeordnete Kopfsch zum Vorschlag des Herrn Dr. Barth, von der Regierung die schleunige Einführung wenigstens des geheimen Stimmrechts zu fordern und die Nichterfüllung dieser Forderung mit dem sofortigen Austritt des Freisinn aus dem Regierungsbund zu beantworten?

Herr Kopfsch führte in seinem Schlusswort bittere Klagen über die Kampfweise der Sozialdemokratie. „Ich habe das Gefühl“, sagte er, „daß man mir Fragen stellen will; ich lehne es ab, diese Fragen zu beantworten“. Erst der Ruf: „Sie sind schon in der Falle!“ belehrte Herrn Kopfsch, daß Verger und Verlegenheit schlechte Berater sind. Er begann also vorsichtig, sich mit den beiden peinlichen Fragen zu beschäftigen, blieb aber im Grunde bei seiner Ablehnung, da er sich auf ein bloßes Herumreden beschränkte. V. U.: Niemand könne wissen, wie das Vereinsgesetz aussehen werde: „man zeige mir den Entwurf und ich werde sagen, wie ich mich zu ihm stelle“. Die Verhandlungen des Einigungsausschusses seien durch schändlichen Verrat und schimpflichen Vertrauensbruch in die Öffentlichkeit gegeret worden (das geht gegen das „Berliner Tageblatt“), man könne von ihm als einem Ehrenmann ein Eingehen auf dieses Thema nicht verlangen. Auf den Ruf, es handle sich doch bloß um seine (Kopfschens) persönliche Stellungnahme, antwortete er mit edler Empörung, er habe doch schon in seinem Referat erklärt, daß er ein Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sei. Würdelt sodann noch etwas Staub auf und verschwand.

Eigentlich müßte Herr Kopfsch allerdings der leidenschaftlichste Gegner aller Ausnahmbestimmungen gegen fremde Sprachen sein, da er doch selber deutsche Fragen nicht versteht, ja nicht einmal deutsche Zeitungen lesen kann. So behauptete er, der „Vorwärts“ habe Barth wegen seines Vorschlages beschimpft und ihn einen „liberalen Piepmeyer“ genannt. Das ist ein entschieden liberaler Irrtum; nicht der „Vorwärts“ hat diese Bezeichnung gegen Barth gebraucht, sondern Barth selbst hat im „V. U.“ von den „liberalen Piepmeyern“ gesprochen, womit er, wenn wir nicht irren, Politiker vom Schlage des Herrn Kopfsch meinte.

Welche Fortschritte die liberal-konservative Paarung macht, kann man daraus ersehen, daß aus einer Gruppe, die Herrn Kopfsch besonders lebhaften Beifall spendete, unaufhörlich der Ruf erklang: „Die Sozialdemokraten sind Juden und Judenfrechtel! Heraus!“

### Der Bremserlauf.

Die Erhebungen über die Wirkungen des Städtischen Bremserlaufes, die Minister Holle gleich nach seinem Amtsantritt anordnete, sind nach dem „Berl. Tagebl.“ jetzt abgeschlossen. Danach sind die von den Gemeinden beschlossenen Erhebungen des Lehrgelbes nur in 10 Fällen von der Regierung nicht bestätigt worden. Zu rund 300 Fällen dagegen hat die staatliche Aufsichtsbehörde die Beschlässe der Kommunen genehmigt. Der „Bremserlauf“ soll nicht außer Kraft treten, da er — wie man an maßgebender Stelle meint — lediglich das verfassungsmäßige Aufsichtrecht des Staates in allerdings etwas scharfer Form ausübt. Der Bremserlauf soll nur in Fällen größter Notwendigkeit und äußerst milde gehandhabt werden. Den Gemeinden soll künftig auch die Entscheidung der Regierung stets unter Angabe der Gründe mitgeteilt werden.

Wie gnädig! —

### Die „liberale Hera“ Holle.

Die „Magdeb. Ztg.“ verzeichnet das Gerücht, daß der Gedanke einer Teilung des Kultusministeriums vorläufig aufgegeben worden sei. Dazu bemerkt die „Deutsche Tagesztg.“: „Ein irgendwie ausgearbeiteter Plan zur Teilung hat nie bestanden, konnte also auch nicht aufgegeben werden. Trotzdem wird der Gedanke, ob eine Teilung vorzunehmen sei, gewiß weiter erwogen werden. Man darf aber nicht erwarten, daß der neue Kultusminister die schwierige Angelegenheit über seine Kräfte brechen werde. Wenn aber eine Teilung geplant und vorbereitet werden sollte, so würde es sich nicht um eine Trennung des Unterrichtsministeriums vom Kultusministerium handeln, da auch der neue Kultusminister davon überzeugt ist, daß Kirche und Schule zusammengehören.“

### Regierung und Reichslügenverband.

Eine Rednerschule des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist am Dienstag in Hannover mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet worden. Diese Schule soll dem Reichsverbande, wie bei der Eröffnung erklärt wurde, scharfe Waffen gegen die Umsturzpartei liefern, und mit großer Reklame wird verkündet, daß die Mehrzahl der 23 Schüler Arbeiter seien. Als ob diese höchstens für die Schüler beschämende Tatsache besonders rühmendwert wäre. Es sind vielleicht Jüglinge der gelben Gewerkschaften, die man sich dem Reichsverbande auch zu gönnen. Was an der ganzen Sache von einiger Bedeutung ist, sind die Lehrer, die den armen Schülern des Reichsverbandes Wissen beibringen sollen. Unter den Lehrern befinden sich nämlich einige Staatsbeamte, ein Vergerat, zwei Professoren der Technischen Hochschule und eine leibhaftige Erzellenz, ein Generalleutnant! Diesen im aktiven Staatsdienst stehenden Personen die Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung zu verwehren, ist nicht unsere Absicht. Der Reichsverband ist aber auf keine politische Ueberzeugung gegründet, sein Ziel ist eine maßlose Verheerung der Bevölkerung, und indem die Regierung hier tatkräftige Hilfe leistet, befördert sie den Reichsverband zu einer Hilfsorganisation der Regierung und macht sich mitschuldig der Verleumdung gegen die Sozialdemokratie. Nicht nur, daß Staatsbeamte mitwirken als Lehrer, die Vorträge finden auch in der Technischen Hochschule statt! Arbeitervereine werden auf Aufforderung der Regierung die Benutzung der den Gemeinden gehörigen Turnhallen verboten! Verheerungen aber, bei denen es sich um die Ausbildung im Verleunden der Sozialdemokratie handelt, leistet die Regierung Vorschub. Das ist die Gleichheit vor dem Gesetze!

### Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung vor dem Kriegesgericht.

Aus Halle a. S. berichtet man uns am 17. Oktober: Wie sich in den Köpfen gewisser Behörden die sozialdemokratische Arbeiterbewegung malt, das ergab eine heute vor dem Kriegesgericht der 8. Division stattgehabte Verhandlung gegen den 31jährigen Wehrmann Hermann Maderale von Schweiditz bei Wittenberg. Der Angeklagte ist von Verus Maurer, Vater von 3 Kindern, hat sich beim Militär sehr gut geführt und ist bisher unbestraft. Gelegenlich seiner letzten 14 tägigen Uebung im Juli d. J. bei dem Artillerie-Regiment Nr. 40 in Burg hatte Maderale Sonntagurlaub bekommen. Er ist Vorsitzender der Filiale des Maurerverbandes in Gießen und ging mit Soldatenhose, Jackett und Hut besetzt in das Arbeiterkafino, um seinem Schwager, dem Maurer Kreuzmann mitzutheilen, er möchte sein, des Angeklagten Korn vom Felde hereinholen. Der Aufenthalt in dem Kafino hatte etwa fünf Minuten gedauert; der Angeklagte hatte nur einen Schnitt Bier getrunken und nach Rücksprache mit seinem Schwager sofort wieder das Lokal verlassen, da er noch an selber Sonntagnachmittag zur Uebung nach Burg zurück mußte. Bald nach seinem Weggange kamen der Amtsvorsteher und der Oberwachmeister in das Lokal, wo eine Maurerverammlung stattfinden sollte. Da aber der Forderung der Versammlung Maderale nicht anwesend war, verlangte ihn der Amtsvorsteher zur Stelle, widrigenfalls die Versammlung nicht stattfinden sollte. Man schickte zu Maderale. Da dieser aber bereits zur Uebung wieder abgereist war, verbot der Amtsvorsteher die Versammlung. Maderale wäre es geworden, wenn Maderale auf Anlaß des Amtsvorstehers die Versammlung in der Soldatenküche geleitet hätte. Obwohl das nicht geschah, wird Maderale beschuldigt, durch Betreten des Kafinos als beurlaubter Soldat und durch die Bestellung an seinen Schwager, vom Korn hereinholen, seine sozialdemokratische Gesinnung betätigt haben! Der Ankläger sagte, aus den Zeitungen und aus den Berichten über die Parteitage wisse man, daß Partei und Gewerkschaften eins sind und daß die Gewerkschaften kolossale Summen an die Parteikasse abliefern. Auch der Maurerverband habe eine sozialdemokratische, und nicht bloß eine gewerkschaftliche Tendenz, wie der Angeklagte sage. Der Angeklagte habe der Disziplin einen erheblichen Nachteil zugefügt, weshalb eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu beantragen sei. Das Gericht erachtete Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung nicht als vorliegend, verurteilte den Angeklagten aber wegen verbotwidrigen Besuchs des Kafinos auf acht Tagen Mittelarrest. — Von Reichswegen!

### Eine einzigartige Peters-Demonstration

Im Breslauer am gestrigen Donnerstag. Auf Veranlassung des Warenhausbesizers Barasch, der einen großen Verkauf von Zirkus-, Tingeltangel- und Kabarett-Billets betreibt, hielt Dr. Karl Peters einen Vortrag über „koloniale Wirtschaftspolitik“. Der billige Platz kostete 1 Mark, der teuerste ein Zylinderhut, Grad und 3 M. Das verbündete natürlich, daß in derbemittelte zu der Schauausstellung kamen. Demen zu Liebe gab nun unser Breslauer Bruderblatt, die „Vollswacht“

eine besondere Peters-Nummer heraus, die in der ganzen Stadt erhebliches Aufsehen erregte. Vor allem waren es Auszüge aus dem für Peters blamablen Urteil des Disziplinargerichtshofes und die tapfere Rede des Majors Donath in München, die einen Willkommensgruß für den Nationalhelden abgeben mußten. Die so ausgestattete Nummer, die in jeder der Haupttribünen eines Petersbelrag enthielt, wurde eine Stunde vor Beginn der Vorstellung vor dem Theater an die Besucher verteilt und fand reichenden Absatz. Eine in der Nähe postierte Schutzwache, bestehend aus handfesten Metallarbeitern, sorgte für die nötige Sicherheit umherverzeiler. Auch in der zufällig tagenden Stadtverordnetenversammlung fanden die Vertersbegleichungen reichenden Absatz. Interessant war, daß der Herr Doktor Karl Peters niemand hatte, der die Veranstaltung übernommen hätte. So war er, der bluttreue Arier, der Sozi- und Judenstößer, auf den jüdischen Manager Parash angewiesen. Und derselbe Parash, der den Bilettertrieb für Peters hatte, machte ein famoses Geschäft mit der Peters-Nummer der „Volkskraft“, die unaufrichtig verlangt wurde und hier wie in den Zeitungs-Kiosken „abging wie warme Semmeln“. Das schönste aber ist, daß die Kolonialgesellschaft, die doch eigentlich die Berufsenge gewesen wäre, als Impresario des Nationalhelden zu fungieren, sich auffällig von ihm fernhielt, ja sogar für den nächsten Tag eine Konkurrenzvorstellung avisierte!!

### Denkmalsport.

Aus Baden schreibt man uns: Die badischen Nationalliberalen hielten ihre Landesversammlung am 9. und 10. November in Pahr. Zuerst tagt der engere Ausschuss, dann treten die Delegierten zusammen. Ihr wichtigstes Geschäft ist gegenwärtig die Propaganda für ein Landesdenkmal des Großherzogs Friedrich I., zu welchem auch die kleinste Dorfgemeinde beizutragen Gelegenheit finden soll. Die Oberbürgermeister der badischen Städte mühten nach dem Vorschlag der „Badischen Landeszeitung“ diese Denkmalsgründung, welche etliche Millionen kosten soll, in die Hand nehmen. Da die Sozialdemokratie Badens in über hundert Gemeinden ihre Vertreter auf dem Rathause sitzen hat, dürften unsere Genossen überall Gelegenheiten erhalten, sich von den bürgerlichen Patrioten belehren zu lassen, daß die vaterlandslosen Gesellen nach berühmten Mustern der Pietät und des Takties auch für einen Leichenstein des Fürsten zu schwärmen haben. —

### Ein Kriegsgerichtsurteil mit antimilitaristischen Wirkungen.

Der Ausleiter Kürzberger vom Infanterieregiment Nr. 132 in Straßburg wurde oft zum Nacherzieren herangezogen und mißhandelt. Der Sergeant Vamez ließ ihn auf dem Schießstande unnötigerweise hin- und herlaufen und stieß ihn gegen die Gewehrstützen; der Unteroffizier Reichmann schlug ihn ins Gesicht. Das gefiel dem Kürzberger, wie jedem unabhängigen Menschen, nicht, und am 22. August verließ er seinen Truppenteil, kehrte aber bereits am 4. September wieder zurück, nachdem er die Zeit meist im Freien verbracht und sich mit Früchten ernährt hatte. Jetzt hat ihn das Kriegsgericht wegen unerlaubter Entfernung zu 6 Wochen 1 Tag Gefängnis verurteilt. Die Vorgefekung aber, die den armen Teufel erst zu der „unerlaubten Entfernung“ getrieben haben, kamen mit je 10 Tagen Gefängnis davon. Solche Urteile sind jedenfalls entschieden geeignet, die Soldaten mit antimilitaristischen Ideen zu erfüllen. —

### Oesterreich.

#### Vom Militarismus.

Nach Annahme eines Dringlichkeitsantrages Ellenbogen (Soz.), betreffend die Betriebszustände bei der Staatsbahnengesellschaft begründet Genosse Kefel in der gestrigen (Freitag-) Sitzung des Abgeordnetenhauses einen Dringlichkeitsantrag in Sachen der Begnadigung zweier wegen Mißhandlung von Soldaten verurteilter Unteroffiziere sowie wegen Regelung des Beschwerderechts der Mannschaften. Er betonte, daß die Begnadigung dieser Unteroffiziere bereits erfolgt war, als der Landesverteidigungsminister in seiner damaligen Beantwortung der Interpellation ihre Verurteilung mitteilte, und daß die Rückverlegung der Begnadigten den Selbstmord noch eines Soldaten zur Folge gehabt habe. Er verlangt die Abänderung des Beschwerderechts der Mannschaften zur Verhinderung von Soldatenmißhandlungen.

In der Beantwortung einzelner Fragen des Dringlichkeitsantrages stellte der Landesverteidigungsminister fest, daß die Begnadigung auf Grund der gerichtlichen Rechte von dem Stadt-Commandanten vollzogen worden sei. Nach Bekanntwerden der Begnadigung, welche der erforderlichen rechtlichen Gründe in ausreichendem Maße entbehrt hatte, seien sofort entsprechende Verfügungen zur Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse getroffen worden. Ferner sei eine Verfügung erlassen, nach welcher die wegen Verlegung der Dienstvorschriften gerichtlich verurteilten Unteroffiziere nach Verhängung ihrer Strafe versetzt werden müssen. Eine Veränderung des Beschwerderechts bilde seit langem einen Gegenstand der Beratungen im Reichskriegsministerium. Endlich teilte der Minister mit, daß weder ihm noch dem Kriegsminister bei der damaligen Beantwortung der Interpellation die Begnadigung bekannt gewesen wäre, da Begnadigungen amtlich nicht zur Kenntnis der Ministerien gelangen. (1) Wegen die abfällige Bemerkung des Abg. Kefel über den in der Armee herrschenden Geist bemerkte der Minister, er sei seit 40 Jahren Soldat und habe in allen Teilen der Monarchie Gelegenheit gehabt wahrzunehmen, daß der Geist der Soldaten ein vorzügliches sei und gottlos auch bleiben werde.

Die Rede des Ministers wurde wiederholt von lärmenden Protestrufen unterbrochen.

### Italien.

#### „Gnade“ für Recht.

Rom, 18. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Bekämpfung der Staatsbahnverwaltung, welche die Anführer des Eisenbahnstreiks zu entlassen und über die anderen Streikenden mildere Disziplinarstrafen verhängen zu wollen androht, hat eine allgemeine Gärung hervorgerufen. Nichtsdestoweniger dürfte trotz der notorischen Streikbereitschaft der organisierten Eisenbahner die Proklamierung des Generalsstreiks im Bahnbetriebe jetzt nicht erfolgen, sondern eventuell erst im Falle der Anwendung der verhängten Strafen. Jedoch wird die bevorstehende Entbindung der Königin den Verurteilten Amnestie bringen soll! —

Von was für Faktoren doch in der Monarchie das Wohl und Wehe der Arbeiter abhängt: unter Umständen sogar vom — königlichen Klapperstorch!

Rom, 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. (Privatdep. d. „Vorwärts“.) Die Entscheidung in der Organisation der Eisenbahner wird morgen fallen.

Der „Avanti“ meldet, daß Turiner industrielle Scharmacher den Mailänder Karabinieri, die wie die Wahnsinnigen auf die Arbeiter geschossen haben, goldene Medaillen überreichen wollen!!

Der offizielle Draht meldet:

Rom, 18. Oktober. Der Eisenbahnverkehr geht in ordnungsmäßiger Weise vor sich; zu irgend welchen Störungen ist es nirgend gekommen. Alle Blätter sprechen sich lebhaft gegen einen eventuellen Ausbruch der Eisenbahner aus und halten dem Eisenbahnpersonal vor, daß die öffentliche Meinung so sehr dagegen

ist, daß ein Ausbruch mit einer vollständigen Niederlage der Eisenbahner enden würde. Der „Messaggero“ weist darauf hin, daß sogar die Führer der Sozialisten durchaus gegen den Ausbruch sind. —

## Die russische Revolution.

### Ein feines Pläuschen.

Der Telegraph übermittelt der staunenden Welt folgende Nachricht:

Petersburg, 18. Oktober. In einem geheimen Ministerrat ist dieser Tage beschloffen worden, in der Duma gleich zu Beginn der Verhandlungen nationale Streitfragen in den Vordergrund zu bringen, um den russischen Chauvinismus zu entzünden, die allgemeine Aufmerksamkeit von sozialen Fragen abzulenken und Zwietracht zwischen russischen und nicht-russischen Abgeordneten zu säen. So wird z. B. in einer der ersten Dumasitzungen die Frage der Trennung einiger Bezirke des Gouvernements Lublin vom Königreich Polen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Diese Bezirke, aus denen ein besonderes „Gouvernement Chelm“ gebildet werden soll, sind zum Teil von orthodoxen Kleinrussen bewohnt. Deshalb sollen sie als „rein russisches Land“ vom Königreich Polen losgelöst werden und eine eigene Verwaltung erhalten, was natürlich zu einer großen nationalen Debatte führen wird. Auch nationale Fragen der Ostsee-Provinzen und des Kaukasus werden zur Sprache gebracht werden mit Betonung des Grundsatzes: „Auskland für die Russen“. —

„Wär der Gedank nicht so wertvollt geschiet, man wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“ Diese Herren Minister haben nämlich nur die Kleinigkeit übersehen, daß die Reichsduma selber, wenn sie sich nicht aus lauter schwarzen Wanditen zusammensetzt, die Dinge, über die sie zuerst verhandeln will, mitzubestimmen sich erlauben wird. Dem Herrn Ministerpräsidenten, dessen Gedächtnis recht schwach zu sein scheint, dürfte bei dieser Gelegenheit wieder zum Bewußtsein gebracht werden, was ihm trotz aller Erfahrungen mit dem zweiten russischen Reichsparlament wohl aus der Erinnerung geschwunden ist — das bedeutende Wort:

Der Stolypin „denkt“, die Duma lenkt!

### Die Regierung der Holigans.

Petersburg, 18. Oktober. (Auss. Kor.) Da in Odesa durch die fortgesetzten schweren Erzfälle Handel und Gewerbe mehr und mehr in Verfall geratet, wandten sich einige Hundert Odesaer Bürger mit dem Stadthaupt Protosopoff an der Spitze an den Ministerpräsidenten Stolypin und verlangten, daß besondere Beamte nach Odesa geschickt würden, um das Verhalten einiger Generale zu untersuchen, welche offen die Untaten der Verbändler begünstigen.

Der kommandierende General des Militärbezirks Kasan, Karasjo, ist verabschiedet worden, weil der Verband des russischen Volkes ihn benutzte, daß unter seinem Einfluß das Kasanische Militärgericht zu wenig Todesurteile fälle!

## Aus der Partei.

### Parteiliteratur.

Im Kommissionsverlag von Paul Singer in Stuttgart ist soeben erschienen: Rechtsstaat und Klassenjustiz. Vortrag, gehalten zu Stuttgart am 20. August 1907 von Dr. Karl Liebknecht. Preis 20 Pfennig.

Gemeinbewähler. Bei der Gemeinderatswahl in Passau ist im Oberloislag gelang es unseren Genossen, im ersten Wahlgange von sechs Mandaten zwei zu erobern. Bei den vier anderen Mandaten ist eine Nachwahl erforderlich. Die sozialdemokratische Bewegung im Orte ist noch ziemlich jungen Datums.

### Die Angelegenheit Koll-Frank.

Genosse Koll hatte im Karlsruher „Volksfreund“ die Stellung der Mannheimer „Volksstimme“ zur Affäre dadurch als belanglos hinzustellen versucht, daß er behauptete, der leitende Redakteur der „Volksstimme“, Genosse Dolar Ged, habe einen Urlaub angetreten und sein Stellvertreter kenne die badischen politischen Verhältnisse nicht genügend. Dagegen wendete sich Genosse Dolar Ged in der „Volksstimme“ in einer Erklärung, worin es heißt, daß die Rücksicht auf die Erhaltung des Großblods unserer Partei nicht so weit getrieben werden dürfe, daß dadurch die eigenen Parteiprinzipien verletzt werden.

Die letzte Nummer der Mannheimer „Volksstimme“ bringt nun zu dem Artikel Kolls eine Erklärung, die u. a. befragt:

1. Die Kommission ist mit der Haltung der Redaktion in dieser Frage völlig einverstanden.  
2. Es ist unvahr, daß während des Urlaubs des Genossen Dolar Ged ein Genosse in die Redaktion eingetreten ist, welcher die badischen Verhältnisse nicht kennt. Es ist als Ersatz für Dolar Ged überhaupt niemand eingetreten, sondern seine beiden Redaktionskollegen, die Genossen Emil Patzer und Th. Huth, haben die Arbeit Dolars mit übernommen. Das weiß der Genosse Koll. Daß die zwei Genossen die badischen Verhältnisse nicht kennen sollen, kann Genosse Koll bei ruhiger Würdigung der Verhältnisse doch wohl selbst nicht annehmen.

3. Die Kommission ist der Meinung, daß die prinzipielle Beurteilung der vorerwähnten Frage mit badischer Politik überhaupt nichts zu tun hat.

Von der badischen Parteipresse hat auch die Örracher „Arbeiterzeitung“ entschieden gegen die Veteiligung Stellung genommen. Ebenso das Parteiblatt der benachbarten Pfalz, die „Schwäbische Tagwacht“ zu Stuttgart. Sie sagt in ihren Bemerkungen, die sich auf die Erklärungen des Genossen Koll beziehen, u. a.: „Es ist wohl kaum jemals die sogenannte Kompromisspolitik, die wir unter gewissen Voraussetzungen für notwendig halten, schwerer in Mißkredit gebracht worden, als durch diese „Rechtfertigung“...“

Die „Mannheimer Post“ macht es uns auch gewissermaßen zum Vorwurf, daß wir sie genannt haben als eines der größeren Parteiblätter, die nicht Stellung zu der Affäre genommen haben. Sie meint, wir hätten mit dem Finger auf sie gewiesen. Wir haben das nicht getan und es nicht beabsichtigt, sondern lediglich unserer Verächterpflicht genügt. Unser Münchener Parteiorgan sagt weiter:

„Ständig müssen wohl die Parteizeitungen mit Vagatelshöhen, mit persönlichen Auseinandersetzungen gefüllt werden, damit sich um Himmelswillen keine einmütige Kampfbegeisterung in der Sozialdemokratie entwickelt. Die „Mannheimer Post“ glaubt dem Parteinteresse dadurch am besten dienen zu können, daß sie ihre Angriffs-kraft nicht durch kleinliche Geben mit Parteifreunden zerplittert, sondern sie ungeschwächt gegen die Parteifeinde richtet. Und deshalb geht sie über die inhaltlichen Angriffs- und Beleidigungsdarstellungen der Gegner und Freunde der Genossen Koll und Frank einfach zur Tagesordnung über.“

Wir können hierin unserem Münchener Bruderorgan nicht zustimmen. Wir bringen solche Dinge wahrhaftig auch nicht gern, aber wir halten es für nötig, daß die Parteigenossen informiert werden. Uebrigens glauben wir, daß die „Mannheimer Post“ zu schwarz sieht. Die Sozialdemokratie kann sachliche Auseinandersetzungen persönliche haben wie unseres Wissens in dieser Angelegenheit nicht gebracht schon vertragen. Deswegen leidet die

Entwicklung einmütiger Kampfbegeisterung gegen unsere Feinde nicht. Wenigstens wäre schlimm, wenn es anders sein sollte, was wir aber nicht annehmen!

Die Konstanzer sozialdemokratischen Stadtverordneten sollen, wie bürgerliche Blätter zu berichten wissen, bei den Feierlichkeiten anlässlich der Ueberführung der großherzoglichen Leiche von der Rainau bis Konstanz beteiligt gewesen sein. Der Karlsruher „Volksfreund“ bemerkt dazu: Und ist eine solche Mitteilung nicht zugegangen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung des früheren national-liberalen Reichstagsabgeordneten Fabrikanten Münch-Ferber hatte sich Genosse F. Gohler von der „Oberfränkischen Volkszeitung“ zu Hof zu verantworten. Es handelte sich um eine Erörterung der bekannten Lantien- und Erbschaftsaffäre des Herrn Münch-Ferber, der wegen dieser Dinge seinerzeit sein Mandat niederlegen mußte. Die angeklagte Straftat war 1903 begangen, der Prozeß hatte sich 4 1/2 Jahre hingezogen. Das Gericht erachtete den Beweis nicht für vollständig erbracht und erkannte auf 100 Mark Geldstrafe. Der moralisch Verurteilte bleibt Herr Münch-Ferber.

Die Revision in Sachen der Beurteilung des Genossen Prüter von der „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“ wurde gestern vom Reichsgericht verworfen. Unser Kieler Bruderblatt hatte die Nachricht abgedruckt: bei der Weihnachtsgeldverteilung innerhalb der Eisenbahndirektion Essen sei das Fahrpersonal leer ausgegangen, während der Präsident 8000 M. erhalten habe. Die Information war falsch, das Landgericht Kiel verurteilte Prüter zu 800 M., das Reichsgericht wie — wie gesagt — die Revision zurück. — Die Revision des „Vorwärts“ in derselben Angelegenheit wurde kürzlich verworfen.

Revision eingelegt. Sechs Monate Gefängnis hatte der Staatsanwalt in dem Prozeß vor dem Landgericht Zorgau gegen Genossen F. Dabell von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden beantragt wegen angeblicher Beleidigung von Kolonialbeamten. Das Landgericht sprach unseren Genossen bekanntlich frei. Jetzt hat nun der Staatsanwalt Revision gegen das freisprechende Urteil des Zorgauer Landgerichts eingelegt. Hoffentlich wird man damit ebensowenig Erfolg haben, wie bei der ersten Instanz.

Ein Freispruch. Genosse Witmaad von der Magdeburger „Volksstimme“ war von einem Schmiedemeister wegen „Beleidigung“ verklagt worden, weil die „Volksstimme“ die Beurteilung des Schmiedemeisters wegen Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen betreffend Weichstiftungsdauer der Lehrlinge gemeldet hatte. Das Gericht mußte natürlich den Genossen Witmaad freisprechen. Verwunderlich ist nur, daß überhaupt Anklage erhoben werden konnte.

## Soziales.

### Zufälligkeit des Gewerbegerichts für Zahntechniker.

Der Zahntechniker Sch. klagte beim Gewerbegericht Berlin gegen den approbierten Zahnarzt Dr. Kivi auf Schadenersatz wegen unberechtigter Entlassung. In der Verhandlung vor der Kammer 8 wandte der Beklagte ein, daß das Gewerbegericht für die Streitigkeiten zwischen approbierten Zahnärzten und ihren Angestellten nicht zuständig sei. Es wird festgestellt, daß Kläger im Laboratorium des Beklagten in Gemeinschaft mit zwei Lehrlingen lediglich mit dem Anfertigen künstlicher Gebisse beschäftigt war. Der Kläger verteidigt darauf, daß er auch der Arztkammer der Optiker und Mechaniker angehören müsse. — Das Gewerbegericht erklärte sich für zuständig und führte dazu aus: Der Arzt als solcher, auch der approbierte Zahnarzt, unterliege allerdings nicht dem Gewerbegericht. Wenn er aber ein Laboratorium habe, wo er Leute lediglich mit dem mechanischen Dienste der Anfertigung künstlicher Gebisse beschäftigt, dann sei das ein Gewerbebetrieb, der die Zuständigkeit des Gewerbegerichts für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der dort beschäftigten Gehilfen begründe. In der Streiffrage selbst mußte Vertagung erfolgen.

### „Vorbereitende Handlung“ vor dem Kaufmannsgericht.

Die wunderliche Konstruktion einer „vorbereitenden Handlung“ Schule macht, lehrte ein gestern vor dem Kaufmannsgericht verhandelter Rechtsstreit. Der Buchhalter Siegfried F. war von der Kurzwarenfirma F. Nielowitz sofort entlassen worden, weil er in einem Notizbuch sich die Adressen der Lieferanten der Firma notiert hatte. Der Chef hatte zufällig bemerkt, daß F. im Besitze eines solchen Notizbuches ist, und letzterer hatte auf einen diesbezüglichen Vorhalt hin das Buch sofort herausgegeben. Wie er erklärte, sollten die Namen für ihn nur Hinweise auf bestimmte buchhalterische Arbeiten sein. Der Prinzipal führte zur Begründung der sofortigen Entlassung aus: In der Kurzwarenfirma sei nicht nur eine sehr scharfe, sondern auch sehr gehässige Konkurrenz. Wenn er auch nicht behaupten wolle, daß der Kläger mit der Notierung der Adressen schon ein Konkurrenzunternehmen organisiert habe, so erblicke er immerhin darin eine vorbereitende Handlung. Gerade die Adressen der Lieferanten seien das wichtigste, und wer die besten Bezugsquellen wisse, der „mache das Nennen“. Ein Geisiger bemerkte demgegenüber: wenn der Kläger das gewollt hätte, so hätte er die Adressen sich jedoch leicht aus einem Fach-adressbuch beschaffen können. Auch die Kammer in ihrer Gesamtheit kam nicht zu der Ueberzeugung, daß der Beklagte ausreichenden Grund zur sofortigen Entlassung des Klägers hatte. In dem Abschreiben der Adressen an sich sei nicht ein grober Vertrauensbruch zu erblicken. Nur wenn Kläger das Buch nicht gleich herausgegeben hätte, so hätte der Verbaht eine Entfremdung des Vertrauens beim Chef begründet. — Das restierende Gehalt von 180 M. zahlt darauf der Beklagte auf dem Wege des Anerkennnisses.

### Die „Gnädige“ vor Gericht.

Wegen gefährlicher Körperverletzung hatte sich die Fabrikantengattin Rosa Veruhaupt vor dem Schöffengericht Nürnberg zu verantworten. Die Verhandlung lieferte einen interessanten Beitrag zum Kapitel Dienstbotenfrage. Das Dienstmädchen der Frau Veruhaupt, Magdalena Mackert, hatte den Dienst aufgesündigt, weil sie zu sehr unter den unästhetischen Angriffen des „gnädigen Herrn“ zu leiden gehabt habe. Die Gnädige rächte sich durch Einbehaltung des Lohnes und einen böshlichen Entzug in das Dienstmädchenbuch. Das Geld gab sie schließlich notgedrungen heraus, als aber das Mädchen mit einer christlichen Aufforderung der Leitung des Dienstbotenvereins, den Entzug im Buch zu beistimmen, zu der Veruhaupt ging, ließ sie diese erst verleugnen, worauf sich das Mädchen zu einer im gleichen Hause wohnenden Bekannten begab, die ihre Sachen in Verwahrung hatte. Mächtig drang die Dame in das Zimmer ein und schlug ohne weiteres auf das Mädchen ein, erst mit der Faust, dann mit einem Handtäschchen, das mit stählernem Bügel versehen war, bis das Mädchen blutend und mit zerrissener Bluse zusammenbrach. Vor Gericht gab sie alles zu und entschuldigte sich mit „Aufgereiztheit“. Das Gericht erkannte auf ganze fünf Mark Geldstrafe. Welche Strafe hätte das Mädchen erhalten, wenn es in gleicher Weise die „Herrschaft“ blutig geschlagen hätte?

### Sum Gefünde-Unrecht.

Das Dienstmädchen Velaschel war vom Landgericht Frankfurt a. O. auf Grund des Gesetzes vom 24. April 1854 wegen unerlaubten Verlassens des Dienstes zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Nach dem Gesetz ist ein Strafantrag der Herrschaft erforderlich. Diesen hatte nicht der Dienstherr, sondern dessen Frau gestellt. Das Kammergericht hatte am Montag als Revisionsinstanz zu prüfen, ob sie dazu berechtigt sei. Es erkannte die

Berechtigung der Frau dazu an und verwarf die Revision des Mädchens. Schon nach der Gesindeordnung müsse der Frau die Berechtigung zugebilligt werden, einen Straf Antrag im Sinne des Gesetzes vom 24. April 1854 zu stellen, wenn ein Gesinde den Vertrag bräche, denn nach der Gesindeordnung hätte sie das Mädchen selbständig annehmen können. Diese Auffassung werde jetzt noch bekräftigt durch die Bestimmungen des § 1357 des Bürgerlichen Gesetzbuches über das Entschuldigungsrecht der Frau. Auch diese wären dahin anzulegen, daß die Frau des Dienstherrn das Recht zu einem Straf Antrag gemäß dem Gesetz von 1854 habe.

## Aus Industrie und Handel.

Wir sind die Herrscher!

Der Beschluß des Kohlenyndikats, für das nächste Geschäftsjahr die bisherigen Preise beizubehalten, wird noch besonders kommentiert durch eine Auslassung in der „A. Volksztg.“ Das Blatt schreibt:

„Das Kohlenyndikat hat in seiner Sitzung vom 14. Oktober, wie verlautet, auch mit dem Rückgang im Eisengroßgewerbe sich beschäftigt. Wie uns aus dem Syndikat nachsehbenden Kreisen mitgeteilt wird, ist dabei auch die Frage zur Sprache gekommen, ob dem Beispiel des Stahlwerksverbandes folgend, das Kohlenyndikat ebenfalls Preiszugeständnisse machen solle, welche auf die Ausfuhrfähigkeit des Eisengroßgewerbes von Einfluß sein würden. Solche Preiszugeständnisse sind aber, nach unserem Gewährsmann, mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Wie sehr dem ein tatsächliches Monopol besitzenden Kohlenyndikat die schlimmen Ereignisse im Eisengroßgewerbe Gelaba sind, geht aus dieser Niederstimmung und auch daraus hervor, daß in der nämlichen Versammlung auch beschlossen worden ist, die jetzigen Richtpreise für das Jahr 1908/09 beizubehalten, mit anderen Worten, die heutigen überaus hohen Kohlenpreise bis zum 31. März 1909 unverändert beizubehalten. Trotz allen Niederganges im Eisengroßgewerbe!“

Das Syndikat kann sich bei seinem rücksichtslosen Vorgehen darauf berufen, daß es Unterstützung gefunden hat bei der preussischen Eisenbahnverwaltung. Die „Frankfurter Zeitung“ macht darauf aufmerksam, daß diesmal der neue Vertrag um einen Monat früher abgeschlossen worden ist, als das in früheren Jahren geschah und daß unmittelbar nach dem Vertragsabschluß die Festsetzung der Richtpreise für das nächste Jahr erfolgte. Die Kohlenmagnaten befürchten wohl, daß in einigen Wochen die Situation auf dem Kohlenmarkt sich verschlechtert haben würde und deshalb beschließen sie schleunigen Vertragsabschluß mit dem Ziel und Festsetzung der nächstjährigen Richtpreise.

### Steiten.

Das Hamburger Bauhaus Söhne u. Co. hat seine Zahlungen eingestellt. Die Höhe der Passiven soll sich auf circa 80 Millionen belaufen, von denen circa die Hälfte als gedeckt betrachtet werden könnten. Der Grund auf dem Kupfermarkt wird als Ursache des Fallissements angegeben. Eine weitere Folge der Steite ist die Zahlungseinstellung einer Reihe anderer Firmen.

Der Kurssturz der United Copper Aktien hat die New Yorker Bankfirma Dito Heinz u. Co. gezwungen, ihre Zahlungen einzustellen.

## Gewerkchaftliches.

### Die unheilige Dreieinigkeits.

Während des Streiks der Käsearbeiter in Memmingen fandte, wie wir feinerzeit berichteten, ein Unternehmer an den Pfarrer einen Brief, worin er diesem mitteilte, daß der jugendliche Arbeiter M. sich am Streik beteilige, daß er so „froh“ sei und Streikposten stehe (!) und sogar an den Versammlung der Streikenden teilnehme. (!!) Der Pfarrer erkannte sofort seine Aufgabe; er denunzierte den jugendlichen Arbeiter der Polizei und diese fertigte sogleich wegen „unbefugten Wirtschaftsbefuches“ einen Strafbefehl aus. Der jugendliche Arbeiter befaß nun, wie man uns schreibt, die weitere „Frohheit“, gegen den Strafbefehl Einspruch zu erheben (!!!) mit dem Erfolge, daß er vom Gericht — freigesprochen wurde. Die Bemühungen des natürlichen Knecht: Unternehmer, Kirche und Polizei, welche sich unbewußt immer zur Anebelung der Arbeiterschaft zusammensanden, waren also vergebens!

### Berlin und Umgegend.

Die Köpferträger versammelten sich am Freitag morgen im Gewerkschaftshaus, um den Bericht über den Stand der Bewegung entgegenzunehmen. Kridow erklärte, daß wenig Neues zu berichten sei. Die Zahl der streikenden Köpferträger, die dem Zentralverband angehören, sei von 77 auf 89 gestiegen; zusammen mit den Mitgliedern anderer Organisationen stehen 106 auf den Streiklisten. Der Redner warnt davor, Streikverbrechen zu leisten und ermahnt zur Einigkeit. In der Innung herrsche mancherlei Streit, die Meister seien mit der bestehenden Lage durchaus nicht zufrieden; der feste Widerstand der Köpfer habe sie überaus gefestigt; derselben festen Widerstand müßten auch die Träger leisten. Karl Heidemann erzählte als ein Beispiel, wie überfällig die Polizei für die Arbeitswilligen eintritt, daß sein Sohn, der als Maurer Arbeit suchte, beim Passieren einer Baustelle in Nixdorf gestört wurde. Der Beamte habe die bloße Anwesenheit des Fremden in der Nähe von Arbeitswilligen als lästig angesehen und ihn ohne weiteres beim Kragen genommen und arretiert. Heidemann protestiert energisch gegen eine derartige Behandlung eines friedlichen Bürgers und wird Beschwerde erheben.

Die Unterstützungsfrage wurde wieder lebhaft erörtert. Der Vorstand beharrt darauf, daß die schuldigen Streikfondsbeiträge bezahlt werden müssen, und er stützt sich dabei auf das Statut. Diejenigen, die viel schuldig geblieben sind, erwarten nun ein größeres Entgegenkommen und möchten die Bezahlung aufschieben, was zu mancherlei Reibungen geführt hat. Heidemann erklärte, daß der Vorstand Erleichterungen gewähren wolle, aber nur bis zu einem gewissen Maße. Die Mitglieder dürften nicht vergessen, daß sie ihre Pflichten in erster Linie erfüllen müßten, wenn sie Rechte geltend machen wollten.

Der Tarifvertrag der Stodarbeiter (Branche des Holzarbeiterverbandes) läuft am 23. Januar 1908 ab. Die Stodarbeiter haben deshalb die Frage erörtert, ob der Vertrag gekündigt oder stillschweigend verlängert werden solle. Sie kamen zu der Ansicht, daß eine unüberänderte Verlängerung des Vertrages den Interessen der Arbeiter nicht entspreche, sondern daß Verbesserungen in mancher Hinsicht notwendig seien. Die Branchenkommission hat einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, der auch die Zustimmung der Vertrauensmänner gefunden hat und am Donnerstag der Branchenversammlung vorgelegt wurde. Der Entwurf stellt in der Hauptsache folgende Forderungen auf: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 51 auf 49 1/2 Stunden. Diese Forderung wird um so mehr für berechtigt gehalten, als etwa der dritte Teil aller Stodarbeiter schon jetzt den Achtstundentag hat, der unter anderen in zwei der größten Betriebe herrscht. Weiter wird gefordert, daß bei schlechtem Geschäftsgange die tägliche Arbeitszeit auf sechs Stunden verkürzt werden muß, ehe Entlassungen vorgenommen werden. Der Mindestlohn soll von 25.50 M. auf 27 M. wöchentlich erhöht werden. Arbeiter, die abwechselnd in Afford und in Lohn beschäftigt werden, sollen in Lohn den durchschnittlichen Afford-

verdienst erhalten. Auf alle Lohn- und Affordarbeiten soll ein Zuschlag von 7 1/2 Proz. gewährt werden. In Betrieben, wo die Löhne erheblich unter dem Durchschnitt stehen, sollen noch besondere Zuschläge vereinbart werden. Um zu verhindern, daß die Löhne der Werkstattarbeiter durch die Heimarbeiter gedrückt werden, wird gefordert, daß auch die Löhne der Heimarbeiter im Tarif festgelegt werden und daß sie die Löhne der Werkstattarbeiter um so viel übersteigen, daß die besonderen Unkosten der Heimarbeiter (Werkstattmiete, Material usw.) gedeckt werden. Die Heimarbeiterlöhne sollen durch die Werkstattkommission unter Mitwirkung der Heimarbeiter festgelegt werden. Arbeiten, die ortsüblich in den Betrieben angefertigt werden, sollen nicht an Heimarbeiter gegeben werden. Ferner enthält der Entwurf Bestimmungen über das Anlernen von Arbeitern, über die Festsetzung der Preise für neue Muster und über die Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises im Sinne der Vereinbarungen, welche zwischen den Vorständen des Holzarbeiterverbandes und des Arbeitgeberverbandes getroffen worden sind. — Mit den Unternehmern der Stoffbranche ist eine Verständigung dahin getroffen, daß die Kündigung des Vertrages, welche am 23. Oktober zu erfolgen hätte, bis zum 23. November hinausgeschoben wird. Inzwischen soll versucht werden, ohne vorübergehende Kündigung zu einer Verbesserung des Vertrages durch Verhandlungen zu kommen.

Der vom Referenten Hildebrand empfohlene Entwurf wurde eingehend diskutiert. Die Versammlung stimmte durch Annahme einer Resolution dem Entwurf zu und beauftragte die Kommission, auf Grund desselben weiter zu verhandeln und das Ergebnis der Verhandlungen einer Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Vergoldermeisterinnung hatte zu gestern Abend eine Versammlung einberufen, zu der nicht nur die Innungsmitglieder, sondern auch alle derselben nicht angehörigen Arbeitgeber erschienen waren, denen neue Forderungen der Vergolder unterbreitet waren. Die Forderungen der Arbeitnehmer wurden natürlich als zu hoch und in dieser Form als „unannehmbar“ erklärt. Es sollen jedoch der Arbeiterkommission Verhandlungen angeboten werden, die schon heute stattfinden sollen, um auf friedlichem Wege eine Verständigung zu ermöglichen. Man sei bereit, den Arbeitnehmern etwas entgegenzukommen, so beim Lohn, wo eine 10prozentige Erhöhung gefordert wurde, die Arbeitgeber aber höchstens 6 Proz. zuliegen könnten. Die Frage, ob der Tarif mit der Innung oder den einzelnen Firmen abgeschlossen werden soll, wurde offengelassen und die Entscheidung der zur Vertretung bei den Verhandlungen gewählten Kommission anheimgegeben, jedoch mit der Bedingung, daß ein langfristiger Tarif auf keinen Fall anzunehmen ist.

### Deutsches Reich.

**Aktion, Modelistischer!** In der Modelistischer Schmiebel-Magdeburg legten 19 Modelistischer wegen fortgesetzter Lohnrückerei die Arbeit nieder. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Bewegung längere Zeit anhält und erwarten wir, daß bei den Kollegen das Wort Solidarität nicht zur Phrase wird. In Magdeburg erhält Schmiebel keine Streikbrecher!

Die Lokalverwaltung Magdeburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Die Ausperrung im Hannoverschen Baugewerbe ist durch den Beschluß der Bauarbeiter, die Arbeit am Freitag wieder aufzunehmen, verhütet worden.

### Der zersprengte „Blod“.

Bei der Gewerbeberichterwahl in Halle a. S., so berichtet man uns unterm 14. Oktober von dort, wurden auf die Liste der freien Gewerkschaften 4524 Stimmen und für die Hirsch-Dunderische Liste ganze 539 Stimmen abgegeben. Die Gewerkschaften hatten mit den schwarzen, blauen, gelben und grünen Gewerkschaftlern „einen Blod“ gebildet und „ernteten“ damit die Frucht der Blodpolitik — eine köstliche Niederlage.

### Der beleidigte gelbe Kriegsdraht.

Die Augsburger Gelben feiern fast jede Woche ein Fest: die Verurteilung eines Sozialdemokraten oder eines freien Gewerkschaftlers! Diesmal traten als Ankläger die Generäle von 13 gelben Vereinen auf; das Schlachtopfer bildete der Bezirksleiter des Schuhmacher, Genosse Reubauer in München. Er soll das ganze Heer der Augsburger Gelben in einer Versammlung beleidigt haben. Das unfeinste Zeug wurde ihm in den Mund gelegt. Der Kronzeuge war ein Wachmeister der Polizei, der nach seinem eigenen Geständnis das, was er als Leberwächter in der Versammlung gehört, am anderen Morgen (!) aus dem Gedächtnis (!) niedergeschrieben und es als „Hepartikel“ dem Leiborgan der Gelben, der Augsburger „Stadtfraun“ zugefandt hatte. Diese journalistische Arbeit des Polizeiwachmeisters galt dem Gericht als absolut zuverlässig; es verurteilte den als ruhig und besonnen bekannten Gewerkschaftsbeamten zu 70 M. Geldstrafe.

Der Kampf der Straßburger Bauhilfsarbeiter ist durch Vermittlung des Bürgermeisters mit dem Abschluß eines dreijährigen Tarifvertrages beendet worden. Es wurde vereinbart: 1. Für Bauhilfsarbeiter im 1. Vertragsjahr 39 Pf. Stundenlohn, im 2. Jahre 42 Pf. und im 3. Jahre 45 Pf.; 2. für Erdarbeiter: im 1. Vertragsjahr 42 Pf. Stundenlohn, im 2. Jahre 43 Pf. und im 3. Jahre 45 Pf.; Ueberstunden, einschließlich 10 Pf. pro Stunde, Nacharbeit 20 Pf. und bei Sonntagsarbeit doppelten Stundenlohn. Der Erfolg in Anbetracht der ungünstigen Jahreszeit kann als ein guter bezeichnet werden. Der Kampf dauerte vier Wochen.

## Aus der Frauenbewegung.

**Baumschulenweg.** Am Dienstag, den 15. d. M., fand in Speers Felsen eine öffentliche Versammlung statt, die von der weiblichen Vertrauensperson einberufen worden war. Genosse Heilig referierte zunächst über: „Die Rechtslosigkeit der Frau“. Die Vertrauensperson Frau Einzel erstattete Bericht über das verfloffene Geschäftsjahr und wurde darauf einstimmig wiedergewählt. Von dem Genossen Schulz wurde angeregt, in Baumschulenweg einen Konsumverein zu gründen.

### Die Züricher Gewerbeinspektorin über den Arbeiterinnenschutz.

Im Sommer 1906 hat die Züricher Regierung endlich, nach 12jährigem „Zurwarten“, in dem Fräulein Albrecht eine Gewerbeinspektorin angestellt, deren erster Bericht kürzlich im Gesamtbericht der Regierung veröffentlicht wurde. Sie machte erst auf dem Bureau für Fabrikwesen eine kurze Lehrtour durch und übernahm sodann die selbständige Leitung des Arbeiterinnenschutzes. Von Anfang August bis zum Schlusse des Berichtsjahres führte die Beamtin 272 Besuche in Betrieben aus, die unter dem Arbeiterinnenschutzgesetz stehen, wobei sie sofort die alte, bekannte Taktik konstatieren konnte, daß der Vollzug des Gesetzes in den Städten Zürich und Winterthur besser sei als auf dem Lande, wo die Behörden wenig tun und die Geschäftsinhaber gar nicht wissen, daß sie unter das Gesetz gehören, wenn sie Arbeiterinnen oder Lehrlinginnen beschäftigen. Oft konnte die Inspektorin die Bemerkung hören: „In meinem Hause, in meiner Wohnung, kann ich machen, was ich will. Da hat mir niemand dreinzureden.“ Sie trat denn auch in einem Bezirke 25-Geschäfte, welche meistens Lehrlinginnen beschäftigen, die dem Gesetze nicht unterstellt waren. Die 1 1/2stündige Mittagspause und die 10stündige Arbeitszeit, die das Gesetz vorschreibt, werden oft übertreten. Vielfach werden Schlafzimmer als Arbeitsräume benutzt, die in bezug auf Reinlichkeit, Licht und Ordnung zu wünschen übrig lassen. Es kommt vor, daß zwei Personen zusammen in einem Bette schlafen müssen.

Die Beamtin verlangte die Beseitigung aller Mängel und Mißstände.

Dem Gesetze unterstellt waren 792 Betriebe mit 1950 Arbeiterinnen und 734 Lehrlinginnen. 38 Betriebe erhielten 52 Bewilligungen zur Ueberzeitarbeit von 214 Arbeiterinnen während 523 Stunden, die sich auf 1/2 bis 3 Stunden täglich verteilten. Wegen Uebertretung des Gesetzes wurden 46 Verwarnungen erteilt und 33 Bußen im Gesamtbetrage von 705 Fr. verhängt.

In der Stadt Zürich mit 475 Betrieben und 1794 Personen, wovon 145 in 47 Geschäften Kost und Logis erhielten, führte die Lokalinspektion zum Erlaß von 22 Verfügungen, wovon 6 Ueberfüllung der Arbeitsräume, 11 Vermeidung von Arbeitsräumen als Schlafzimmer, 2 ungenügendes Lager und 3 andere Mängel betrafen. Die erlassenen Verfügungen wurden durchgeführt.

## Eine Sympathiekundgebung für den „Hochverräter“.

Die öffentliche Versammlung, die für die Kommunalwahlbezirke 20 und 41 für Freitag nach den „Vorussialen“ (Aderstraße) einberufen worden war, gestaltete sich zu einer gewaltigen Sympathiekundgebung für unseren Genossen Karl Liebknecht, der in wenigen Tagen die ihm wegen „Hochverrats“ zubilligte Festungshaft antreten muß. Liebknecht war als Referent angelündigt worden, und das war für viele Tausende von Arbeitern ein Anlaß gewesen, nach der Aderstraße zu wandern, um dem „Hochverräter“ einen Abschiedsgruß zuzurufen zu können. Schon um 7 Uhr war der Versammlungslokal bis auf den letzten Platz gefüllt und von der Polizei wurde niemand mehr hineingelassen. Von der Polizei, die ein nach Hunderten zählendes Schutzmannaufgebot zusammengetrommelt hatte und die ganze Aderstraße besetzt hielt! Ein paar Tausend Menschen dürften es gewesen sein, die keinen Einlaß mehr fanden und nun draußen auf der Straße ausharrten. Drinnen empfang drausender Jubel unseren Genossen Liebknecht, als er den Saal betrat und sich nach der Rednertribüne durcharbeitete, von der herab ein prächtiger Strauß roter Blumen ihn grüßte. Liebknecht sprach über seinen Prozeß nur einen einzigen Satz, den ersten seines Vortrages. „Ich habe“, sagte er, „heute nicht über den Militarismus und nicht über meinen Prozeß zu Ihnen zu reden, sondern über Kommunalpolitik.“ Und das tat er in einem vom Feuer der Leidenschaft durchglühten Vortrage, auf den die Kopf an Kopf gedrängte Menge mit Stürmen des Beifalls antwortete. Als die Versammlung geschlossen wurde scholl es ihm von allen Seiten entgegen: „Auf Wiedersehen! Auf gefundes Wiedersehen!“ Langsam leerte sich der Saal. Auf der Straße harrte eine unabhörbare Menge, die Liebknecht umringte und ihn stürmisch begrüßte, als er hinaustrat. Aber im nächsten Augenblick stürzten sich ganze Reihen von Schutzeinheiten auf die Menge, Püffe und Stöße austeilend. Und zu gleicher Zeit öffnete sich das Tor des benachbarten Straßenbahndepots, und ein Strom von Schutzeinheiten ergoß sich auf die Straße und suchte den nach der Esplanade ziehenden Begleitern Liebknechts den Weg zu verlegen. Verirrte trachten heraus, sprengten auf die Trottoirs und warfen sich der nachstulenden Menge entgegen. Kein Mensch begriff, was dieses Angetan der Polizeimacht eigentlich bezweckte. Wenn es zu keinem ersten Zusammenstoß gekommen ist, so ist das wahrlich nicht der Polizei zu danken, sondern lediglich der Besonnenheit der Berliner Arbeiterbevölkerung, die sich durch diese höchst überflüssige Furchung nicht provozieren ließ.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Aus dem bayerischen Landtag.

München, 18. Oktober. (B. L. Z.) Kammer der Abgeordneten. In der heute Abend abgehaltenen Sitzung fragt Schäffer (Zentrum) nach den Gründen, aus denen die bayerische Regierung der letzten Reichstagsauflösung zugestimmt habe.

Ministerpräsident Frhr. v. Bodenwils erklärt: Die Verbündeten Regierungen konnten feinerzeit den Antrag Compech nicht annehmen, weil er ein Ueberstreiten der dem Reichstag gezogenen Zuständigkeitsgrenze und einen Eingriff in die bei kriegerischen Umwicklungen unentbehrliche Autorität des Militärkommandos bedeutet hätte. Für die Bemessung der zur Bewältigung des Aufstandes in Deutschsüdwestafrika nötigen Truppenzahl konnte nur die Militärautorität, aber nicht das Parlament maßgebend sein. Die bayerische Regierung hat der Reichstagsauflösung im voraus zugestimmt für den Fall, daß der Reichstag den Nachtragetat ablehnte oder die Truppenzahl einschränkte. Für die Stellungnahme der Regierung war nicht maßgebend Feindseligkeit gegen irgendeine Partei, sie erfolgte vielmehr aus rein sachlichen Gründen.

Gegenüber einem Angriff des Abg. Prieger (Freie Vereinigung), wobei darauf hingewiesen wurde, daß dem sozialdemokratischen Abgeordneten Rothhaupter, der als Arbeiter bei den Staatsbahnen tätig war, während der Ausübung des Abgeordnetenmandats Urlaub unter Fortzahlung des Arbeitslohnes gewährt worden ist, erklärt der Ministerpräsident, das Vorgehen der Regierung sei berechtigt. Die Arbeiter erhielten auch als Schiffe oder Geschworene Urlaub mit Fortbesug des Lohnes. Daß Abgeordneter Rothhaupter Sozialdemokrat sei, komme hierbei nicht in Betracht, da er nur Arbeiter und nicht Beamter sei. Ein Beamter wäre selbstverständlich durch seinen Dienst auf das monarchische Prinzip verpflichtet, und die Regierung würde, wenn ein Beamter sich Verschulden gegen das Volk ausshulden kommen lasse, daraus die Konsequenzen ziehen.

### Eine Schiffskatastrophe.

Kopenhagen, 18. Oktober. (B. L. Z.) Der dänische Dampfer „Alfred Erlandsen“, von Libau nach Oranienburg (Schottland) unterwegs, strandete gestern Abend bei Ebbens Rod in der Nähe von Saint Abs head (Schottland). Die gesamte aus 16 Personen bestehende Besatzung ertrank. Als der Dampfer Kopenhagen angelangt hatte, befanden sich unter der Besatzung drei Deutsche, der Kapitän Emil Schupp haus, der Koch Mathiesen Mortensen aus Schleswig und der Leichnam Julius Weiler.

### Niedergerannte Driksaft.

Budapest, 18. Oktober. (B. L. Z.) Der Ort Kranz (Kom. Gunyad) ist mit Ausnahme von 18 Häusern vollständig abgebrannt.

### Das französische Ueberschwemmungsgebiet.

Saint Etienne, 18. Oktober. (B. L. Z.) Ueber die Ueberschwemmungen laufen sehr schlechte Nachrichten ein. In Androzieux ist die Loire um 5,45 Meter gestiegen. Beide Ufer sind überschwemmt, der reißende Strom führt Balken, Bäume usw. mit sich fort. Mehrere Brücken sind weggeschwemmt, die Wege zerstört, der Materialschaden ist ungeheuer. Im Departement Gard ist der Schaden ebenfalls unbeschreiblich. Seit dem Jahre 1858 ist keine derartige Ueberschwemmung zu verzeichnen.

### Gestrandetes Schiff.

Sibney, 18. Oktober. (B. L. Z.) Das schwedische Schiff „Miffel“ ist am 10. Oktober an der Westküste von Tasmanien gestrandet. Vier Mann sind ertrunken, von der übrigen Besatzung sind sechs gestern in Hobart (Tasmanien) eingetroffen. Sieben, darunter der Kapitän, verblieben erschöpft anfer der Strandstelle, so daß das Zupfkommen des eingeleiteten Rettungsversuchs beschränkt wird.

Parteilosen, tut am Sonntag eure Pflicht!

Am Donnerstag ist eine Agitationsnummer des „Vorwärts“ in Groß-Berlin verbreitet worden. Morgen, Sonntag, gilt es, die neuen Abonnenten für den „Vorwärts“ zu sammeln!

Parteilosen! Wir erwarten, daß sich keiner von Euch dieser wichtigen Parteipflicht entzieht!

Die Gegner machen Riesenanstrengungen, lassen es sich riesensummen kosten, um der Klassenbewußten Arbeiterschaft ein Heer gemieteter Agitatoren entgegenzustellen. Der Reichsligenverband, der bereits Hunderte von Rednern und Literaten besoldet, die die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung mit allen Mitteln der stumpfsinnigsten Demagogie bekämpfen, gründet unausgesetzt neue Agitationschulen, um diese dressierten Söldlinge des Kapitals gegen die Arbeiterbewegung loszulassen!

Die Scharfmacher lassen es weder an Kosten noch Anstrengungen fehlen, um den Gewerkschaften eine Organisation der Selben gegenüberzustellen!

Und die gegnerische und sogenannt „unparteiliche“ Presse verwendet ihre kolossalen Mittel dazu, die noch nicht aufgeklärten Arbeiter, Handwerker und kleineren Geschäftsleute für sich einzufangen!

Da ist es die Pflicht der Selbsterhaltung für jeden denkenden, aufgeklärten Arbeiter, diesen Machinationen der Gegner, der Kapitalisten und Ausbeuter die Kraft des aufgeklärten Proletariates entgegenzusetzen!

Die Gegner wissen, um was es sich handelt: um die wirtschaftliche Unterdrückung und die politische Knebelung des arbeitenden Volkes, um Förderung der Geschäftspolitik! Die Panzerplattenfabrikanten und Kneeder wollen neue Kriegsschiffe bewilligt haben, die Vorse und die Tippelschreie verlangen neue Kolonialausgaben, die Agrarier Sicherstellung des Brot- und Fleischwuchers! Dazu sollen die neuen Steuern, die in Höhe von Hunderten von Millionen notwendig werden, wiederum auf die Schultern der arbeitenden Klasse gelegt werden!

Das Proletariat aber hat sich nicht nur dagegen zu wehren, es hat auch für seine politischen Rechte, für die Ausdehnung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen mit aller Latkraft einzutreten!

Das ist aber nur möglich, wenn das arbeitende Volk aufgeklärt wird, wenn es sich um das Kampfbanner des zielbewußten Proletariats schart. Das ist nur möglich, wenn das sozialdemokratische Organ für Groß-Berlin, wenn der

„Vorwärts“

in jeder Arbeiter- und Handwerkerfamilie gelesen wird!

Parteilosen! Tretet am Sonntag früh 8 Uhr vollzählig zur Werbung neuer Abonnenten an! In Euch liegt es, den Kampf für eure Wohlfahrt, eure Rechte erfolgreich zu führen. Nehmt die Sonntagsnummer des „Vorwärts“ mit, um zu zeigen, wie reichhaltig euer Organ ausgestattet ist!

An die Arbeit!

Zeigt, daß der proletarische Idealismus über die Ränke des Geldsacks triumphiert!

Mißhandlung eines Dienstmädchens.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg hatte sich am Freitag der Kaufmann von Hahn und seine Ehefrau wegen Mißhandlung und Beleidigung ihres Dienstmädchens Auguste Ziemanski zu verantworten. Bei den Angeklagten, die in der Barbarossastrasse zu Schöneberg wohnen, war Fräulein Ziemanski in Stellung. Sie hatte am 15. Februar zum 1. März gekündigt. Frau von Hahn wollte die Kündigung nicht gelten lassen, sie behauptete, das Mädchen dürfe nur zum Quartalsersten kündigen. Fräulein Ziemanski wollte nun zur Polizei gehen, um sich wegen ihres Kündigungsrechtes zu erkundigen. Wie Fräulein Ziemanski als Zeugin angab, ist sie nun von Frau von Hahn eingeschlossen worden, und als sie deshalb schrie, um Hilfe herbeizurufen, sei Frau von Hahn über sie hergefallen, habe ihr ins Gesicht gespuht, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und mit den Füßen gestoßen. Fräulein Ziemanski hat dann das Küchenfenster geöffnet und Hilfe gerufen. Frau von Hahn rief das Mädchen vom Fenster weg, hielt ihr den Mund zu und sagte: „Liebes Kind, es hat Ihnen ja niemand etwas getan!“ Inzwischen waren Leute aus dem Hause und Nachbar, die auf dem Hofe arbeiteten, hinzugekommen. Von dem, was sich zwischen Frau von Hahn und dem Mädchen abgespielt hatte, sahen diese Zeugen nichts mehr. Jedoch bemerkten sie, daß Fräulein Ziemanski ein ansehendes von Schlägen dick angeschwollenes Gesicht hatte. Eine als Zeugin benommene Hausbewohnerin gab an, Frau von Hahn sei auch schon gegen eines ihrer früheren Dienstmädchen gewalttätig vorgegangen. Sie habe eines Nachts um 11 Uhr das betreffende Mädchen aus der Wohnung hinausgeworfen, so daß sie auf dem Treppentritt lampieren mußte.

Die Angeklagte Frau von Hahn bestritt die Mißhandlung. Sie behauptete, das Mädchen habe fortwährend ohne Ursache geschrien, so daß sie, die Angeklagte, geglaubt habe, das Mädchen sei verrückt geworden. Die Angeklagte will das Mädchen nicht geschlagen haben. Lediglich das heftige Jubalieren des Mundes soll es gewesen sein, was das Mädchen für Schläge hielt. Das ganze Auftreten des Mädchens soll nach der Behauptung der Frau von Hahn nur eine Komödie gewesen sein. Dem widerspricht entschieden die Angabe der Zeugen, die auf die Hülserufe des Fräulein Ziemanski herbeigeeilt waren und die Bemerkung gemacht haben, daß hier von einer Verletzung des Mädchens keine Rede sein konnte. Namentlich das geschwollene Gesicht habe für vorhergegangene Mißhandlungen gesprochen.

Als am Abend nach den Mißhandlungen eine Schwester des Mädchens in deren Gegenwart mit dem von Hahnschen Ehepaar wegen dieser Angelegenheit sprach, hat der Angeklagte von Hahn, wie er angibt, Fräulein Ziemanski als ein „ganz gemeines, verlogenes Subjekt“ bezeichnet.

Der Amtsanwalt beantragte gegen den Angeklagten von Hahn eine Geldstrafe von 20 Mark wegen Beleidigung und gegen die Frau von Hahn wegen der Mißhandlungen, die

der Amtsanwalt für festgestellt hielt, eine Geldstrafe von 40 Mark.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, der die als Nebenklägerin zugelassene Fräulein Ziemanski vertrat, beantragte eine Buße von 20 Mark und führte im übrigen aus, daß eine Geldstrafe für so schwere Beleidigungen und Mißhandlungen, namentlich wo es sich um wohlhabende Leute handelt, doch keine ausreichende Sühne sei.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Leonhard Friedmann, beantragte die Freisprechung beider Angeklagten sowohl aus tatsächlichen Gründen, als auch unter Berufung auf die bekannte Bestimmung der Gefindeordnung, welche besagt, wenn das Gefinde die Herrschaft durch ungebührliches Verhalten zum Zorn reizt und deshalb mit geringen Tadeln bestraft wird, so kann das Gefinde dafür keine gerichtliche Genugtuung verlangen.

Daß sich das Mädchen schon vor der Mißhandlung ungebührlich betragen habe, ist nämlich von der angeklagten Frau von Hahn behauptet worden.

Das Gericht schenkte den Angaben der Zeugin Ziemanski Glauben und hielt demnach für festgestellt, daß sie von Frau von Hahn mit der Faust auf den Mund geschlagen, also mißhandelt worden ist. Ferner hielt das Gericht für festgestellt, daß der Angeklagte von Hahn das Mädchen durch die Worte „ganz gemeines, verlogenes Subjekt“ beleidigt hat. Aber diese Beleidigung ist nach Ansicht des Gerichts auf Grund des § 77 der Gefindeordnung — straflos, weil, wie ebenfalls als festgestellt angesehen wird, das Mädchen die Herrschaft, zwar nicht unmittelbar vor der Beleidigung, aber doch am Vormittag desselben Tages — die Beleidigung geschah am Abend — und auch schon vordem durch ungebührliches Betragen gereizt worden. Nach der Gefindeordnung — so jagte der Vorsitzende des Gerichts in der Urteilsbegründung — gehöre das Gefinde zur Familie der Herrschaft und Familienmitgliedern gegenüber dürfe man sich starker Ausdrücke bedienen. Das Gericht sprach den Angeklagten von Hahn frei und verurteilte seine mitangeklagte Ehefrau wegen Mißhandlung zu der äußerst milden Strafe von fünfzehn Mark. Den Antrag auf Buße lehnte das Gericht ab.

Wird die Verurteilung dieselbe Milde wollen lassen?

Gerichts-Zeitung.

Das Drama in der Laubensolonie.

Die ausgedehnte Beweisaufnahme drehte sich im wesentlichen um die Frage, ob in der Tat die Braut des Angeklagten Michaelis, mit Selbstmordgedanken sich getragen habe und melancholisch gewesen sei, wie der Angeklagte behauptete. Seine Behauptung wird von seinem der Zeugen bestätigt, im Gegenteil wird von einer Reihe von Zeugen bekundet, daß die Verstorbene sehr lebenslustig gewesen sei und fleißig an der Aussteuer gearbeitet habe. Der Angeklagte behauptet, seine Braut habe mit der linken Hand sich die Schmittmündung beigebracht. Keiner der Zeugen kann bekunden, daß die Verstorbene linkschändig gewesen sei, es wird durchweg das Gegenteil behauptet. Die Sachverständigen erklären die Schilderung des Angeklagten, daß die Michaelis bei ihren Versuchen fortzugehen von ihm gestützt worden und dann zusammengefallen sei, für eine der Sachlage nach unmöglich zutreffende Feststellung, daß in der Stube des Angeklagten ein Schundroman mit dem Titel: „Du sollst nicht töten!“ vorgefunden wurde, sowie zwei Photographien des Angeklagten und seiner Braut, auf denen stand: „sterbe erst“ und auf dem Bild der Braut: „ach Du mit.“ Ein Zeuge bekundet, daß Angeklagter erklärt hat, er würde seine Braut niederschleichen, wenn sie ihn einmal verlassen wolle. Die Behauptung des Angeklagten, daß in der Laube zwischen ihm und seiner Braut zunächst ein intimer Verkehr stattgefunden habe, wird durch die medizinischen Sachverständigen für widerlegt erachtet. Angeklagter war früher Krankenwärter; er ist infirm, einen Rotverband zu machen. Tatsächlich ist die Braut, ohne daß ihr Hüfte zuteil wurde, spätestens in einer Stunde nach Weibringung der Stiche gestorben.

Die den Geschworenen vorgelegten Schuldfragen lauten auf Mord, Tötung und Verbrechen gegen § 216 des Strafgesetzbuches, der lautet: „Ist jemand durch das ausdrückliche und ernstliche Verlangen des Getöteten zur Tötung bestimmt, so ist auf Gefängnis nicht unter drei Jahre zu erkennen.“ Eine weitere Schuldfrage lautet auf Unterschlagung von 51 M.

Der Staatsanwalt Dr. Schmiedler beantragt die Schuldfrage nach Totschlag zu bejahen, aber die Frage zu verneinen, ob der Angeklagte durch das ernstliche Verlangen der Michaelis zu der Tat bestimmt worden ist. Nach Erörterung der gesamten Beweisaufnahme nimmt der Staatsanwalt als unzweifelhaft an, daß der Angeklagte den Totschlag begangen hat. Er selbst habe sich mit Selbstmordgedanken getragen, falls er den Erfolg für die Unterschlagungen 51 M. von seiner Braut nicht erlangen konnte. Da ihm das nicht geglückt sei, habe er seiner Braut den tödlichen Schnitt beigebracht, habe sich möglicherweise auch selbst töten wollen, sei aber zur Ausführung dieses Planes zu feig gewesen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Eger betont, daß lediglich Indizien vorliegen, die gegenüber der Betrümmung der Infschuld seitens des Angeklagten nicht überzeugend ins Gewicht fallen. Er beantragt die Verneinung sämtlicher Schuldfragen mit Ausnahme der der Unterschlagung und bittet, für diese Tat mildernde Umstände zuzubilligen.

Die Geschworenen erklärten durch ihren Wahrspruch den Angeklagten der Unterschlagung und der vorläufigen und mit Ueberlegung ausgeführten Tötung der Michaelis auf deren ausdrückliches Verlangen schuldig und bewilligten ihm mildernde Umstände. Der Staatsanwalt beantragte vier Jahre zwei Wochen Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft. Der Verteidiger empfahl die mildeste Strafe.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu fünf Jahren zwei Wochen Gefängnis und rechnete sechs Monate auf die Untersuchungshaft ab. Der Gerichtshof hatte erwogen, daß ja in der Tat wohl die Liebe in Verbindung mit dieser Straftat stehe, daß der Angeklagte, der sich mit Selbstmordgedanken getragen, die Michaelis, die er sehr gern gehabt, nicht hier lassen wollte und es wohl denkbar ist, daß die Michaelis ihn schließlich gebeten hat, sie ins Jenseits mitzunehmen. Da aber das mindeste Strafmaß drei Jahre Gefängnis seien und sich doch noch milder liegende Fälle denken lassen, so habe der Gerichtshof die Strafe so wie gesehen, festgesetzt. — Der Angeklagte erklärte, sich bei dem Urteil nicht zu beruhigen, da er nichts Strafbares begangen habe.

Verfammlungen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am Montag eine Verfammlung der Delegierten und Vorstände ab. Ritter erstattete Bericht über die Tätigkeit der Propaganda-Kommission zur Förderung des Genossenschaftswesens. Die Kommission ist im August vorigen Jahres gebildet worden. Der Redner berichtete, die Kommission habe nach besten Kräften das Genossenschaftswesen zu fördern gesucht. In einer Reihe von Gewerkschaften seien Vorträge über das Genossenschaftswesen gehalten worden. Im Oktober habe die Kommission ein Flugblatt verbreiten lassen. Die Gewerkschaftskommission habe für die Arbeiter der Propaganda-Kommission 1000 Mark bewilligt, die auch verbraucht worden seien. Eine Angelegenheit, mit der sich die Propaganda-Kommission zu befassen hatte, sei die Frage der Einheitlichkeit der Genossenschaftsbewegung gewesen. Bekanntlich bestehen in Berlin zwei verschiedene Formen genossenschaftlicher Organisation. Auf der einen Seite der Berliner Konsumverein, auf der anderen Seite die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend. Die Kommission habe eine Beratung mit den Vertretern der beiden Richtungen

gehabt, um eine einheitliche Organisation anzubahnen. Ein praktisches Ergebnis habe diese Beratung bis jetzt noch nicht gehabt; es werde aber in dieser Richtung weiter gearbeitet. Die Genossenschaftsbewegung habe erfreuliche Fortschritte gemacht, die Umsätze sowie die Mitgliederzahlen seien im letzten Geschäftsjahre gestiegen, und zwar der Gesamtumsatz in Groß-Berlin von 2 383 277 M. im Vorjahre auf 2 972 728 M. in diesem Jahre. Zum Teil könnten diese Erfolge wohl auf die Tätigkeit der Kommission zurückgeführt werden. Die Agitationsarbeiten sollen in der bisherigen Weise fortgeführt werden.

Wie sich die organisierten Unternehmer den Gewerkschaften entgegenstellen und ihnen das Feld freitig zu machen suchen, so würden auch die Konsumgenossenschaften der Arbeiter von interessierter bürgerlicher Seite bekämpft werden, sobald die bürgerlichen Kreise Nachteile durch die Genossenschaftsbewegung haben. Die Anfänge dieses Kampfes seien ja schon da. Eine Reihe von Fabrikanten boykottieren bereits die Genossenschaften, indem sie denselben keine Ware mehr liefern. Diese Angelegenheit soll behandelt werden in einem Flugblatt, welches dem „Vorwärts“ beigelegt wird. Der Gedanke des Genossenschaftswesens müsse mehr als es bisher geschehen konnte, unter den organisierten Arbeitern verbreitet werden. Je mehr das geschehe, desto mehr würden die Gefahren schwinden, welche zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften hier und da noch bestehen. Die Debatten zwischen Gewerkschaftsvertretern und Genossenschaftlern anlässlich des Genossenschaftstages in Düsseldorf hätten nicht vorkommen können, wenn die Genossenschaftsbewegung eine andere wäre als sie heute noch ist. Die Kommission halte es deshalb nicht für opportun, von dieser Stelle aus gegen die Düsseldorfser Debatten Stellung zu nehmen. Wenn die Genossenschaftsbewegung weitere Fortschritte macht, dann würden solche Dinge nicht mehr vorkommen. Um den Fortschritt der Bewegung in Berlin zu fördern, müsse namentlich unter den Arbeiterfrauen agitiert werden. Der Redner empfiehlt die nachstehende Resolution:

Die am 13. Oktober 1907 im Gewerkschaftshaus tagende Verfammlung der Delegierten und Vorstände der Berliner Gewerkschaften hat von dem Bericht der Kommission zur Förderung des Genossenschaftswesens in Berlin Kenntnis genommen.

In Hinblick auf die Verhandlungen des letzten deutschen Genossenschaftstages in Düsseldorf und den sich nach Düsseldorf anschließenden Prekolemien, erklärt es die Verfammlung als Pflicht der organisierten Berliner Arbeiterschaft, die Konsumgenossenschaftsbewegung noch mehr als bisher zu unterstützen, um diese Bewegung für die Forderungen der mit ihr in Verbindung kommenden Gewerkschaften leistungsfähiger zu gestalten.

In der Diskussion sagte Eugen Brüdner, es wäre zu wünschen gewesen, daß sich der „Vorwärts“ mehr mit dem Genossenschaftswesen befaßt hätte. Vertreter der Genossenschaften beklagten sich darüber, daß es ihnen nicht möglich sei, sachlich informierende Artikel über das Genossenschaftswesen in den „Vorwärts“ zu bringen. Die Redaktion habe derartige Artikel abgelehnt mit der Begründung, sie habe nicht Raum zum Abdruck derselben. Weidlich habe es deshalb berührt, daß der „Vorwärts“ für die Debatten anlässlich des Düsseldorfser Genossenschaftstages mehrere Spalten zur Verfügung hatte, während ihm für sachliche Genossenschaftsartikel der Raum fehle. Man sollte erwarten, daß das führende Organ der Sozialdemokratie der Genossenschaftsbewegung nicht nur platonische Liebe entgegenbringe, sondern sie auch praktisch zu fördern suche. Das sei um so mehr zu erwarten, als sich ja der Aktionsausschuss in einer Resolution für die Genossenschaftsbewegung erklärt habe.

Dittmer führte aus, ein wesentliches Hemmnis der Bewegung sei der innere Zwiespalt der Genossenschaften in Berlin. Diesen zu beseitigen müsse die Hauptaufgabe der Kommission sein. — Andere Parteiblätter brähten mehr über die Genossenschaftsbewegung wie der „Vorwärts“. Man sollte erwarten, daß der „Vorwärts“ Rücksicht nehmen muß auf den großen Teil der Arbeiter, der Interesse am Genossenschaftswesen hat. Der Redner hält die Erwähnung der Düsseldorfser Angelegenheit in der Resolution für unnötig.

Ritter bemerkte dazu: Die Kommission habe sich mit der Düsseldorfser Angelegenheit befaßt. Die Vertreter der Genossenschaften seien der Meinung gewesen, die Düsseldorfser Beschlüsse müßten gutgeheißen werden. Die Vertreter der Gewerkschaften hätten dagegen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Form und Ton der Ausführungen des Genossen v. Elm doch zu kraß gewesen seien. Wenn die Forderungen, welche von gewerkschaftlicher Seite an die Konsumgenossenschaften gestellt werden, erfüllt werden sollen, dann müßten sich die Arbeiter zahlreicher als jetzt an den Genossenschaften beteiligen.

Die Resolution wurde hierauf gegen 2 Stimmen angenommen und beschlossen, daß die bisherigen Gewerkschaftsvertreter in der Propagandakommission weiter fungieren sollen.

In den Ausschuss der Gewerkschaftskommission wurde an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Ernst Brüdner der Genosse Duffe gewählt.

Bei Besetzung der Präsenzliste fehlten die Vertreter der Barbieri, Bureauangestellten, Kürschner, Schlächter, Tabakarbeiter, Bühnenarbeiter.

\*) Anm. der Red. Diese Behauptung des Genossen Eugen Brüdner entspricht nicht den Tatsachen, über die er sich doch durch Anfrage bei der Redaktion oder durch Einsicht in die Antworten leicht hätte informieren können. Den Antworten unterstellt er unrichtigerweise, sie hätten als Grund der Nichtaufnahme Mangel an Raum angegeben. Tatsächlich liegt die Sache so, daß zwei Artikel abgelehnt sind, weil sie durch ihre utopistischen, irreführenden Darlegungen die Genossenschaftsbewegung und die Gesamtbewegung der Arbeiterklasse nicht zu fördern, sondern zu schädigen geeignet waren. Der eine der abgelehnten Artikel schrieb der Genossenschaftsbewegung die Kraft zu, die Wirkungen der Follerhöhungen, der andere die Macht der Kartelle zu hemmen. Der „Vorwärts“ hat bei jeder Gelegenheit die Genossenschaftsbewegung zu fördern, aber freilich entsprechend der Auffassung der Partei deren Wirkungen nicht zu überschätzen gesucht. Er hat insbesondere als Vorandsetzung einer gedeihlichen Entwicklung der Genossenschaftsbewegung das endliche Aufgeben der völlig grundlos bestehenden Zerplitterung des Genossenschaftswesens in Berlin bezeichnet und leider bislang ebenso fruchtlos wie die Gewerkschaften und Genossenschafts-Verfammlungen diese Ueberbündelung bekämpft. Den in Düsseldorf von genossenschaftlicher Seite eingenommenen arbeiterfeindlichen, die Rechte der Gewerkschaften und Frauen nicht minder wie die politische Bewegung schwer beeinträchtigenden Standpunkt hat der „Vorwärts“ ebenso wie andere gegen die Rechte der Arbeiter gerichtete Handlungen von Genossenschaften (z. B. rücksichtlich der Rationen der Lagerhalter) bekämpft. Das zu tun war seine Pflicht als Vertreter der Rechte der Arbeiterklasse, mit denen leider einige Genossenschaftler die Bequemlichkeit genossenschaftlicher Geschäftsführung verwechseln. Daß diese Wahrnehmung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter den Genossen Eugen Brüdner peinlich berührt, so ist das bedauerlich, vermag den „Vorwärts“ aber keineswegs von der Erfüllung seiner Pflicht abzubringen. Unrichtig ist die wiederholt vom Genossen Brüdner aufgestellte Behauptung, daß für sachliche Genossenschaftsartikel im „Vorwärts“ der Raum fehle.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 20. Oktober, vorm. 8 1/2 Uhr, im Rathaus (Saal 109): Verfammlung mit freireligiöser Vorlesung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schulaula, Al. Franzfurterstr. 6: Vortrag von Herrn R. D. Baeger: „Die Ergebnisse der babylonisch-assyrischen Ausgrabungen und ihre Bedeutung für Kulturgeschichte und Religion“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Für den Inhalt der Zeitung übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 19. Oktober.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Kanon.

Königl. Schauspielhaus. Der letzte Punkt.

Neues königl. Opernhaus. Der Dorfparvier.

Deutsches. Was ihr wollt.

Kammerspiele. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)

Theater an der Spree. Telefon-Geschichte.

Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Judith.

Leipzig. Vom andern Ufer.

Schiller O. (Schiller-Theater.)

Der Herr Senator.

Schiller Charlottenburg. Das vierte Gebot.

Berliner. Der Parasit. Der Präsident.

Friedrich-Wilhelmsstadt. Schauspielhaus. Brüberchen.

Neues. Die Waisen wieder!

Aleines. Maria Magdalene.

Vorburg. Hans Heiling.

Königliche Oper. Carmen.

Westen. Die lustige Witwe.

Variététheater. Im Sperlingsnest.

Residenz. Ganz der Papa.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Trianon-Theater.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

Residenz. Fräulein Joseette — meine Frau.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr:

Ueber den Brenner nach Venedig.

Hörsaal 8 Uhr:

Prof. Dr. B. Donath: Thermische und chemische Stromquellen.

Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.

Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelhaufen.

Abends 8 Uhr:

Luise-Theater

Reichenbergerstr. 31.

Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung:

Hänsel und Gretel.

Abends 8 Uhr:

Die heiden Reichenmüller.

Sonntag 3 Uhr: Carmen. Abends:

Hoffmanns Erzählungen.

Montag: Mutterliebe.

Theater an der Spree

7 1/2, Köpenickerstr. 68. 7 1/2

Zum ersten Male:

Telephon-Geschichte.

Schwank mit Gesang in 4 Akten.

Sonntag nachmittag: Der Wüsten-

händler.

Abends: Telephon-Geschichte.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurterstr. 132.

Spree-Athener

von Schwarz-Keilstein.

Anfang 8 Uhr.

Wochentagspreise.

Sonabend nachm. 4 Uhr Kinder-

vorstellung: Nischenbrödel.

Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.

Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)

von J. Freund. Musik von Viktor

Hollaender. In Szene gesetzt

von Direktor Richard Schultz.

G. Thielscher a. D., F. Massary

B. Darmanda. D. E. Whitney a. D.

Bender, Giampietro, Josephi

Rauchen überall gestattet.

Morgen

Sonntag, 20. Okt., nachm. 3 Uhr:

Die Herren von Maxim.

Apollon Theater

9 1/2 8 Uhr:

Das kolossale Programm.

Um 9 1/2 Uhr:

Sylvester Schäffer jr.

der weltberühmte Universalakrobat.

Passage-Theater.

Abends 8-11 Uhr.

Danny

Gürtler

der König der Bohème

und das

kolossale Oktober-Programm.

WINTERGARTEN

Ruth St. Denis

Neues

Programm.

Walhalla-

Variété-Theater

Weinbergsweg 10/20, Rosenthal, Tor.

Das Sensations-Programm

16 arabische 16

Springer 16

Edi Blum,

der beliebte Komiker.

12 internation. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Tunzel: Konzert f. Theaterbes. frei.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Der Herr Senator.

Auffstel in 3 Aufzügen von Franz

v. Schöthan u. Gustav Kadelburg.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Traumulus.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Götts von Berlichingen.

Montag, abends 8 Uhr:

Götts von Berlichingen.

Schiller-Saal - Schiller-Theater Charlottenburg

Sonntag abends 8 Uhr auf vielfachen Wunsch: Keine Abend.

Montag 7 1/2-8 1/2 Uhr: Vortrag Dr. Max Coborn: Alt- und Neu-

Berlin. Die künstlerische Entwicklung der Reichshauptstadt.

Montag 9-10 Uhr: Vortrag von Eduard Bernstein: Staats- und

Gesellschaftsreform im Lauf der Jahrhunderte.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Das vierte Gebot.

Vollständ. in vier Akten von

Ludwig Angenieder.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Monna Vanna.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Die Schmuggler.

Montag, abends 8 Uhr:

Rosmersholm.

### Castan's Panoptikum

165 Friedrichstr. 165  
Mr. Leu,  
der künstliche Mensch.

### Haben Sie schon die Deutschen Konzerthallen, An der Spandauerbrücke 3, besucht???

### Reichshallen-Theater.

Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Britton  
als  
Aute im  
Familien-  
bad  
Wannsee.  
Anf. Wochent. 8. Sonntag 7 Uhr.

### Sanssouci

Kottbus-  
Straße 6.  
Dir.: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
Hoffmanns Nordd. Sänger  
u. Tanzkränzchen.  
Morgen Sonntag:  
Große Elite-Solros u. Tanz.  
Sonnt. Beg. 5. wochent. 8 1/2.  
Donnerstag und Freitag:  
Gesp. der  
Berliner Volksbühne.

Eine Mark  
wöchentliche Teilzahlung  
lebens elegante, fertige  
Herren-Moden.  
Ersatz für Mass.  
Mass-Anfertigung  
feinste Verarbeitung,  
Garantie tadelloser Sitz.  
J. Kurzberg,  
Hauptgeschäft: Rosenhalerstr. 40/41,  
am Hackeschen Markt.  
Z. Geschäft:  
A. d. Jannowbrücke 1, 1.  
Kein Waren-Kreditbank.

Unsere erprobten und bewährten  
Spiritus-Glühlicht-  
Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen  
zu unseren Listenpreisen  
sind erhältlich bei 242L<sup>9</sup>

W.	S.
Karl Haupt, Tauenzienstr. 14.	Hermann Arnhold, Alexandrinenstr. 110.
P. Radentz & Co., G. m. b. H. Leipzigerstr. 122/123.	Richard Hoppach, Kommandantenstr. 60.
Emil Riedel, Potsdamerstr. 52.	H. Kabermann, Prinzenstr. 26.
R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 55.	
NW.	SO.
A. Ahrens, Al-Moabit 77.	Wilh. Krusemark, Oranienstr. 205.
O. P. Neuendorf, Friedrichstr. 130.	
SW.	Charlottenburg.
O. P. Neuendorf, Hülcherstr. 12.	Emil Rumor, Spandauerstr. 15.
H. Schellner, Yorkstr. 49.	Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59.
	Friedenau-Wilmersdori.
Erich Flosky Nachf., Münzstr. 2.	J. Schmidt & Co., Hauffstr. 6.
Martin Glitzow & Co., Seydelstr. 20.	E. Soltans, Kaiser-Allee 172.
Holtz & Linke, Landsbergerstr. 58.	
Dr. Hermann Lux, Alte Schönhauserstr. 30.	Groß-Lichterfelde.
	Robert Soliger, Sternstr. 23.
N.	Reinickendorf-Ost.
Reinh. Becker, Invalidenstr. 164.	W. Malchke, Residenzstr. 115/116.
Franz Strauch, Brunnenstr. 64.	

Zentrale für Spiritusverwertung  
G. m. b. H.  
Ausstellungs- und Verkaufslokal:  
Friedrichstr. 96 BERLIN NW 7., gegenüber dem  
Zentral-Hotel

### Zirkus Schumann

Seute Sonnabend, den 19. d. Okt.:

V. Grande Solree High-

Life. Galaprogramm u. 4. Male:

Nur kurzes Gastspiel:

The great

Lafayette

aus New York z. ersten Europa.

Male in

weiter: Math. Konz. Dora Schumann.

Ernst Schumann. Die phänom. Luft-

Volligore Les Monbars, (ämtliche

Spezialitäten u. Dr. Alb. Schumanns

neuesten Monster-Dressuren.

Um 9 1/2 Uhr:

Die diesjährige gr. Wasserpantomime:

Ein Fest auf dem Neckar.

Sonntag nachmittag 9 1/2 Uhr und

abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags ein

Kind frei. In beiden Vorstellungen:

The great Lafayette.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.

Sonntag, den 20. Oktober 1907:

Gastspiel des Opern-Ensembles

(Theater des Westens) unter Leitung

von Dr. Arthur Below:

Die lustigen Weiber von Windsor.

Anfang 7 1/2 Uhr.

### Geb. Herrfeld-

Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Die erfolgreichsten

Sach-Komödien

seit 17 Jahren:

Madame Wig-Wag

Operetten-Parodie, Musik

von L. Stal.

Es lebe das Nachtleben!

Separate-Aktüre in 2 Akten.

Beide Stücke mit den Autoren

Anton und Donat Herrfeld.

Sonntag nachmittag 3 Uhr:

Ein verrücktes Hotel

und

Sahisch geht zur Jagd

mit Anton und Donat Herrfeld.

### W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Gummistr. 16.

Große Extra-Vorstellung!

Zum erstenmal:

Der Lumpensammler von Paris.

Gr. Charaktergemälde a. d. Volksleben.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Nach der Vorstellung: Tanz.

Theater

Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.

Zum 28. Male:

Geteilte Liebe

Antib

vis-a-vis dem Rathaus.

# Max Behr früher Fr. Pfingst & Co. Rixdorf Berlinerstraße 47/48 Rixdorf

**Gratis**

Den geehrten Lesern des „Vorwärts“ zur Nachricht, daß ich das von der Firma Fr. Pfingst & Co., Rixdorf, käuflich erworbene Warenhaus in allen Abteilungen bedeutend vergrößert habe.  
Mein Prinzip

## Reelle Pa. Waren — Allerbilligste Preise

wird mich in die Lage versetzen, mir schnell das Vertrauen eines geehrten Publikums zu erwerben. Besonders verweise ich Sie auf die

## Geschenktage!

**Sonnabend! Sonntag!  
Montag! Dienstag!**

Trotz der üblichen  
**Rabattmarken**

Jeder Käufer erhält bei einem Einkauf von 2 M. an einen Wirtschaftsgegenstand in Porzellan oder Emaille

**4  
Geschenktage!**

**Gratis! Gratis!**

Lebensmittel  
III. Etage  
Fahrstuhl

Lebensmittel  
III. Etage  
Fahrstuhl

vis-a-vis dem Rathaus.

Gewerkschaften! Achtung! Vereine!

## Neubau Armin-Hallen

Kommandantenstraße 58/59

eröffnet seit Sonnabend, den 5. Oktober cr.

Säle, verschiedener Größe bis 1100 Personen fassend und 5 Vereinszimmer, zu Festlichkeiten, Versammlungen usw.

empfehlen **Gebrüder Mielitz.**

Telephon. Amt IV. No. 10155.

820L\*

## Liebhavern des Kegelsports

empfeilt seine zwei großen verdeckten Kegelbahnen

Der Wirt vom „Nordkap“:

**Joh. Korus, Schußstr. Nr. 77.**

8785

Auch ist ein freundliches Vereinszimmer, 35 Personen fassend, zu vergeben.

## Deutscher Bund der Menschlichkeitsreligion

(monistisch-sozialistisches Bekenntnis), drei umfangreiche erklärende Broschüren gegen Umsturz, von 50 Pf. franco von Gebr. Harz, Wiltona (Eibe). Um Beitritt u. Mitarbeit wird gebeten. 6042\*

## Fast umsonst

sollen meine nach vielen Tausenden zählenden Lagerbestände jetzt nach soeben beendeter Engrossaison direkt an Private abgegeben werden.

Nur beste Verarbeitung!! Gediegene Neuheiten!!! Solideste Stoffe!!!

**Original-Modelle, Reismuster, Kopien, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig.**

Listboys, Musinga Boys, Abendmäntel, Plüsch- u. Pelzkonfektion, braun Samt, Tackkleider, Röcke, Blusen etc.

in 8 Serien:

Serie 1 2 3 4 5 6 7 8  
früher 26 $\frac{1}{2}$ , 42— 65— 82— 125— 180— 230— 310— M.  
Jetzt 8 $\frac{1}{2}$ , 13 $\frac{1}{2}$ , 21— 30— 40— 65— 75— 100— M.

Da nachmittags erfahrungsgemäß starker Andrang, erbitte Besuch möglichst vormittags.

**Separat große Trauerabteilung!**

**Westmanns Konfektionshaus**

Hauptgeschäft: W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.  
Fil.: O., Gr. Frankfurterstr. 115  
2. Haus v. d. Andreasstr.

(Ich bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

Sonntags geöffnet!

## Achtung! Brauereiarbeiter! Achtung!

### Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Ortsverwaltung Berlin I und II.

Telephon: Amt III, 4518.

C. 54, Mülackstr. 10 I.

Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 1/2 10 Uhr:

### Versammlung der Fektion II bei Becker, Weberstraße 17.

Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr:

### Versammlung der Fektion I im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:

Die Prozentzahl-Einstellungen der Berliner Ring-Brauereien bei der jetzigen schlechten Konjunktur und wie stellen sich die Brauereiarbeiter dazu?

Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es Pflicht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen und wird erwartet, daß auch die Arbeitslosen dochmäßig anwesend sind.

42718

Die Vorstände beider Ortsverwaltungen.

## Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Vororte.

Bureau: Rosenhalestr. 57 und Gormannstr. 28. — Teleph. Amt III, 1296.

Geöffnet: 9—12 Uhr vormittags, 2—4 Uhr nachmittags.

### Nachtrag zur Liste vom 9. Oktober d. J.

Sulow, Weiserstr. 26.  
Gerris, Schloßelnerstr. 26.  
Kunze, Kolonnenstr. 127.  
Priefer, Schönebergstr. 17.  
Bittling, Brühlstr. 16.  
Wlan, Tüfenstr. 25.  
Kürzel, Prinzessinnenstr. 4.  
Kuische, Reichenbergerstr. 171.  
Rowack, Langestr. 8.  
Baczynski, Neue Poststr. 25.

Schöneberg.  
Gaukel, Klagenstr. 21.  
Charlottenburg.  
Simlehl, Brauhofstr. 2.  
Rixdorf.  
Beder, Beckenstr. 79.  
Stephan, Herfurthstr. 6.  
Wandrich, Weiserstr. 215.  
Grünau.  
Thieman, Köpenickerstr. 111.

Stralau.

Ränge, Alt-Stralau 17.

Aus der Liste sind zu streichen, für unsere Mitglieder daher geltend: Holz, Reinholdenstraße, 110. Karbe, Strelitzerstr. 21. Seidel, Bernauerstr. 43. Werner, Veteranenstr. 19. Zeug, Rixdorf, Weiserstraße 205. Vond, Adlershof, Wilmersdorfstr. 18.

Allen Anfragen entsprechend zur Mitteilung, daß Geschäfte, welche gar kein Personal beschäftigen, frei sind.

Die Kontrollkarte hat taufarbenen Grund und weißen Rand.

298/10

Der Vorstand. J. H.: Paul Liere.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz,

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Hygienische

Bedarfsartikel,

Gummiwaren, 10000 Anark.

V. Prof. u. Arzt empf. bill.

Apoth. S. Schweitzers Fab.

hyg. Präp. Berlin O., Holz-

marktstr. 59-70. Off. verlang.

Dankfagung. 6905

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Hermann Schneider sage ich allen Freunden und Bekannten (sowie den Herren Kollegen des Stein- arbeiterverbandes Berlin II) meinen innigsten Dank. Frau Schneider.

Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Walter und Schwiegermutter Karl Kirste (sowie allen Leidtragenden) insbesondere dem Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute unter dem herzlichsten Dank. 6926  
Sine. Marie Kirste und Kinder.

## Ben Schira

Cigaretten sind die besten.

Marke A... 2 Pfg. — Ultra... 3 Pfg.

Käuflich in allen Cigarettenhandlungen.

## Billiger Verkauf

der Zentrale für

Herren- und Knaben-Garderobe

## S. Littmann

nur No. 2 Granienstraße nur No. 2  
nahe Hochbahnstation.

Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.

Außergewöhnlich billig offeriere ich:

- Elegante Winter-Paletots . . . . . von Mk. 10,50 an
  - Hochfeine Eskimo-Paletots . . . . . " " 14,50 "
  - Fein, fein engl. Paletots in allen Façons " " 13,50 "
  - Fein mit Seide gesteppte Eskimo-Paletots in allen Farben und Façons . . . . . " " 19,50 "
  - Elegante Herren-Anzüge . . . . . " " 11,50 "
  - Solide 1- und Zweifache Herren-Anzüge . . . . . " " 14,50 "
  - Feine Kammgarn-Anzüge . . . . . " " 16,50 "
  - Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. Zweifach . . . . . " " 22,50 "
  - Elegante Lodenjoppen in allen Farben und Façons . . . . . " " 5,50 "
  - Feine Barschen-Anzüge . . . . . " " 5,75 "
  - Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter " " 3,50 "
  - Elegante Herren-Stoffhosen . . . . . " " 2,50 "
- Auch Anzüge für extra korpolente Herren in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.

Dieses Inserat wird beim Einkauf von Mk. 10 für 50 Pf. in Zahlung genommen.

Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Kein Kaufzwang!

## Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

### Nachruf!

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hausdiener

**Otto Eckardt**

gebürtig 17/18

am Sonntag, den 13. d. Mts., verstorben ist.

Die Parteigenossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. 230/14

Der Vorstand.

## Arbeiter-Raucher-Bund

Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

**Gustav Bölke**

aus Klub „Apfelblüte“ am 14. d. M. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. Oktober, nachmittags vom Schauhaus, Gannoverstraße, aus statt.

Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

### Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Silberarbeiter

**Ernst Preuß**

am 16. d. Mts. an Herzleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Hülfskirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Kege Beteiligung erwartet

154/8 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltung I.

(Verein Berliner Hausdiener.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

**Alfred Kleinert**

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Hülfskirchhofes, Südböde, aus statt.

Kege Beteiligung erwartet

76/1 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltung I.

Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser lang-

jähriges Mitglied, der Friseur-

**Hermann Sander**

am 17. d. M. im Alter von 41 Jahren an einem Herzleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Genußkirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung bitten

76/2 Die Ortsverwaltung II.

## Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Am Mittwoch, den 16. Oktober, verstarb unsere Kollegin

**Lina Weile.**

Ehre ihrem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Ober-Schöneweide, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

64/14 Die Ortsverwaltung.

## Allen Verwandten und Bekannten die herzlichste Nachricht,

daß meine liebe Frau, unsere liebe Mutter und Großmutter

**Anna Lorenz**

geb. Lehmann

an Augenentzündung verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Oktober, von der Leichenhalle des Charlottenkirchhofes aus statt.

Dies zeigen mit der Bitte um stillen Beileid an die tiefbetrübten Hinterbliebenen

A. Lorenz und Kinder.

Montag, den 21. Oktober,

abends 8 Uhr:

# Volkversammlung

in der „Neuen Welt“, Hasenheide.

Tages-Ordnung:

## Der Hochverrats-Prozess in Leipzig.

Referenten:

Reichstags-Abgeordneter **Richard Fischer**

und

**Dr. Karl Liebknecht.**

Freie Diskussion.

Er scheint in Massen.

Der Einberufer.

### Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

2 öffentliche Kommunalwählerversammlungen.

Montag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr

für den **44. Wahlbezirk**

in der Pagenhofer Brauerei, Lurustr. 25/26.

Vortrag des Stadtverordneten **Hermann Schubert** über: „Unsere kommunalen Forderungen“.

Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr

für den **45. Wahlbezirk**

im Moabiter Kasino, Wilsnaderstr. 63.

Vortrag des Rechtsanwalts Stadtverordneten **Dr. Karl Liebknecht** über: Sozialdemokratie und die freisinnige Stadtverwaltung.

In beiden Versammlungen nach den Referaten freie Diskussion.

267/4\*

Su zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Sonntag, den 20. Oktober, mittags 12 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung**

in der Brauerei Groterjan, Schönhauser Allee 128.

Tages-Ordnung: Rechte und Pflichten der Mitglieder städtischer Kommissionen. Referent: Stadtverordneter **Karl Koblenzer**.

267/4\*

Su zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

### Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 21. Oktober 1907, abends 6 Uhr,  
in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27:

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Engelbert Graf über: „Vaterlands-  
liebe und Vaterlandlosigkeit.“ 2. Diskussion. 3. Berechnung vom  
III. Quartal und Verlesung der neu aufgenommenen Mitglieder. 4. Der  
Streit bei der Firma Menzel. 5. Verschiedenes. 141/20

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zur Beachtung! Laut Beschluss sind die im letzten Quartal auf-  
genommenen Mitglieder verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Zahlreiches Erscheinen  
erwartet. Der Vorstand.

**Zähne 2 Mk.** Teilzahlung wöchentl. 1 Mk.  
Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeitung schlecht sitzt Gebisse.  
**Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130.** Sprechstunden 8-7 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

### Achtung! Achtung! 4. Wahlkreis.

Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 5 Uhr:

**Versammlung**

in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27.

Tages-Ordnung:

263/15

**Die Religion und die Arbeiter.**

Referent: Genosse **Kurt Heinig**.

Nach der Versammlung:

**Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**  
Der Einberufer.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

### Bantischler!

Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

**Sitzung der gesamten Kommissionen**

bei Walter, Adalbertstraße 62.

Die Vororte Rixdorf, Charlottenburg, Schöneberg,  
Steglitz, Groß-Lichterfelde und Weißensee werden er-  
sucht, daran teilzunehmen. V. N.: Karl Reich.

Neue Zahlstellen sind eröffnet worden:

in **Tempelhof-Mariendorf** bei Martin Müller, Ber-  
linerstraße 41/42;

in **Friedrichsberg** bei Günther, Rummelsburgerstr. 20;

in **Baumshulenberg** bei Joseph Schäfer, Baumshulenbergstr. 14;

in **Treptow** bei Mohlan, Kieholzstr. 35; 90/5

in **Reinickendorf-West** bei Schulze, Scharnweberstr. 22;

in **Berlin-Osten** bei Haunemann, Barshauerstr. 22.

Den Mitgliedern wird ferner bekanntgegeben, daß die

**Jahrbücher des Holzarbeiter-Verbandes**

eingetroffen sind. Dieselben können zum Selbstkostenpreis von 75 Pf. vom  
Bureau, Engel-Ufer 15, bezogen werden. Auch nehmen die Beitragskassen  
Bestellungen entgegen. Die Ortsverwaltung.

### Möbelpolierer.

Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, bei Stecher,  
Andreasstraße 21:

**Branchen-Versammlung**  
der Möbel- und Stuhlpolierer sowie Geier.

Tages-Ordnung:

1. Die kapitalistische Entwicklung in Deutschland. Referent: Redakteur  
Genosse **Wilhelm Düwel**. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbands-  
angelegenheiten.

NB. Laut Beschluss der letzten Branchenversammlung soll über den  
Besuch der Branchenversammlungen Kontrolle geführt werden. Die Kollegen  
werden hiermit aufgefordert, das Mitgliedsbuch mitzubringen.  
Die Branchenleitung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1037.

**Gürtler! Achtung! Gürtler!**

Montag, den 21. Oktober, abends 6 Uhr,

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

**Versammlung**  
aller in den Gürtlereien beschäft. Kollegen u. Kolleginnen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitationskommission. 2. Neuwahl des Branchenleiters  
und der Agitationskommission. 3. Branchenangelegenheiten, Verschiedenes.  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß alle  
Kollegen und Kolleginnen in der Versammlung erscheinen.

**Achtung! Metallarbeiter. Achtung!**

Montag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr,

in den Eichborn-Sälen, Reinickendorf, Eichbornstraße 60:

**Bezirks-Versammlung**  
für alle in Tegel, Reinickendorf, Vorfichtwalde, Wittenau,  
Waidmannslust und Wilhelmshagen  
wohnenden Metallarbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Die Internationale der Metallarbeiter. Referent: Kollege **Ad. Cohen**.  
2. Diskussion. 3. Wahl einer Agitationskommission. 4. Verschiedenes.  
Kollegen und Kolleginnen! Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
Um vollständigen Besuch wird der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ganz  
besonders gebeten, auch sind die Frauen unserer Kollegen herzlich eingeladen.  
154/7

Die Ortsverwaltung.

### Oscar Arnold Dresdenerstr. 116

(Kein Laden) am Oranienplatz

**Hut und Mützen Engros-Geschäft!**

Einzelvekauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00  
Weiche Herrenhüte v. 1,50-7,00  
Mützen- und Damenhüte.

**Spezial-Möbel-Halle**  
**Harry Goldschmidt**  
59 Moritzplatz 59  
Ecke Stallreiterstraße.  
Nicht zu vergleichen mit  
Abzahlungs-Geschäften,  
welche Garderobe usw.  
führen.  
**Extra-Abteilung**  
verliehen gewonnener Möbel  
Wöchentliche od. monatl.  
Teilzahlung gestattet

**Kraft-Rohwaid**  
für Blutarmer  
u. Kranke,  
ärztlich  
empfohlen.  
Fl. 1,50  
u. 2 M.  
überall  
kauflich  
**Santa Lucia**  
In Apotheken, Drogen- u. Drogerien,  
Gesell., steht unt. ständ. Kontrolle  
des chem. Laborat. Dr. C. Bischoff

**Blitz-Schnell**  
kommt Philipp Anstreicher, Gitschnerstr. 82  
man zu Ecke Brandenburgstr.  
**Monats-Anzüge von 6 M., Monats-Paletots von 4 M. an.**  
**Monats-Belkleider zu staunend billigen Preisen,**  
auch für corpulente Herren passend.  
Dieselben sind von feinen Cavalieren und Reisenden,  
die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.  
**Fahrgeld wird vergütet.**  
Bitte auf Adresse genau zu achten.

**Gänse! Gänse!**  
solche familiäre Gänse-Artikel. 200/5  
**Gänsefleisch mit Keulen a Pfund 70 Pf.**  
**Gänsefleisch ohne Keulen a Pfund 40 Pf.**  
Gänsefleisch, Gänseleber und Gänselebern. Gänseleuten, frisch und gepökelt,  
a Stück 70 Pf., H. Aufschnitt und Backwaren.  
**Wiener Würstchen 3 Paar 50 Pf. und Knoblauch-Würstchen**  
**3 Paar 25 Pf. (zum warm machen.)**  
**H. Leißner, Klosterstraße 95,**  
**Ecke Kaiser Wilhelmstraße.**



# Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion

## in der Berliner Stadtverordnetenversammlung

(1. September 1905 bis 30. September 1907).

### II. Finanz- und Steuerfragen.

Stellen schon die laufenden Ausgaben der Stadtverwaltung immer höhere Ansprüche, zwingen die bisher gänzlich oder teilweise vernachlässigten Gebiete zu immer größeren Anwendungen, so treten an Berlin auch Forderungen der Nachbargemeinden heran. So teilte Ende 1905 der Magistrat mit, daß die Stadtgemeinde nach dem endgültigen Urteil des Oberverwaltungsgerichts an die Gemeinde Weihensee für die Jahre 1897 und 1898 zusammen 20 024 M. als Beitrag für ihr öffentliches Volksschulwesen zahlen müsse. Anspruch und Urteil stütz sich auf § 53 des Kommunalabgabengesetzes, weil eine große Anzahl Arbeiter in Weihensee wohnen, dort ihre Kinder zur Schule schicken, aber in Berlin arbeiten. Die Majorität der Stadtverordnetenversammlung war schnell mit einem Antrag bei der Hand, eine gemischte Deputation einzusetzen, die darüber beraten sollte, welche Mittel geeignet sind, die Forderungen der Vororte abzuweisen und ihre schmerzhaften Folgen für Berlin unschädlich zu machen. Ihr Redner rechnete die möglichen Schäden vor und verwies auf kleine Repressivmaßnahmen wie Erhöhung der Krankenhauskosten und des Schulgeldes für Auswärtige, auf ein Verbot des Wohnens Berliner Beamte in den Vororten u. dgl. Auf einen höheren Standpunkt stellte sich unser Vertreter. Er gab die Schäden in gewissen Maße zu; sie seien aber die Folge der kurzfristigen Berliner Kommunalpolitik; als 1905 die Möglichkeit gegeben war, eine Eingemeindung in großem Stil vorzunehmen, was es der freisinnigen Magistrat der diesmal sogar gegen die Majorität der Stadtverordnetenversammlung, die früher selbst die gleiche Kurzfristigkeit gezeigt hatte, einen Stich durch die Rechnung machte. Damals schrieb der Magistrat an den Oberpräsidenten: „Gegen eine Eingemeindung der vier nördlichen Vororte Reinickendorf, Panitzsch, Weihensee und Neu-Weihensee, wie sie von der Stadtverordnetenversammlung gewünscht wird, möchten wir jedoch ausdrücklich Widerspruch erheben.“ Die reichen Vorortgemeinden wollten man gern nehmen, aber die armen sollten ausgeschlossen bleiben — ein Standpunkt, den in den früheren Jahren auch die Majorität der Stadtverordneten vertreten hatte. Gewiß trifft die Regierung ein schwerer Vorwurf, daß sie die früher von ihr selbst als notwendig erkannte Eingemeindung nicht mehr zulassen will, die Hauptschuld aber liegt bei der Stadtverwaltung. Mit Recht betonte unser Redner die Interessengemeinschaft zwischen Berlin und den Vororten: „Was wäre die Industrie ohne die Vororte gewesen! Deshalb seien alle kleinen Kampfmittel von der Hand zu weisen und der Versuch zu machen, mit den Vororten Zweckverbände auf den verschiedenen Gebieten des kommunalen Lebens zu bilden, eine Anregung, die schon früher wiederholt von uns und der kleinen sozialfortschrittlichen Gruppe gegeben, aber mit großer Majorität abgelehnt worden war. Auch jetzt kam es zu keinem derartigen Beschluß; eine gemischte Deputation wurde eingesetzt und erstattete im Mai 1907 Bericht. Sie wählte nichts vorzuschlagen als die eingangs erwähnten kleinen Repressivmaßnahmen. Unser Vertreter sprach sich mit aller Energie gegen diese Vorschläge aus, die Herren von Cassel dafür; die übrigen wollten warten, bis sich die Vorschläge zu Anträgen verdichtet hätten. Auf ein Zwischenstück in Sachen der Krankenhauskostensteigerung konnten wir in anderem Zusammenhang zurück.“

In unserem letzten Bericht haben wir von den Bemühungen zu erzählen („Vorwärts“ 1905 Nr. 246), die gemacht wurden, um für die wachsenden Ausgaben neue Einkünfte zu erschließen. Das Ergebnis war, daß man einerseits bei den staatlichen Behörden vier Anregungen geben wollte, andererseits neue Steuern vorschlug. Vom Staat sollte gefordert werden 1. Aufhebung der kommunalen Steuerfreiheit der Beamten, deren amtliche Bezüge nur zur Hälfte mit der Einkommensteuer belastet sind; 2. Einführung der Selbst-einkünfte für Einkommensteuer auch für die Einkommen von 1500 bis 3000 Mark; 3. Ausdehnung der kommunalen Steuerpflicht auf Leute, die außerhalb der Gemeinde wohnen, in der sie ihre gewinnbringende Beschäftigung betreiben, endlich 4. Abänderung der Verhältnisse über das Verhältnis der Einkünfte aus der Einkommen-, Grund- und Gewerbesteuer zueinander. Diese Anträge waren einstimmig angenommen worden. Erst im März 1907 kam die Stellungnahme des Magistrats hierzu zur Kenntnis der Stadtverordneten. Der Magistrat hat an den Minister nur Petitionen entsprechend den Vorschlägen zu 1. und 3. geschickt. Den beiden anderen Vorschlägen ist er nicht beigetreten. Zu 2. führte er aus, daß ja inzwischen, gestützt auf eine neue Gesetzesbestimmung, Verfügungen ergangen seien, wonach Arbeitgeber verpflichtet sind, der Steuerbehörde Angaben über das Einkommen der von ihnen beschäftigten Personen, soweit es nicht 3000 M. übersteigt, zu machen. Mit Recht betonte unser Redner, daß wir der Selbst-einkünfte gern zugestimmt hätten, da wir es selbstverständlich für richtig hielten, daß jeder Bürger richtig zur Steuer herangezogen würde, die das Gesetz ihm auferlegt. Das vom Minister beschlossene Verfahren, auf das sich der Magistrat beruft, trifft aber nur die Arbeiter, während die kleinen „Rentiers“ sich nach wie vor hüten würden, gegen ihre zu niedrige Veranlagung zu protestieren; eine richtige Einkünfte aller Einkommen von 1500 bis 3000 Mark würde möglicherweise so gute Erträge geben, daß man die Einkommen bis zu 900 Mark steuerfrei lassen könnte — ein Erfolg, der von der arbeitenden Bevölkerung freudig begrüßt werden würde. Scharf tadelte es unser Redner, daß der Magistrat durch eine Aufforderung an die Gewerbetreibenden die verschlechte Verfügung des Ministers unterläßt habe.

Von dem Antrage zu 4. berichtet sich der Magistrat keinen Erfolg, da das Kommunalabgabengesetz schon heute Abweichungen von der festgesetzten Regel zuläßt, allerdings nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden.

Von den unmittelbaren Steueranschlägen der gemischten Deputation von 1905 hatte der Vorschlag einer Wiltet- und Lustbarkeitssteuer in der Versammlung eine Majorität von 20 Stimmen gefunden; gleichzeitig war die Umwandlung der Grundsteuer in eine solche nach dem gemeinen Wert und eine höhere Besteuerung der unbebauten Grundstücke (Vauplaysteuer) gutgeheißen worden. Der Magistrat brachte zunächst eine Vorlage betreffs Einführung der Wiltet- und Lustbarkeitssteuer. Von Seiten der „Alten Linken“ wurde die Lustbarkeitssteuer wegen der Schwierigkeiten bei ihrer Veranlagung abgelehnt; die Theaterbilletsteuer erklärten die Herren für nicht abel; doch wollte man sie jetzt auch ablehnen, da sie zurzeit nicht nötig sei. Prinzipiell dagegen beklämpfte unsere Redner jede derartige Steuer, wie sie es schon beim ersten Auftreten des Gedankens — damals vergeblich — getan hatten; treffend bezeichnete einer unserer Redner den ganzen Plan als eine „Krähwinkelerei“. Herr Cassel aber behielt es sich und den Seinen vor, in unangenehmen Zeiten auf die Theaterbilletsteuer zurückkommen zu können!

Mit den vorgeschlagenen Grundsteuern beschäftigte sich eine weitere Vorlage des Magistrats. Sie brachte die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, einige formale Änderungen der Umsatzsteuerordnung und schließlich an Stelle der von der gemischten Deputation vorgeschlagenen Vauplaysteuer die Wertzuwachssteuer. Mit Recht war diese Änderung vorgenommen; hat doch einer unserer gewichtigsten Terrainspekulanten, der Stadtverordnete Georg Haberland, in einer im Jahre 1904 erschienenen Schrift berechnet, daß das Reichsbild Berlins binnen 18 bis 25 Jahren vollständig bebaut sein dürfte. So war auf einen dauernden Ertrag aus einer Vauplaysteuer kaum zu rechnen. Auf der anderen Seite muß gerade

der Mangel an weiterem anbaufähigen Terrain den Berliner Grund und Boden noch stärker im Preise in die Höhe treiben, als es schon jetzt durch das stetige Wachsen der Bevölkerung, durch ihren Fleiß und ihre Arbeit geschieht. Die Schicksale der Magistratsvorlage betreffend die Grundsteuern sind wohl das für die Majorität der Stadtverordnetenversammlung charakteristischste Ereignis unserer Verichtsperiode; sie sind das Thema, das in allen Wahlversammlungen wieder und immer wieder behandelt werden muß.

Die Vorlage stand zum ersten Male im Januar 1906 auf der Tagesordnung; sie wurde zurückgestellt, weil man weiteres Material abwarten wollte. Am 17. Mai 1906 fand die erste Beratung statt. Die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert fand keinen Widerspruch; ebensowenig die formalen Änderungen der Umsatzsteuer. Um so heftiger entbrannte der Kampf um die Wertzuwachssteuer — handelte es sich doch darum, daß den Bodenspekulanten, einer mächtigen Gruppe innerhalb der Berliner Finanzwelt, ein Teil ihres unverbildeten Gewinnes entzogen werden sollte zugunsten der Gesamtheit, deren Arbeit das Ganze zu danken ist. Die Wertzuwachssteuer, wie sie sich bereits in einer Anzahl großer Städte auch in Preußen bewährt hat, ist eine der besten Steuerformen. Sie ist gerecht, denn sie trifft einen unverbildeten Vermögenszuwachs, sie ist leicht zu tragen, denn sie wird gefordert, wenn der Pflichtige eine große Summe einstreicht — nämlich in dem Augenblick, wo er mit Gewinn verkauft und zwar nur als ein bescheidener Teil dieses Gewinnes — ja ein jeder müßte sich freuen, recht viel Wertzuwachssteuer zu zahlen, da das ja bedeutet, daß er das Vielfache davon mühelos gewonnen hat. Mäheles!

Schon im Jahre 1886 schrieb ein anerkannt „unentwegter“ Freisinnsmann, Alexander Meyer: „Auf den Preis keines anderen Gegenstandes läßt das Zusammenleben vieler Menschen einen so durchgreifenden Einfluß aus wie auf den des Grund und Bodens. Was hat der Eigentümer getan, seinem Besitz einen so hohen Wert zu verleihen? Er selbst nicht das geringste. Aber 100 000 fleißige Menschen haben sich ringsumher angesiedelt, arbeiten und verzehren, kaufen und verkaufen und machen sich diesen Raum streitig, um auf demselben zu wirken. Eden der Umstand, der den Ertrag erhöht hat, verursacht aber nun Kosten zur Abwendung von Schädlichkeit und Gefahr, zur Erhöhung des Reizens, und ich sollte mich weigern, von dem auf das Hundertfache gestiegenen Ertrage den zehnten Teil zur Bestreitung dieser Kosten wieder herzugeben.“ So Alexander Meyer 1886; aber die heutigen Freisinnshelden, die den Freisinn auch in den Parlamenten vertreten oder besser vertreten sollten, die Herren Cassel und Rosenow, die Herren Kämpf und Dr. Hermès, führten ihre Klammern in den Vernichtungskampf gegen die Wertzuwachssteuer.

Und doch war der Magistratsentwurf ganz außerordentlich bescheiden. Die Wertzuwachssteuer sollte erst erhoben werden, wenn der Wertzuwachs seit dem letzten Besitzwechsel nach sehr reichlichen Abrechnungen mehr als 10 Proz. des früheren Wertes betrage. Bei einem Wertzuwachs von 10—20 Proz. sollten 5 Proz. des Reingewinnes als Steuer entrichtet werden; für jede Steigerung des Gewinnes um weitere 10 Proz. sollte die Steuer um 1 Proz. höher sein bis zum Höchstmaß von 20 Proz., der bei einem Gewinn von 160 Proz. erreicht würde — also wenn jemand ein Grundstück mit 100 000 M. gekauft und mit 260 000 M. verkauft, müßte einen Reingewinn von 160 000 M. gemacht hätte, müßte er — das ist der Höhepunkt — ein Fünftel davon, d. h. 32 000 M. an Steuer zahlen, während 128 000 M. in seine Tasche fließen. Wir sagten kein Gewinn; denn nach der Vorlage sollten alle Auslagen und Verluste von dem Bruttogewinn in Abzug gebracht werden. Ja bei unbebauten Grundstücken sollte neben den anderen Abzügen noch eine Prozentige Verzinsung des früheren Kaufpreises in Anrechnung kommen. Ein solches Grundstück konnte nach der Vorlage in zehn Jahren um 50 Proz. im Werte steigen, ohne daß nur ein Penny Wertzuwachssteuer hätte erhoben werden können — es würden nämlich  $4 \times 10 = 40$  Prozent als Verzinsung in Anrechnung kommen und die nun gezeichneten 10 Proz. Gewinn steuerfrei bleiben! Darüber hinaus würden zunächst die niedrigsten Steuerstufen plaggeißelt und erst bei 200 Proz. wirklichen Gewinnes, also bei einer Wertsteigerung auf das Dreifache in 10 Jahren, der höchste Steuerfuß von 20 Proz. veranlagt werden, aber auch nur von 160 Proz., da 40 Proz. als Verzinsung freibleiben, d. h. im ganzen 16 Proz., noch nicht  $\frac{1}{2}$  des wirklichen Gewinnes! Aber die Vorlage ging in ihrer Milde noch viel weiter; sie bestimmte: liegt bei bebauten Grundstücken der letzte Besitzwechsel mehr als 5 Jahre zurück, so wird nur  $\frac{1}{2}$  der Steuer erhoben, liegt er mehr als 10 Jahre zurück, gar nur  $\frac{1}{3}$  der obigen Sätze! Daselbe sollte für unbebaute Grundstücke gelten, wenn der letzte Besitzwechsel 10 resp. 20 Jahre zurückläge! Selbstverständlich genügt uns diese Beschränkung keineswegs; wir brachten eine ganze Reihe verschärfter Anträge ein, die von unserem Redner in glänzender Weise vertreten wurden, — es erübrigt sich sie aufzuzählen, konnten sie doch gegenüber dem Anprall der Gegner nicht aufrecht erhalten werden. Die Gegner zerfielen in zwei Gruppen. Die einen erklärten von vornherein das ganze Prinzip zu verdammen — als erster von ihnen sprach Herr Kämpf, der sich auf seine persönlichen Erfahrungen berief — „Ich bin selbst bei einer derartigen Terrainspekulation beteiligt“, erklärte er stolz (Sitzb. Ber. 1906 S. 252) — seine Schrittmacher bei der Reichstagswahl 1907 bestritten freilich sein Interesse an irgend einer Terrainspekulation, als ihm die Bodenspekulation im ersten Berliner Wahlkreise sein Auftreten gegen die Wertzuwachssteuer im Rathause vorhielten! Schlimmer als die prinzipiellen Gegner zeigten sich schon bei der ersten Verhandlung die falschen Freunde; sie erklärten, das Prinzip der Wertzuwachssteuer sei gesund; nur gebe die Vorlage viel zu weit! Ihre Forderungen gipfelten darin, daß erstens die „rückwirkende Kraft“ beseitigt werden müsse, d. h. daß für die ersten Besitzwechsel nach Inkrafttreten der Wertzuwachssteuer nicht der wirkliche Wertzuwachs in Anrechnung kommen solle, sondern daß als Ausgangspunkt der Wert vom 1. April 1907 zugrunde gelegt werden müsse. Wäre damit für die nächsten Jahre die Gefahr abgemindert gewesen, so sorgte ein zweiter Vorschlag für alle Zukunft: Es sollte nämlich die Umsatzsteuer auf die Wertzuwachssteuer angerechnet, mit anderen Worten nur der Betrag der Wertzuwachssteuer erhoben werden, der über die Umsatzsteuer hinausginge!

Die Vorlage wurde an einen Ausschuss verwiesen; aber die Herren von der Majorität hatten keine Eile. Sie beriefen die erste Ausschusssitzung zum 10. Oktober 1906 ein; im Anschluß entbrannte der Kampf von neuem, der namentlich von unserer Seite auf das härteste geführt wurde; in acht langen Sitzungen, deren letzte im Dezember stattfand, wurden die Beratungen zu Ende geführt. Das Ergebnis war Annahme der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, die kaum Anlaß zu eingehenderen Besprechungen bot, und weiter Annahme der oben angeführten Vorschläge der falschen Freunde der Wertzuwachssteuer, denen ein Teil der prinzipiellen Gegner zustimmte, indem sie schon jetzt offen erklärten: Wir wollen durch Annahme dieser Vorschläge der Vorlage die Gitzsäthe ausbrechen; trotzdem werden wir sie nachher im ganzen noch ablehnen. Am 14. März 1907 erstattete der Ausschuss endlich Bericht; eine neue Debatte entspann sich, die am 21. März fortgesetzt wurde. Unser Redner erklärte: Wir sehen prinzipiell auf dem Standpunkte, daß der ganze Grundbesitz in die Hände der Allgemeinheit, der Gemeinde gehört. Für diesen Standpunkt einzutreten, sei jetzt und hier nicht möglich; darum treten wir wenigstens für die Wertzuwachssteuer ein. Neben den finanziellen Vorteilen, die für die Entwicklung der Gemeinde unentbehrlich seien, werde man durch eine richtige Ausgestaltung der Wertzuwachssteuer auch soziale Ziele erreichen können. Insbesondere könne man durch sie zu einer Erhöhung der Grundstückspekulation gelangen und damit auf die Mietsfälligerungen milde einwirken. Und wie gering sei doch das hier geforderte. Unser Redner machte sich zwei Beispiele zu eigen, die der Magistratsvertreter im Ausschuss aus dem wirklichen Leben gegeben: Ein Grundstück in der Kommodenstraße sei im Januar 1906 für

67 000 M. gekauft und wenige Monate später für 96 000 M. verkauft worden. Der Reingewinn berechne sich nach Abzug der Aufkosten auf 25 000 M., wovon der glückliche Gewinner 1760 M. Wertzuwachssteuer zahlen müßte. Ein Haus in der Leipzigerstraße sei 1893 für 820 000 M. gekauft und 1906 für 1 200 000 M. verkauft worden. Der Reingewinn berechne sich auf 387 700 M., die Wertzuwachssteuer würde 8900 M. betragen; in die Tasche des glücklichen Verkäufers fließen dagegen 357 900 M. Unser Redner fügte hinzu, daß dieser Gewinn auf ein verhältnismäßig geringes Anlagekapital entfiel, denn der Mann habe höchstens 100—200 000 M. in das Geschäft gesteckt, das übrige hätte hierlich auf Hypotheken gestanden und bei einem solchen wahrhaft riesigen Gewinn erhebe man ein Geschrei um 8900 M. Steuer!

Vergeblich wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, daß einer unserer größten Terrainspekulanten, der schon vorher erwähnte Stadtverordnete Haberland — er ist gleichzeitig Gemeindevertreter in Wilmsdorf — vor wenigen Jahren in einer Broschüre geschrieben habe, daß die Wohnungsnot nicht durch eine Wohnungs-polizei oder dergleichen beseitigt werden könne, sondern nur durch eine Besteuerung des Grund und Bodens, wie sie ja die Wertzuwachssteuer ist — freilich galt es damals den Entwurf eines Wohnungsgesetzes zu Fall zu bringen; im Kampfe für den Profit gilt jedes Mittel. Vergänglich wurde betont, daß die Wertzuwachssteuer mit den Einschränkungen, wie sie der Ausschuss vorschlug, wertlos sei und vom Magistrat nicht angenommen werden könne; daß aber, wenn sie nicht zustande käme, der Staat möglicherweise ihre Einführung erzwingen oder sie gar für sich in Anspruch nehmen könne. Vergänglich wurde darauf hingewiesen, daß die „ruhigen Hausbesitzer“, die man verteidigen zu wollen vorgab, als solche von der Steuer gar nicht betroffen würden, da die Steuer ja nur erhoben würde, wenn sie ihr Haus gewinnbringend verkauften, also aufhören wollten, „ruhige Hausbesitzer“ zu bleiben. Nur eines wurde erreicht — die Entscheidung wurde hinausgeschoben. Nachdem die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert angenommen war, damit sie am 1. April 1909 in Kraft treten könne, wurde nur noch über den Satz abgestimmt: „In der Umsatzsteuer wird eine Wertzuwachssteuer erhoben, wenn der Wertzuwachs nach den Abrechnungen 10 Proz. übersteigt.“ Die Abstimmung war eine namentliche — mit 65 gegen 54 Stimmen wurde damals das „Prinzip“ der Wertzuwachssteuer angenommen; alle übrigen Paragraphen wurden einem neuen Ausschuss überlassen. Wieder wurde im Ausschuss auf das hartnäckigste gekämpft; in sechs Sitzungen zwischen dem 20. April und 24. Juni wurden die Beratungen geführt — an den früheren Beschlüssen wurde trotz aller Bemühungen unserer Genossen, trotz des standhaften Eintretens des Oberbürgermeisters nichts geändert.

Am 26. September 1907 lag der Ausschussbericht vor; noch einmal brachen die Anhänger der Wertzuwachssteuer eine Lanze für sie, voran unser Redner, der erklärte, daß wir uns, um zu retten, was irgend möglich sei, auf die Magistratsvorlage zurückgingen, daß wir aber auf keinen Fall für die Abschwächungen des Ausschusses eintreten könnten, um nichts für die Zukunft zu verderben, und daß wir nach Annahme der Ausschussanträge gegen die damit völlig wertlose, ja verderbliche Vorlage stimmen würden. In gleicher Weise charakterisierte der Oberbürgermeister die Beschlüsse des Ausschusses; in ernst, eindringlichen Worten suchte er noch einmal der Mehrheit ins Gewissen zu reden und warnte davor, diesen Tag zu einem „Dies ater“, einem schwarzen, einem verhängnisvollen Tag werden zu lassen. Dann erfolgte die Entscheidung des fast zwei Jahre währenden Kampfes in vier namentlichen Abstimmungen.

Zunächst wurde unser Antrag: Gegenüber dem Ausschussbeschlusse, daß die Berechnung des Wertzuwachses nicht über den 1. April 1907 zurückgreifen dürfe, die Magistratsvorlage wieder herzustellen, mit 75 gegen 54 Stimmen abgelehnt — von den 54 Stimmen der Minorität entfielen auf die Sozialdemokraten 31, die sozialfortschrittliche Gruppe hatte 7 Mann gestimmt, aus den drei anderen großen Parteien hatten sich im ganzen nur 16 Mann gefunden, die ernsthaft eine Wertzuwachssteuer anstrebten. Mit fast dem gleichen Stimmverhältnis wurde sodann der Ausschussantrag, am 1. April 1907 als Stichtag festzuhalten, angenommen; ebenso der Ausschussantrag, die Umsatzsteuer auf die Wertzuwachssteuer anzurechnen. In der Schlussabstimmung wurde endlich die gänzlich verfallene Vorlage mit 119 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Mit zwei Ausnahmen hatten auch diejenigen, die für die Abänderungsvorschläge des Ausschusses gestimmt hatten, jetzt gegen die doch nach ihrem Wunsch zugerichtete Vorlage gestimmt — mit Stumpf und Stiel sollte die Gefahr beseitigt werden.

Und soweit ist in diesen 40 Jahren der Liberalismus heruntergekommen, daß er einen damals gezeugenen Wechsel heute nicht mehr honorieren will? — rief fragend der wirklich liberale Stadtverordnete Professor Preuß, nachdem er das oben erwähnte Zitat von Alexander Meyer verlesen hatte. Wir antworteten: Ja, der Liberalismus ist so tief gesunken, daß kein Freund des Fortschrittes mehr für seine Vertreter stimmen kann. Darum auf am 6. November zur Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten, die auch dafür sorgen werden, daß die Frage der Wertzuwachssteuer alsbald wieder auftaucht!

## Beiträge für das Auer-Denkmal

Brutus, Chemnitz 0,60. Von den Kollegen der Firma Deller u. Siebert Nachf. 4.— Kranzpendenüberblick von den Arbeitern der Akkumulatorenfabrik A. G. Oberhönoweide 13,30. Pfeifer, Kottbuler Ufer 45 8.— Heberichs-Kranzpende von den Kutschern des Kuhhof Veger, Königsbergerstraße 2.— Sparverein „Eiden“ d. Feuer 4.— Karl 10.— Scherfasse Stellung u. Löhle 5.— Strandsheim durch Wadner 2,70. Schlosser der Firma Ernst Brand, Admiralstraße d. Paul Wende 12,50.

Weitere Beiträge für das Auer-Denkmal sind zu richten an den Kassierer Emil Voeste, Verbandsbureau, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

## Partei-Angelegenheiten.

**Rixdorf.** Die Mitglieder werden ersucht, in der morgigen Theatervorstellung pünktlich 2½ Uhr zu erscheinen, um jede Störung zu vermeiden. Die Ordner haben sich eine Stunde früher einzufinden. Der Vorstand.

**Friedenau.** Heute abend Stiftungsfest des Arbeiter Gesangsvereins „Morgenrot“ im „Rheinischhof“, nicht zu verwechseln mit dem gleichzeitig stattfindenden des Gesangsvereins „Mittl“ im gepflanzten Kaiser-Wilhelmsgarten. — Am Dienstag, den 22. cr. ordentliche Mitgliederversammlung bei Grube.

**Schlendorf.** Am Sonntag, den 20. d. M., morgens 7½ Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von folgenden Lokalen aus statt: 1. Bezirk M. Med. Karstr. 12; 2. Bezirk Veger, Hauptstraße, Ecke Scharfstraße; 3. Bezirk Benno Midlen, Potsdamerstr. 25; 4. Bezirk im bekannten Lokal in Schlachtenf. — Die Bezirkshäuser empfangen Sonnabend, abends von 8 Uhr an das Material von Benno Midlen, Potsdamerstraße 25. Agitiere jeder für recht zahlreiche Beteiligung!

**Lichtenberg.** Heute, Sonnabend, den 19. Oktober findet das Herbstfest des Wahlvereins im „Schwarzen Adler“ (Gebr. Arnold), Frankfurter Chaussee 5—6 statt. Mitwirkende sind: Neues Tonkünstler-Orchester, Dirigent Franz Holsfelder und Kollisionsgesellschaft Levandonsky. Nach dem Konzert Großer Ball. Zahlreiche Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Friedrichsfelde.** Am heutigen Sonnabend hält der sozialdemokratische Wahlverein, Bezirk Friedrichsfelde, sein 17. Stiftungsfest im Lokal F. Wube, Prinzenallee 30, ab. Für Unterhaltung ist reichlich gesorgt. Genossen und Freunde sind hierdurch eingeladen.

**Spensid.** Zu dem morgen, Sonntag, in Seidels Gesellschaftshaus stattfindenden Wilhelm Buschabend sei nochmals aufmerksam gemacht. Einlasskarten à 30 Pf. sind zu haben bei Fritz Wolf, Nickerstraße 6, Franz Weber, Bahnhofstraße 15 und im Gesellschaftshaus Karl Seidel.

**Jossen.** Am Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 8 Uhr, findet vom Lokale Schinke aus die Verbreitung des Kalenders und einer Broschüre statt. Ferner machen wir auf die am Mittwoch, den 23. d. M. stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam. Vor der Versammlung werden Beiträge eincolliert. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, sich an den Veranstaltungen zu beteiligen. Der Vorstand.

**Ablerhof.** Am Sonntag, den 20. Oktober, findet eine Flugblattverbreitung zur Gewinnung von Vorwärtsabonnenten vom Lokal des Genossen Kaul, Bismarckstraße 16, aus statt. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich und vollzählig um 7 1/2 Uhr früh einzufinden. Der Vorstand.

**Schenkendorf b. Königsmusterhausen.** Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen im Saale des Herrn Otto Baesch, Tagesordnung: „Die Bedeutung des Essener Parteitag.“ Referent: Kurt Heinig, Berlin. Um 8 Uhr abends findet die monatliche Versammlung des Wahlvereins statt. Gäste sowie Frauen haben Zutritt. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Romwes.** Am morgigen Sonntag, den 20. Oktober, findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt morgens 8 Uhr bei Gruhl, Pfeifferstraße 66. Ehrenpflicht eines jeden Wahlvereinsmitgliedes ist es, sich an derselben zu beteiligen. Der Vorstand.

**Dranienburg.** Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr findet bei Braun die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Unter anderem steht die Neuwahl des gesamten Vorstandes auf der Tagesordnung.

## Berliner Nachrichten.

### Im Süden von Potsdam.

Alltündlich, stets 30 Minuten vor der vollen Stunde, führt der Vorortzug vom Wanneseebahnhof für 50 Pf. uns nach Potsdam. Man verläßt den Bahnhof in der Fahrtrichtung, geht an dem langen Droschkenhalteplatz vorbei und erreicht so eine Steintreppe, die auf die große Brücke über die Bahn leitet. Auf dieser Brücke wenden wir uns links und betreten die breite, mit Alleen bepflanzte Straße, die genau im Zuge der Brücke sich durch die Vorstadt erstreckt. Die prächtigen Alleebäume schimmern gelb im herbstlichen Laubwechsel. Nach einigen Minuten erscheinen rechts und links die großen Potsdamer Kirchhöfe, ganz und gar malerisch in Grün gebettet, das auch die umhüllenden Mauern umwuchert. Schließlich umfängt uns der Wald, der in der Nähe von Potsdam stark mit Eichen gemischt ist. Wo die Chaussee, die sich mit Hilfe von Parallelwegen im Walde immer vermeiden läßt, sich teilt, wenden wir uns rechts auf die Straße nach Bergholz und Saarmund. Etwa hundert Meter vor dem Uebergang der Wehlarer Bahn zeigt rechts ein Schild nach Caputh, dem wir folgen. Der breite Waldweg führt uns stundenlang durch prächtigen Kiefernhochwald. Wir vermeiden die Abzweigungen, indem wir dem Fahrleise folgen. Wo der Wald durch seine Hügeligkeit die Nähe der Rabensberge verrät (auch das Geträusche der Krähen fehlt nicht), krenzen wir einen sandigen Fahrweg, den wir nach links zum tief abwärts im Walde eingebetteten einsamen Teufelssee in den Rabensbergen einschlagen können, um nach seiner Besichtigung wieder auf den Hauptweg zurückzukehren. Dieser führt schließlich auf die schöne Waldchaussee von Potsdam nach Michendorf. Wir geben einige Minuten nördlich, bis auf der anderen Seite der Chaussee bei einer Warnungstafel (Schiefelplatz, am Sonntag aber ungefährlich) ein kleines Schildchen nach Templin zeigt. Damit haben wir den Weiterweg gefunden, der uns durch Hochwald zur Föhrsterei Templin an die Havel bringt. Eine herrliche Seemwanderung am breiten Havelufer bringt uns nach Potsdam zurück.

**Enteignungsrecht auf Wertheim.** Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin soll ein Enteignungsrecht auf das Grundstück des Warenhauses Wertheim erhalten. Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten teilt mit, daß auf Grund des Kleinbahngesetzes von Landespolizeiwegen vorläufig festgestellt worden ist, daß ein Teil von dem, der offenen Wandelgesellschaft A. Wertheim gehörigen Grundstück Leipziger Platz 12, Leipziger Straße Nr. 134-137 und Köhlerstraße 20-30 eine Grundstücke darstellt, hinsichtlich der der Hochbahngesellschaft das Enteignungsrecht verbleiben worden ist zur Entziehung und dauernden Beschränkung des für die Herstellung einer elektrisch zu betreibenden an den jetzigen Bahnhof Potsdamer Platz anschließenden Untergrundbahnstrecke Leipziger Platz-Völkstraße-Wilhelms Platz-Rohrenstraße-Laubenstraße-Gaustvogelplatz-Niedermöllstraße-Spittelmarkt in Anspruch zu nehmenden Grundeigentums. Selbstverständlich handelt es sich bloß um die Festsetzung öffentlicher Rechte über Verhältnisse, die durch Privatverträge längst festgestellt sind.

**Arbeiterbildungsschule Berlin.** Heute abend beginnt der Unterricht in Geschichte (Moderne Revolutionen bis zum Jahre 1789), Vortragender Dr. H. Couradh, in der Grenadierstr. 37, der Unterricht in Naturerkenntnis, Vortragender Emanuel Bunn, im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

„Student der Medizin, Sohn eines Oberstabsarztes.“ In Kergestreifen tritt gegenwärtig ein Schwindler auf, der sich als Student der Medizin bekennt, Sohn des Oberstabsarztes W. aus München vorstellt. Der Gauner sucht seine Opfer gewöhnlich während der Sprechstunde auf und erzählt ihnen, er bestünde sich augenblicklich auf der Durchreise in Berlin und habe das Geld dabei, sein Portemonnaie mit einer hohen Geldsumme zu verlieren. Es sei ihm nun unmöglich, heimzufahren, da er sich kein Billet lösen könne. Der Schwindler bittet denn die Ärzte um ein Darlehen von 20 M., das er sofort nach seiner Ankunft in München wieder zurückzahlen will. Vergeblich warten jedoch die Geprüften auf das Eintreffen des Geldes.

Für die neue an der Kniprodstraße geplante Fleisch-Engrosmarktstraße, die Wohnanschlüsse erhalten wird, ist ein langgestrecktes Terrain von 20 Morgen in Aussicht genommen worden. Von dem übrig bleibenden Terrain, das vor mehreren Jahren erst erworben wurde, sollen 50 Morgen zur Erweiterung des Zentralviehhofes reserviert bleiben. Für die Fleisch-Engrosstraße sind zunächst sechs Häuser geplant und vier Hallen für eine Vergrößerung dort in Aussicht genommen worden, so daß im ganzen zehn solcher Hallen, an mehreren Zufahrtstraßen gelegen, dem Marktverkehr bequem und schnell erreichbar, zur Verfügung gestellt werden sollen.

In dem gestrigen Sitzungsbericht der städtischen Markthallen-Deputation hat der leidige Druckfehlerleusel das sozialpolitische Empfinden des Herrn Stadtverordneten Thiemer viel zu hoch eingeschätzt. Nicht 75 Pf., wie der Bericht sagt, sondern nur 45 Pf. hält der Herr für eine ausreichende Entschädigung eines Heizerd.

### Vom städtischen Untersuchungsamt.

Der Magistrat von Berlin bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß das hier an der Fischerstr. 39/42 neu errichtete Städtische Untersuchungsamt (für hygienische und gewerbliche Zwecke) eröffnet

worden ist. Das Amt hat die Aufgabe, chemische, bakteriologische, mikroskopische und botanische Untersuchungen von Rohstoffen, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen im Sinne des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1879 und des dazu ergangenen Ergänzungsgesetzes sowie sonstige Untersuchungen für hygienische und gewerbliche Zwecke auf Antrag von Behörden, Korporationen und Einzelpersonen auszuführen, über das Ergebnis der Untersuchungen schriftliche Gutachten abzugeben, auch Auskunft usw. über Fragen im Bereich der Tätigkeit des Amtes zu erteilen. Schriftliche Anträge auf Vornahme von Untersuchungen, Sendungen von Proben usw. sind an das Städtische Untersuchungsamt (für hygienische und gewerbliche Zwecke), Berlin O. 2, Fischerstr. 39/42, zu richten. Auch werden mündliche Anträge dort im Bureau entgegengenommen.

### Ein Armenvorkseher, der Bescheid weiß.

Wenn ein Unbemittelter in seiner Wohnung eine Desinfektion ausführen lassen muß, weil in der Familie eine Erkrankung an Typhus, an Diphtheritis oder dergleichen vorgekommen ist, dann kann ihm auf sein Gesuch die Zahlung der Desinfektionsgebühren erlassen werden. Der Gebührenerlaß gilt zwar nicht als Armenunterstützung, aber wer ihn beanspruchen will, der kann dabei doch in die Lage kommen, die Belamntschast eines Armenvorkseher zu machen. Das Gesuch ist nicht an die Armenverwaltung zu richten, sondern lediglich an die Desinfektionsanstalt, aber beizufügen ist ein vom Bezirksvorsteher oder auch vom Armenvorkseher auszufertigendes Attest, das sich über die wirtschaftliche Lage der Familie äußert und hiernach den Gebührenerlaß empfiehlt. Das Attest soll ohne weiteres ausgefertigt werden, wenn der Haushaltungsvorstand eine Wohnungsmiete nur bis zu 300 M. zahlt oder zu der untersten Stufe der Einkommensteuer veranlagt ist, aber auch sonst, sofern die Prüfung der Verhältnisse ergibt, daß die Familie infolge von Unglück (z. B. Krankheit, Sterbefälle) die Gebühren nicht zu zahlen vermag.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat oft gefordert, daß die Desinfektion allgemein unentgeltlich gewährt werde, ohne daß erst um Gebührenerlaß gebeten werden muß. Die Desinfektion ist ja eine hygienische Maßregel, die den Schutz nicht allein der betreffenden Familie, sondern mehr noch der Nachbarschaft und aller Einwohner der Stadt bezweckt. Beim Ausbrechen derjenigen Ansteckungskrankheiten, die besonders gefährlich sind, wird die Desinfektion sogar durch die Polizei angeordnet und nötigenfalls erzwungen. Da müssen nicht nur Arbeiter, sondern auch viele selbständige Gewerbetreibende mit mäßigem Einkommen es als hart empfinden, wenn sie bei Krankheit in der Familie ihren ohnedies geschwächten Geldbeutel auch noch um die Desinfektionskosten erleichtern sollen. Den Herrn Bezirksvorsteher oder gar den Herrn Armenvorkseher zu informieren und ihm sein Leid zu klagen, das ist nun mal nicht nach jedermanns Geschmack. Die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung tut freilich so, wie wenn der Magistrat mit den jetzt geltenden Bestimmungen über den Gebührenerlaß allen berechtigten Wünschen hinreichend entgegenkomme und Schwierigkeiten sich bisher nicht ergeben hätten. Und immer wieder wird die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt! Demgegenüber wollen wir einmal zeigen, wie es einem Haushaltungsvorstand ergehen kann, wenn die Polizei ihm eine Desinfektion seiner Wohnung aufzwingt und er dann Gebührenerlaß nachsucht.

Einem Schmied W. in der Kleinstraße war sein Kind an Diphtheritis erkrankt. Nachdem er wieder genesen war, ordnete die Polizei Desinfektion an. Das war im Dezember vorigen Jahres. Noch ehe nun die Kostenrechnung kam, ging Frau W. zum Armenvorkseher Herrn Stensätze (Kamlerstr. 20) und ersuchte ihn um Ausstellung des erforderlichen Attestes. Herr St. verweigerte das mit dem Bemerkten: „Ich kenne Sie ja gar nicht.“ Frau W. antwortete ihm, dann müsse er sich schon nach ihrer Wohnung bemühen. Auch Herr W., der am anderen Tage selber zu St. ging, bekam dieselbe Auskunft. Als W. hervorbrachte, daß er unter 300 M. Rente zahlt, erwiderte der Vorkseher St., mancher gebe eben mehr für seine Wohnung aus, mancher andere aber weniger, obwohl er ebensoviel verdiene. Nicht lange nachher kriegte Herr W. die Rechnung über Desinfektionskosten in Höhe von 18 M. Es fand sich dann auch Herr St. bei ihm ein, doch traf er nur Frau W. zu Hause. Er machte sich ein paar Notizen, im übrigen aber behauptete er, W. müsse die 18 M. bezahlen. W. hatte der Dinge, die da kommen würden. Zwei Monate waren hingegangen, da meldete ihm im Februar ein Schreiben des Stadtrats Strahmann, daß man Stundung bis zum April gewähre, dann aber habe er zu zahlen. W. verließ sich auf die Bestimmungen, die ihn ja ohne weiteres von der Zahlungspflicht befreiten, und zahlte nicht. Er erhielt sodann im Mai ein zweites Schreiben Strahmanns, das Teilzahlungen vorschlug. Da W. wieder nicht zahlte, kam im August eine vom Stadtrat Münsterberg unterzeichnete Mahnung. Auch jetzt zahlte er noch nicht, weil er Anspruch auf unentgeltliche Desinfektion zu haben meinte. Nun ist ihm eine nochmalige Zahlungsaufforderung zugegangen und zugleich Androhung einer Klage.

Man sieht: so wird's gemacht! Wenn es überall so gemacht wird, daß entgegen den klaren Bestimmungen des Magistrats der Gebührenerlaß verweigert und der Wittsteller mit Mahnungen und Klagenandrohung bombardiert wird, dann kann man sich nicht wundern, daß minderbemittelte Familien darauf verzichten, sich lange mit dem Magistrat herumzustritten, und es vorziehen, die Gebühren zu bezahlen. Dann begreift man aber auch, warum in neuerer Zeit der Prozentsatz der Gebührenerlaßbeschlüssen sich so auffällig vermehrt hat; womit offenbar dem Magistrat sehr gedient ist. Uebrigens drängt sich uns hier noch die Frage auf, ob dieser Armenvorkseher, der so gut Bescheid weiß, was der Magistrat will, am Ende auch almosenbedürftigen Personen mit ähnlichem Eifer Klar zu machen sucht, daß es ihnen noch lange nicht schlecht genug geht.

Zur Frage der Desinfektion hat der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung Stellung genommen. Er hat beschloffen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung in Zukunft für alle von den städtischen Desinfektionsanstalten auszuführenden Desinfektionen in Berlin, bei denen eine gesetzliche Verpflichtung zur Desinfektion vorliegt, Gebühren nicht mehr zu erheben. In allen anderen Fällen sollen die Gebühren weiter erhoben werden.

Unsere Genossen im Roten Hause haben seit Jahren die Unentgeltlichkeit der Desinfektion verlangt. Auch in diesem Jahre wurde der Antrag wiederholt und, um dem ewigen Drängen unserer Genossen Einhalt zu tun, schließlich dahin erledigt, daß die Versammlung beschloß, bei einem Einkommen bis 3000 M. Gebührenfreiheit eintreten zu lassen. Der Magistrat hält diesen Weg aus verschiedenen Gründen für ungangbar und schlägt vor, wie oben zu verfahren. Das, was also auf diesem Gebiete erreicht ist, ist in letzter Linie auf das Wirken der sozialdemokratischen Stadtverordneten zurückzuführen.

Wenn hohe und allerhöchste Herrschaften in Kindesdritten geraten, muß auch die Kirche helfen. So hat jetzt wieder der Evangelische Oberkirchenrat angeordnet, daß für glückliche Entbindung der Kronprinzessin eine kirchliche Fürbitte stattzufinden hat.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der verfloffenen Nacht auf dem Omnibusdepot II in der Marienburgerstraße. Der auf dem Depots beschäftigte Arbeiter Labin war, als er an der offenen Luke vorbeigehen wollte, abgerutscht und stürzte kopfüber auf den gepflasterten Hof hinab, wo er beschnungslos liegen blieb. L. erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, komplizierte Arm- und Beinbrüche, sowie auch innere Verletzungen. Er wurde nach der Unfallstation II in der Schönhauser Allee gebracht, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde und von dort in hoffnungslosem Zustande nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

**Baumfall.** Noch glücklich verlaufen ist ein Baumfall, der sich gestern auf dem Neubau der Königl. Repinäre in der Jussalkenstraße zutrug. Mehrere Arbeiter waren dort damit beschäftigt, einen schweren Sandsteinblock im dritten Stock an Ort und Stelle zu setzen. Plötzlich ließ dabei die sogenannte Schere und der Steinblock sauste in die Tiefe. Zum Glück befand sich im Augenblick des Einsturzes kein Arbeiter auf dem Gerüst, so daß weiteres Unheil nicht angerichtet wurde. Das Gerüst muß natürlich erneuert werden.

Von einem Müllwagen folgesehen. Vor dem Eingangportal des Königl. Polizeipräsidenten in der Alexanderstraße hat sich gestern nachmittags ein tödlicher Verkehrsunfall zugetragen. Der 28 Jahre alte Hausdiener Gustav Tiedemann, Alexanderstr. 33 wohnhaft, wurde hin und wieder von einem Krampfanfall heimgeschickt. Als er gestern nachmittags vor dem Eingangportal des Polizeipräsidenten den Jahrbau der Alexanderstraße überquerte, trat das Leiden wieder auf und unglücklicherweise stürzte der Bedauernswerte vor die Pferde eines heranfahrenden Müllwagens der Firma Tölkert. Der Krampfer vermochte nicht früh genug anzuhalten und so gingen die Räder des Fuhrwerks dem leblos auf der Erde liegenden T. über die Brust und Beine hinweg. Der Brustkasten wurde vollständig zermalmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Der neue Vortrag im wissenschaftlichen Theater der Urania „Ueber den Brenner nach Benedig“ bietet eine Fülle der herrlichsten Landschaftsbilder dieser allerersten und schönsten Gebirgsstraße, welche die Herzen Deutschlands und Italiens mit einander verbindet. Aus der überweltigenden Schönheit der Hochgebirge geht es in das Sonnenland Italien, von den Wundern des Rosengartens bei Vogen über Trient, Verona zu der Königin der Meere — nach Benedig. Eine Fülle von Bildern und Wandel-Panoramen begleitet diese neuesten Darbietungen der Urania.

Das Polizeipräsidentium teilt mit: Am 15. d. M. verstarb, vermählt am Herzschlag, im Frauenasyl, Kolbergerstr. 30, eine etwa 43 Jahre alte Frauensperson. Sie ist circa 1,35 bis 1,40 Meter groß, schwächlich, hat dunkelblonde Haare und Augenbrauen und lüdenhafte Zähne. Bekleidet war sie mit schwarzem Rock, roter Bluse, schwarzen Strümpfen und Schürchen. Sie trug eine schwarze Handtasche ohne Inhalt bei sich. Ueber die Persönlichkeit der Verstorbenen hat sich bisher nichts ermittelt lassen. Bei den Akten ist sie nur mit dem Vornamen „Emilie“ bekannt. Personen, die über die Verstorbenen Auskunft geben können, wollen sich in den Polizeirevierern, im Leichenschauhaus oder bei der Kriminalpolizei, Zimmer 381, melden.

Feuernachrichten. In der Jordanorferstraße 43 hatten sich Freitag früh Pfeiflohlen in einem Kamineller entzündet. — Wegen Schornsteinbränden wurde die Wehr vorher nach der Chausseestraße 68 und nach dem Rahbach Ufer 5 gerufen. In der Camphausenstraße 11 war schließlich noch in einer Räucherlampe Feuer entstanden.

Zwei Sauerstoffapparate der Feuerwehre wurden gestern in der Ballaststraße 14 und in der Köpenickerstraße 33 bei kranken Personen mit Erfolg angewandt.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Arbeiterturnen und hohe Obrigkeit lautete das Thema, das in einer im Volkshaus, Kottbenerstr. 3, von ungefähr 500 Personen besuchten Protokollversammlung, einberufen von dem Turnverein „Freie Turnerschaft“ Charlottenburg behandelt wurde. Hierzu gab belamntschastlich die gegen den Verein „Freie Turnerschaft“ erfolgte Entziehung der städtischen Turnhallen wegen angeblich politischer Umtriebe. In dieser Versammlung waren auch ungefähr 20 Mitglieder der „Deutschen Turnerschaft“ erschienen. Der Referent Stadtverordneter Dr. Vorchardt schickte in seinem Vortrage voraus, daß das Turnen im Anfang des vorigen Jahrhunderts überhaupt als etwas Staatsgefährliches betrachtet wurde, weil die Träger der Ideen der größeren bürgerlichen Freiheit auch die Träger der Ideen der Verleibungen waren. So wurden im Jahre 1819 über 80 Turnplätze in Deutschland geschlossen. Trotzdem wurde weiter gefurt. Man mußte sich mit dieser Tatsache in Regierungskreisen abfinden. Und so erschien 1842 eine Kabinettsorder, welche das Turnen als etwas Notwendiges betrachtete und wurde dasselbe auch in den Schullehrplan der Volksschulen aufgenommen. 1860 traten die Turnvereine zu einem Bund zusammen, welcher sich „Deutsche Turnerschaft“ nannte. Trotz aller damaligen Verfolgungen steht dieser Bund jetzt auf dem besten Fuße mit den Regierungsbehörden. Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts schied eine große Anzahl von Mitgliedern der Bundesvereine infolge Streitigkeiten wegen politischer Tätigkeit aus und bildeten die heutigen Arbeiter-Turnerbund. Nun wird ja so wie so alles was der Arbeiter treibt, als Politik angesehen. So werden auch die Vereine des Arbeiter-Turnerbundes als politische Vereine betrachtet, trotzdem das Turnen mit Politik nicht das geringste zu tun hat. Auch der Turnverein „Freie Turnerschaft“ Charlottenburg wurde anfangs dieses Jahres als ein politischer Verein von der Charlottenburger Schuldeputation hingestellt, weil er auf einem Beschlusse der Turnerschaft ein revolutionäres, antimilitarisches Lied gelungen haben soll. Es wurden ihm deshalb die städtischen Turnhallen entzogen. Der Referent kritisierte das Verhalten der Schuldeputation der „Freien Turnerschaft“ gegenüber noch in treffender Weise. Er meinte, daß die Deputation einen Wink mit dem Jauchplatz von oben herab bekommen hätte, den sie meinte befolgen zu müssen. In der nachfolgenden Diskussion meldete sich ein Herr Lehmann zum Wort und meinte, daß die Schuldeputation dem Verein die Turnhalle wohl nicht so ohne weiteres entzogen habe, es werde wohl an der politischen Tätigkeit des Vereins etwas Wahres sein.

Er wurde aber vom Turngenossen Brandt der Freien Turnerschaft und vom Kreisverreter Benz in treffender Weise heimgeleitet. Er meinte, in der „Deutschen Turnerschaft“ sei ein Spitzelsystem durch den Herrn Oberlehrer Fiedewitz eingeführt, wodurch die Arbeiterturnvereine demunziert werden, wenn sie sich mit irgend etwas befassen, was nach Politik riecht.

Die Deutsche Turnerschaft befaßt sich aber selbst mit Politik. Denn auf dem Turntag in Eplingen habe sie ein Programm angenommen: Das Wliegen patriotischer und vaterländischer Gesinnung.

Zum Schluss wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die im Volkshaus zu Charlottenburg tagende Protokollversammlung protestiert gegen die Entziehung der städtischen Turnhallen, die seitens der Schuldeputation gegen den Verein „Freie Turnerschaft“ erfolgt ist. Sie erklart darin eine kleinliche, durch nichts gerechtfertigte Maßregel und verlangt von dem Magistrat, daß er, um die Turnbestrebungen unter den Arbeitern zu fördern, dem Verein eine andere, der Schuldeputation nicht unterstehende Turnhalle zur Verfügung stellt. Sollte der Magistrat sich wider Erwarten der kleinlichen Maßregel der Schuldeputation anschließen, so erklären die Versammelten ihrerseits auch unter erschwerten Umständen die Turnbestrebungen nur um so energischer fördern zu wollen.

In eine entsetzliche Lage geriet Donnerstag abend der Kaufmann Karl Vorchert, Potsdamerstr. 8a wohnhaft, als er am Potsdamerplatz die Vorderplattform eines in der Fahrt befindlichen Motorwagens der Strosenbahnlinie P bestiegen wollte. W. glitt hierbei ab und fiel so unglücklich zu Boden, daß er mit dem linken Fuß unter den Wagon geriet und unter dem Schuttrahmen festgestemmt wurde. Um den Mann aus seiner furchtbaren Lage zu befreien, mußte der schwere Wagon mit Binden angehoben werden. Die Arbeit nahm nur 8 Minuten in Anspruch, so daß die von Passanten herbeigerufene Feuerwehre nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte. Rechtwärtigerweise hat W. bei dem Unfall keinerlei Verletzungen erlitten und konnte die Fahrt nach seiner Wohnung fortsetzen.

**Riddorf.**

Aus dem dritten Stock auf die Straße gestürzt ist am Dienstag nachmittag der zweijährige Sohn des Sattlers Wildermuth, Edmundstr. 10. Der Kleine war in einem unbewachten Augenblicke auf den Balkon geklettert und hatte das Uebergewicht verloren. Mit einem schweren Schädelbruch wurde der Kleine aufgehoben und nach der Unfallstation gebracht. Am Mittwoch erlag er den schweren Verletzungen.

**Schöneberg.**

Zeugen gesucht! Alle diejenigen, welche am 25. Juli d. J. abends zwischen 7 und 8 Uhr Zeugen waren, wie unser Genosse Heinrich Wolze in der Martin Lutherstraße bei den Bauten der Beamtenwohnhäuser stürzte wurde, werden freundlichst gebeten, umgehend ihre Adresse in der Parteipostition, Martin Lutherstr. 51, abzugeben.

**Groß-Vichterfelde.**

Einen großen Telephonkabeldiebstahl haben Drahtmarber in der vorletzten Nacht auf der Potsdamer Chaussee verübt. Nicht weit von Groß-Vichterfelde entfernt, kletterten die Täter an einer mit Steigeisen versehenen Telegraphenstange empor und zerschneiden nicht weniger als 40 Leitungen. Die Drähte, etwa 3000 Meter im ganzen, rollten sie zusammen und zogen ungehindert mit ihrem Plunder davon. Die Postverwaltung hat auf die Ermittlung der Diebe eine Belohnung ausgesetzt.

**Stralau.**

Ueber das preussische Wahlrecht referierte Genosse Stadt-Sagen in einer in den Markgrafen-Sälen tagenden, gut besuchten Volksversammlung. In gemeinverständlicher und packender Weise führte der Referent den Verammelten das bittere Urrecht, das in dem heutigen Dreiklassenwahlrecht gegenüber der alle Werte schaffenden Arbeiterschaft enthalten sei, vor Augen. Daß die preussischen Schulverhältnisse, das Vereinsgesetz, so sehr der Verbesserung bedürfen, daß die Verteilung der Steuerlasten eine so ungerechte ist, habe seinen Grund in der Einflußlosigkeit, zu welcher die Millionen der Arbeiter in Preußen verurteilt sind. Es müsse daher Pflicht eines jeden sein, alle Kraft für die Beseitigung dieser Zustände anzuwenden. Der Gipfel der Rechtslosigkeit sei durch den Liebknecht-Prozess wieder einmal trefflich gekennzeichnet worden. Das hier zum Ausdruck gelommene Bestreben, die Sozialdemokratie zu vernichten, müsse beantwortet werden, indem alle im Sinne Liebknechts weiter arbeiten. Redner schloß seinen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag: Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht, Organisation und Agitation, damit die Entredeten aus dem Elend zur Kulturhöhe des Sozialismus emporgeführt werden. In der Diskussion beteiligte sich Genosse Peterdors in Sinne des Referats.

Der Vorsitzende, Genosse Wessel, wies darauf hin, daß jeder denkende Arbeiter sich auch der geeigneten Waffe, diesen Kampf zu führen, zu bedienen habe. Diese Waffe, die allein in hervorragender Weise den Kampf um die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft führe, sei der „Vorwärts“. Außerdem geistelte er noch das Verhalten der Zuhörer der Freireisegeschäfte und der Wädernmeister, die sich nicht für verpflichtet halten, in dieser fast nur von organisierten Arbeitern bewohnten Gegend den Angestellten ihre kulturellen Forderungen zu erfüllen. Er forderte die Anwesenden auf, die Unternehmungen, die die Genossenschaften im Stralauer Viertel errichtet haben, nach besten Kräften zu unterstützen.

Zum Schluß fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der die Verammelten die Aktion der preussischen Polizei gegen die sozialdemokratische Parteischule entschieden verurteilten. Des weiteren sehen die Verammelten als Ursache der reaktionären und kulturell rückständigen preussischen Zustände das elende Wahlrecht an und verpflichten sich, den Kampf gegen dasselbe aufzunehmen, bis dasselbe gestürzt ist. In einer zweiten Resolution spricht die Versammlung dem Genossen Karl Liebknecht ihre Sympathie und Anerkennung für sein offenes, kluges, mutiges Auftreten und ihre Empörung über das ungerechte gegen ihn gefällte Urteil aus. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie gingen die Verammelten auseinander.

**Sydanau.**

Die Generalversammlung des Wahlvereins ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Motteler durch Erheben von den Plätzen. Hierauf gab Genosse Piefer den Bericht des Vorstandes. Danach haben im 4. Quartal 4 Vereinsversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen und eine Flugblattverbreitung stattgefunden. Redner gab einen eingehend detaillierten Bericht über die Arbeit des Vorstandes sowohl als auch der Parteiarbeiter im allgemeinen, woraus hervorging, daß im verfloffenen Jahre reiche Arbeit geleistet worden ist. Die in letzter Zeit auftauchenden Gerüchte, der Vorstand tue nicht genügend seine Pflicht und Schuldigkeit, seien nicht zutreffend. Weniger am Vorstande als vielmehr an den Mitgliedern liege es, wenn nach den Reichstagswahlen nicht hinreichende Arbeit geleistet worden sei. Jeder Genosse müsse sich von den großen Zielen der Arbeiterbewegung leiten lassen. Bei dieser Gelegenheit verwies Redner auf den Hochverratsprozeß gegen Liebknecht und zeigte daran, daß von neuem reaktionäre Strömungen an der Arbeit sind, die sozialistische Aufklärungsarbeit unmöglich zu machen. Insbesondere hob er die tapfere und für die Partei ehrenvolle Haltung des Genossen Liebknecht hervor, der allen Genossen ein Beispiel zur Nachahmung sein müsse. Im Anschluß hieran erwähnte Redner das traurige Einvernehmen der Polizei mit Herrn Seib, dem Besitzer des von der Arbeiterschaft hochgeachteten Lokals im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Eingehend besprach er den Verlauf dieses Kampfes bis zur neuesten Verfügung, wonach man es den Genossen unmöglich machen wolle, auf den Woylakt aufmerksam zu machen. Indessen weder Klassenfissionen noch Anklagen seien imstande, Herrn Seib die Sympathie der Arbeiterschaft wiederzugeben. Solange der Arbeiterschaft nicht der Saal zu Versammlungen zur Verfügung stände, würde das Lokal von der Ar-

beiterchaft gemieden. Genosse Erdgerchen wies in der Diskussion den Vorwurf, der Vorstand habe nicht seine Schuldigkeit getan, entschieden zurück. Hierauf gab Genosse Schützer den Massenbericht. Derselbe weist für das 4. Quartal eine Einnahme von 791,83 M. auf. Hiervon sind an den Kreis abgeliefert 349,10 M. und am Ort verbraucht 479,89 M. Redner gab eine detaillierte Uebersicht des Kassenertrags und meinte, wenn im Gegensatz zu anderen Quartalen das vierte ein Defizit aufweise, so sei der Grund darin zu suchen, daß der Wahlverein 1000 Panoramabiletts gekauft habe, von denen bis jetzt noch nicht die Hälfte abgesetzt sei; diese Summe käme dem nächsten Quartal wieder zugute. Außerdem seien 168,35 M. an den Kassierer des Verbandes der Wahlvereine der Provinz Brandenburg überwiesen worden. Ein Antrag des 7. Bezirks, die Zahlabende analog denen von Groß-Berlin auf den zweiten Mittwoch im Monat zu verlegen, wurde, nachdem sich Genosse Kühnmund dagegen und die Genossen Hoffmann, Fink, Richter, Gottwald, Degow, Kottowsh und Leidner dafür ausgesprochen hatten, mit allen gegen 10 Stimmen angenommen. Wie der Expediteur Genosse Köppen mitteilte, sind zurzeit 1160 „Vorwärts“-Leser am Ort, welche Zahl bei rühriger Agitation bedeutend erhöht werden könnte. Die hierauf vorgenommenen Reumahlen ergaben: Genosse Piefer als erster und Genosse Scior als zweiter Vorsitzender; Genosse Schneeweiß als erster und Genosse Siebert als zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Genossen Hornig, Leidner und Reinecke gewählt. Die bisherige Lokalkommission, bestehend aus den Genossen Struss, Fallkehr, Kurzmann, Kühnmund und Senfleben bleibt auf Antrag bestehen. Die Schlichtungs- und Verhandlungskommission sowie der Bildungsausschuß erstatten ihre Berichte erst in der nächsten Versammlung. Der vorgeschlagenen Zeit wegen wurde der Bericht vom Parteitag zur nächsten Versammlung vertagt. Hierauf erfolgte mit einem begeisterten Hoch auf den Kandidaten Genossen Liebknecht Schluß der Versammlung.

**Gerichts-Zeitung.**

**Ein freikuniger Reichstagsabgeordneter als Angeklagter.**

Vom Landgericht Kassel ist am 7. August der Reichstagsabgeordnete Dr. Heinrich Potthoff wegen Verleumdung zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden; neben ihm wurden zwei Redakteure zu je 50 M. Geldstrafe verurteilt. Dr. P. hat in den Blättern der beiden Mitangeklagten einige Artikel veröffentlicht. Der eine trug die Ueberschrift: Der verfassungswidrige Landtag. Darin sagte er über die Domänenkammer: „Unsere Domänenkammer sollte eigentlich Juden-Kammer heißen.“ Das Gericht hat darin den Vorwurf der wucherischen Ausbeutung gefunden. Der Angeklagte habe dadurch die Behauptung verbreiten wollen, daß die Domänenkammer das Volk wucherisch ausbeute. In einer Broschüre, in der er sämtliche Aufsätze wieder abdruckte, ließ er diese Stelle weg, ein Beweis, daß er — so sagt das Urteil — sich ihres beleidigenden Charakters bewußt war. Die Behauptung ist nicht erweislich wahr. Der Angeklagte hat als Reichstagsabgeordneter den Schutz des § 193 in Anspruch genommen, aber die Form sei nach Ansicht des Gerichtes beleidigend. — Auf die Revision des Dr. Potthoff hob am Donnerstag das Reichsgericht das Urteil wegen Unklarheit des Urteils darüber, ob es nicht den Inhalt mit der Form der Äußerung verwechselt habe, auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Revision der beiden Mitangeklagten wurde dagegen als unbegründet verworfen.

**Der Sittensühmann an der Arbeit.**

Unter dieser Ueberschrift hatte die „Zeit am Montag“ am 12. Dezember 1904 einen Artikel veröffentlicht, der das Vorgehen von Beamten der Sittenpolizei behandelte, die nachts das Hotel Regenbank durchsuchten, um Pärchen aufzufindern, welche das Hotel als Absteigequartier zum Genuß bezahlter Liebesfreuden etwa aufgesucht hätten. Bei jener Gelegenheit sollen die Beamten gegen harmlose Gäste des Hotels in unschätzbare Weise vorgegangen sein. Ein zweiter Artikel der „Zeit am Montag“ vom 19. Dezember 1904 behandelte dasselbe Thema. Beide Artikel brachten eine Reihe von Einzelsällen von Belästigungen harmloser Personen durch Sittenpolizeibeamte. Der Redakteur der „Zeit am Montag“, Axel Schneidt, ist auf Grund dieser Artikel wegen Verleumdung der betreffenden Beamten zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Infolge der von dem Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Falper, eingelegten Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf. Die Sache kam am Freitag zur erneuten Verhandlung vor der 7. Strafkammer am Landgericht I. Die Verhandlung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen, weil eine große Zahl von Zeugen zu vernehmen sind. Ueber den wesentlichen Inhalt dieses Prozesses werden wir nach seinem Abschluß im Zusammenhang berichten.

**Milde Richter.**

Vor der Strafkammer in Halle a. S. stand gestern der Student der Philologie Julius Schmalz als Angeklagter. Der Student hatte in der Nacht vom 27. Juli in einer Droschke mit 8 Kommilitonen einem Freunde „ein Ständchen“ gebracht. Als die „vier Sänger“ aus vollen Kehlen brüllten und die Bürger in der Nachtruhe gestört wurden, bat ein Polizist um Ruhe. Da die Krakeeler aber weiter gröhlten, wurden sie notiert. Der Polizist ging weiter, wurde aber von Schmalz mit den Worten: „Der Axel interessiert mich“ und mit erhobenem Stosse verfolgt. Schließlich ergriff das Publikum für den Polizeibeamten, der sagte: „So führen sich Hallenser Studenten an, was muß ein Beamter hier für eine Ruhe haben“, Partei und der Student erhielt von einem Gasmisierer eine Ohrfeige. Am anderen Tage erstattete er gegen den Beamten Anzeige wegen Mißhandlung und Verdrängung. Diese Anzeige war falsch. Der Angeklagte fand aber milde Richter. Sie nahmen an, er habe im Irrtum gehandelt. Wesentlich falsche Denunziation

liege nicht vor. Die schweren Verleumdungen wurden mit — 30 M. geahndet. Wenn nun der Student ein Arbeiter gewesen wäre?

**Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann.** SW., Alexandrinenstr. 29. Gedruckt täglich von 6 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter** (E. S. 29, Hamburg.) Illale Berlin 4. Heute abend bei Mertens, Andreasstr. 26: Mitgliederversammlung. — Illale Baumfalkenweg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant von F. Köding, Baumfalkenstr. 67: Generalversammlung.

**Vermischtes.**

**Eine Bergwerkskatastrophe.**

Die Mansfeldische Ober-Berg- und Hüttenverwaltung in Giesleben teilt folgendes mit: In den letzten Tagen ist in der fünften Tiefbau-sohle des Rirkelschachtes ein Durchbruch von Schlottemwassern erfolgt, der nicht nur die Einstellung des Betriebes dieses Feldes, sondern auch teilweise eine BetriebsEinstellung im Felde der Berg-inspektion 4 herbeigeführt hat. Die infolge des Wasserdurchbruchs arbeitslos gewordenen Mannschaften, etwa 3500 Mann, werden nach anderen Kupfererzfeldern verlegt. Eine Einschränkung der Metallproduktion läßt sich hierbei nicht vermeiden. Die Bewältigung des Wassers erfordert erhebliche Ausgaben. Es handelt sich um eine vorübergehende Kalamität, die jedoch in Verbindung mit dem in den letzten Wochen eingetretenen Sinken der Kupfer- und Silberpreise das bis vor kurzen sehr gut gewesene Finanzergebnis des Jahres 1907 recht ungünstig beeinflusst und auch im Jahre 1908 sich sehr unangenehm bemerkbar machen wird.

Sollte nicht Preisentlung bei der BetriebsEinschränkung eine größere Rolle spielen als der Wassereindbruch?

Ein wandernder Berg. Aus Cannes wird gemeldet: Auf einem Berge, der einen Weiler im Kanton Saint-Luban überragt, fand ein Abrutsch statt, der sich auf mehrere hundert Meter erstreckte. Das Pfarrhaus sowie ein anderes Haus sind eingestürzt, acht Häuser sind bedroht.

Opfer der Arbeit. Auf der Friedrich Alfred-Hütte der Firma Krupp in Rheinhausen-Priemerschheim entfiel am Hochfest 5 eine Explosion, durch deren Wucht ein 19-jähriger Schloffer aus Hammburg sofort getötet wurde. — Auf der Zeche „Gottesfegen“ wurde der vor seiner Verheiratung stehende Bergmann Wilhelm Menhoff durch herabfallende Gesteinsmassen erschlagen. — Auf einer Zeche in Westfalen stürzte ein Bergmann infolge eines unglücklichen Zufalles in einen Schacht. Er war sofort tot. — In Rematse wurde auf dem dortigen Messingwerk der Arbeiter Westhoff von einem Niemen erfasst und um die Transmissionswelle geschlagen. Ihm wurde der Oberarm abgerissen. — Auf der Zeche „Fry“-Altenessen stürzte ein Raminbauer aus etwa acht Meter Höhe vom Gerüst. Er erlitt sehr schwere innere Verletzungen. — Durch plötzliches Herabbrechen von Gesteinsmassen erlitt der Bergmann Huhmann aus Wattencheid auf der Zeche „Gannover“ der Firma Krupp sehr schwere Verletzungen. — Auf der Zeche „Altenelbe I/II“ erlitt der Bergmann Jakob Vortisch-Bogum durch herabfallende Kohle einen schweren Oberschenkelbruch. — Bei einer Explosion, die sich gestern in dem Lagerraum des Renscheider Brauhauses ereignete, wurde der 35-jährige Arbeiter Kemper getötet.

Hochwasser in Italien. Die aus Mailand berichtet wird, ist infolge von starken Regengüssen der Lago maggiore höher gestiegen als dies seit 1872 der Fall war. Die unteren Stadteile von Pallanza und Isira sind überschwemmt.

Die Flüsse Ebnge, Brenta und Piave sind nach einer Meldung aus Venedig von Regengüssen bedeutend gestiegen. Mehrere Ortschaften der betroffenen Gegend haben durch Ueberschwemmungen gelitten und die Wegeverbindungen sind an verschiedenen Stellen durch Bergstürze unterbrochen. Sieben Brücken sind eingestürzt, mehrere Ortschaften stehen unter Wasser, darunter das Dorf Caprise. Hier ist ein Haus eingestürzt, andere Häuser sind gefährdet. Der Regen dauert fort.

Vermischte Luftschiffer. Nach einer Meldung aus Bordeaux ist ein Luftballon, in welchem am vergangenen Dienstag zwei Mitglieder des Verfalls, der Börsenmakler Weiman und der Kaufmann Scharr, aufgestiegen, seither verschollen. Man befürchtet, daß der Ballon nach dem Meere getrieben und dort verunglückt ist.

Das fällige Bahnunglück. Bei Dris sind, wie aus San Sebastian berichtet wird, ein Personenzug und ein Güterzug zusammengestoßen; 21 Personen wurden schwer verletzt.

**Witterungsübersicht vom 18. Oktober 1907.**

Stationen	Barometer, hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer, hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10 u. 11 u. V. N.	
Schwetzingen	754	SE	1	bedeckt	13	Haparanda	761	SE	2	Regen	6
Hamburg	755	SE	3	Regen	10	Peteraburg	770	SE	2	Regel	6
Berlin	754	SE	2	bedeckt	12	Sibirsk	734	SE	7	Regen	11
Frankfurt a. M.	757	S	3	bedeckt	8	Arabis	748	SE	2	bedeckt	10
München	758	SE	4	wolfig	9	Paris	753	S	3	wolkenl.	8
Stettin	759	SE	1	Regen	14						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 19. Oktober 1907. Trocken und zunächst vielfach heiter, am Tage wärmer bei lebhaften südlichen Winden; später wieder Zunahme der Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18 Veteranenstrasse 1-2

Heute Sonnabend:

## Doppelte Rabatt-Marken.

Ferner; Extra-Preise

# Porzellan \* Emaille \* Lebensmittel

# Möbel

und Polsterwaren.

Kolossale Auswahl.

Einzelne Möbelstücke

Anzahlung von . . . . **3 Mark** an

Kulanteste Zahlungsweise.

# D. Lechner

Brunnenstraße 192

Gros Haus vom Rosenthaler Tor.

Sonntags von 8—10 u. 12—2 Uhr geöffnet.

**Jeder Arbeiter,  
jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit**

die Lederhose **Herkules** trägt.  
Unverrichte Leistungsfähigkeit.  
Allgemein-Verkauf. Sehr hartes Leder in  
praktischen grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Am Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Rapp-  
nähte. Haltbarste Pilot-Taschen.  
Große Hüften umsonst.  
Die **Herkules-Hose** 4 M. 50

**Monteur-Radetzki „Edison“**,  
schlauer Körper oder Dreil 2 M. 65  
**Monteur-Hosen „Edison“**,  
schlauer Körper oder Dreil 2 M. 25  
Manchester-Hosen-Gambirius 6 M. 50  
Manchester-Radetzki-Gambirius 11 M. 50  
Waler-Rittel . . . . . 3,50, 2 M. 40  
Mechaniker-Rittel (braun) 3,35, 2 M. 75  
Beize Lederhosen . . . . . 4,50, 3 M. 75  
Reifen-Hänge . . . . . 7,25, 6,—, 5 M. 50  
Beize Radetzki für Reizeur, Reizner  
Kanditoren, Köche usw.  
Die Preise gelten für normale Größen.

**Baer Sohn**

Chausseestr. 29/30. Brückenstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Haupt-Statlog gratis und franco.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Bundweite und die Schnittlänge, bei  
Radetzki und Ritteln die Brustweite  
anzugeben. 30542\*

**Nachdruck verboten!**  
Hund-Roll frisch geal.  
Schweinefleisch nur  
M. 3,30, 25 St. M. 7,90 ab hier.  
9 Pfund hoch. **Polländer Käse**,  
Schnitt u. alt. M. 2,00, 35 Pf.  
M. 10,50, versch. unter Nachn.  
**H. Krogmann, Rortorf i. G. 43.**

**Nathan Wand**

129 Stallherstr. 129.  
Die schönsten 332\*  
**Herren - Winter - Paletots**  
und Anzüge in neu  
sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
von Kavaliere getragene Sachen,  
selt neu, für jede Figur passend.  
speziell Bauchanzüge sind in  
großer Auswahl stets zu staunend  
billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Stallherstr. 129.  
Bahnhofstation Rottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.



**Katz Gebrüder**

Filiale: 121 Große Frankfurter-Straße 121

Vom Sonnabend, den 19. bis Sonnabend, den 26. d. M.

**Strümpfe.**

Damen-Strümpfe, schwarz, deutschlang, plattiert, halb Wolle Paar	55,	75	Pf.			
Damen-Strümpfe, schwarz, deutschlang, reine Wolle . . . Paar	95	Pf.	1,50 M.			
Damen-Strümpfe, schwarz, englischlang, gewebt, reine Wolle . . . Paar	1,25	M.				
Damen-Strümpfe, schwarz, englischlang, geringelt, reine Wolle . . . Paar	1,35	M.				
Herren-Socken, plattiert . . . . . Paar	40	Pf.	60 Pf.			
Herren-Socken, reine Wolle . . . . . Paar	85	Pf.	1,10 M. 1,25 M.			
Kinder-Strümpfe, schwarz, plattiert	Größe 1	2	3	4	5	6
	38	48	58	68	78	88
Kinder-Strümpfe, schwarz, reine Wolle, englischlang	Größe 1	2	3	4	5	6
	75	85	95	1,05	1,10	1,25

**Kurzwaren.**

Safingurtband . . . . . Stück	48	Pf.
Tailenverschlüsse Stück	5, 12, 14	Pf.
Armlätter . . . . . Paar	8, 12, 15	Pf.
Druckknöpfe, rostfrei . . . . . Dtzd.	5	Pf.
Stecknadeln . . . . . per 200 Stück	3	Pf.
Stecknadeln . . . . . 5 Briefe	10	Pf.
Rouleauxschnur . . . . . Stück	18, 35	Pf.
Bettlitzten . . . . . Stück	19, 38	Pf.
Baumwollband . . . . . Stück	4, 8	Pf.
Jaconetband . . . . . Stk.	7, 9, 10	Pf.
Kragenstäbchen . . . . . Dtzd.	8	Pf.
Fischbein . . . . . Dtzd.	9, 12, 15	Pf.
Mohair-Schutzborten Meter	3, 6, 9	Pf.
Schneiderkreide . . . . . 10 Stück	5	Pf.
Haken und Augen, schwarz, 2 Kart.	5	Pf.
Nähseide, schwarz u. farbig, Docke	3	Pf.
Lockennadeln . . . . . 15 Päckch.	5	Pf.
Strumpfbänder mit Schleife, Paar	35	Pf.
Kleidersatin in viel. Farb.	52, 65, 70	Pf.
Faille, 100 cm breit . . . . .	48	Pf.
Futtertailen . . . . . Stck.	95	Pf.
Futtergaze . . . . . Meter	16	Pf.
Camlot schwarz . . . . .	32, 40, 50	Pf.
Camlot farbig . . . . .	42	Pf.
Jaconet schwarz, weiß, grau Mtr.	26	Pf.
Gloria in allen Farben . . . . .	1,80	

**Korsetts.**

Gebümt Empire . . . . . Stück	95	Pf.
Grau Drell, halbhoch . . . . .	1,25	M.
Grau Frack . . . . . Stück	1,45	M.
Gürtel, rosa, blau, grau . Stück	85	Pf.

**Schürzen.**

Damen-Reform-Hänger . Stück	95	Pf.
„ Halbreform-Schürze Stck.	95	Pf.
Tändelschürzen, marine, Satin mit Spitze . . .	95	Pf.
Kinder-Hänger, bunt, Gr. 45-60 lang	95	Pf.
Weiß Servier-Schürze Stück	95	Pf.

**Weißwaren.**

Spachtelpassen . . . . . Stück	95	Pf.
Damen-Stickereikragen Stück	35	Pf.
Gummigürtel m. Stahlpoints u. Rückensch. . . . .	38, 48	Pf.
Samtgürtel . . . . . Stück	75, 90	Pf.
Goldgummigürtel . . . . . Stück	85	Pf.
Unterrock-Volants . . . . . Stück	95	Pf.
Einheftekragen, Batist, Stck. v. 10	10	Pf. an

**Luftballons für Kinder gratis!**

**Verlangen Sie Rabatt-Marken!**

**Blendol**



mit dem **Putzmännchen** putzt alle Metalle blendend blank und schmiert nicht.  
In Glasfl. zu 10 u. 25 Pf., Blechfl. zu 20, 30 u. 50 Pf.  
überall erhältlich.  
Aussch. Fabrik Urban & Lemm, Charlottenburg

**Diese Woche**

täglich, Sonntag, verkaufen wir als Gelegenheitskauf für Herren jeden Standes zu Preisen wie solche enorm

**billig**

aus feinsten Massstoffen teils auf Seide gefertigt, hochvernehme, Herren-Ulster, mod. Rock, Jackett-

**Anzüge Paletots**

doren sonstiger Masspreis 40-70 M. ist, jetzt 15-35 M. Gehrockanzüge jetzt 25-45 M. Herren-Hosen jetzt 7-12 M. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Treppe.

**Dr. Schünemann**

Spezial-Arzt für 1493\* Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

**Modewaren-Haus Jacques Cohn**

Ecke Sallerstrasse Müller-Strasse 182-183 Ecke Sallerstrasse

In dieser Woche

**aussergewöhnlich billige Preise**

**Damenconfection**

Ein grosser Posten moderne

<b>Herbst- u. Winter-Paletots</b>	
Serie I Wert bis ca. 16,00 M. . . . . jetzt	850
Serie II Wert bis ca. 19,50 M. . . . . jetzt	925
Serie III Wert bis ca. 25,00 M. . . . . jetzt	1285
Serie IV Wert bis ca. 28,00 M. . . . . jetzt	1475

**Kostümröcke**

Serie I Sportröcke aus farbigen und gemusterten Stoffen . . . . .	295
Serie II aus englischen Stoffen, in verschiedenen Macharten . . . . .	425
Serie III englisch kariert, und Plaidstoffen, ganz apart, mit Falten . . . . .	550

**Damen-Unterröcke**

Serie I aus farbigem Tuch mit Volant und Besatz	175
Serie II aus Cloth, ganz gefüttert, mit breitem Volant . . . . .	250
Serie III aus farbigem Tuch, mit plissiertem Volant und reicher Garnierung . . . . .	375

**Putz**

**Damenhüte**

englisch garnierte Hüte . . . . .	1 <sup>15</sup>	75 Pf.
elegante Filzformen . . . . .	95	75 Pf.
Elegant garnierte Filzhüte (Glockenform) m. reichhalt. Taftgarnierung	4 <sup>75</sup>	395
Moderne Fantasie-Federn	45	38 Pf.
Hahnenschlappen in allen Schattierungen . . . . .	65	58 Pf.
echten Straussfedern . . . . .	1 <sup>10</sup>	85 Pf.
Pariser Schleier enorm billig, von	35	Pf. an

**Pelzwaren**

Seal-Kaninkragen extra lang . . . . .	390	550
Tibet-Pelzkragen 2Mtr. lang	750	950 1200
Eisfell-Kinderkapotten . . . . .	125	150

**Kleiderstoffe**

Ein grosser Posten

Cheviots reine Wolle, 110 cm breit, in verschiedenen Farben . . . . .	125
Costumstoffe 130 cm breit . . . . .	145
Blockcaros für Kleider und Röcke . . . . .	110
Hauskleiderstoffe in modernen Farben . . . . .	85 68 Pf.
Blusenstoffe neueste Streifen und kariert . . . . .	110 85 Pf.
Velour-Flanelle für Blusen und Kleider . . . . .	58 45 Pf.
Kleider-Barchent Ersatz für Wolle . . . . .	45 38 Pf.
Seidenstoffe in verschied. Farben	95 Pf.
Blusen-Neuheiten kariert und gestreift in Taffet und Louisine . . . . .	195 145
Sammet für Blusen moderne Muster . . . . .	175 145

13. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Wieselfeld, 16. Oktober.

Dritter Verhandlungstag.

Ueber die

Taktik bei Lohnbewegungen

referiert G. H. E. Bremen: Der Lohnkampf hat schärfere Formen im allgemeinen angenommen, aber die Taktik bei den Einzelkämpfen sei sehr verschiedenartig und wechselt...

rückständige Bezirke in den Kreis der Lohnbewegung ziehen resp. sie unterstützen. Wünschenswert wäre es, einen Minimallohn für das ganze Reich festzusetzen...

Wärner-Berlin erklärt die Berliner Verhältnisse, speziell unter den Zigarettenarbeitern, unter denen sich viele ausländische befinden, mit denen eine Verständigung oft sehr schwer ist...

Repp-Ostensen empfiehlt, den Antrag auf Einführung der Kontrollmarke anzunehmen.

Mein-Köln geht auf die Taktik der christlichen Gewerkschaften bei Lohnkämpfen ein. Sie vermeiden Lohnkämpfe, wo sie in der Majorität sind...

Haberer-Offenburg wünscht nicht, daß bei Lohnfragen immer erst die Städte berücksichtigt werden. Die Lohnforderungen der Arbeiter auf dem Lande sind ebenso berechtigt...

Burgold-Braunschweig: Daß das organisierte Unternehmertum sich in neuester Zeit mehr mit unserer Organisation beschäftigt hat, liegt in unserer Taktik...

Krohn-Speyer: Aus den bisherigen Ausführungen geht hervor, daß es nicht möglich ist, eine einheitliche, allein gültige Taktik im ganzen Reiche bei Lohnbewegungen innezuhalten...

Kaas-Pfungstadt ist gegen den Abschluß von Tarifen; sie hindert, fortzuschreiten in der Hebung der Arbeiterlage. Die Agitation müsse mehr gefördert werden...

Schlüter-Wieselfeld: Die Kollegen auf dem Lande sind in der Regel schlechter dran, die Löhne sind niedriger, die Lebensmittel nicht billig. In unserem Gau sind die christlich organisierten Glieder keine Katholiken...

v. Elm begründet in der Nachmittags-Sitzung einen von ihm eingebrachten Antrag, betreffend Festsetzung eines Minimallohnes und Einführung einer Schutzmarke...

Für die Schutzmarke war die Zeit noch nicht reif, als die Schutzmarke von uns eingeführt wurde, aber weil erfolglos, wieder fallen gelassen wurde. Zweifelloß hat Rapp mit seinen Gründen für die Schutzmarke recht...

Wolf-Berden begründet den Antrag, den Minimallohn auf 0 M. pro Mille festzusetzen. Man habe damit bezweckt, daß in den rückständigen Bezirken nach Erreichung dieses Satzes getrebt wird...

Deichmann-Bremen: Der Dresdener Zigarettenarbeiter-ausstand, auf den Börner hinwies, hat uns gezeigt, daß man vorsichtig bei Lohnkämpfen verfahren muß. Redner erklärt das aus Einzelvorkommnissen bei jenem Ausstand...

Die Schutzmarke ist seinerzeit fallen gelassen worden, weil die Fabrikanten, die sie führten und die Bedingungen erfüllten, Schaden davon hatten. Die besseren, teureren Qualitäten werden nicht von Arbeitern gekauft...

Reising-Strahburg: In der Zigaretten- und Kautabafabrikation ist die Anwendung des Vohlotts leichter als in der Zigarrenindustrie. Nicht nur in großen Städten ist die Lohnbewegung berechtigt wegen des dortigen teureren Lebensunterhalts...

Blome-Bremen ist gegen Einführung der Kontrollmarke, hat aber nichts dagegen, daß die Angelegenheit der Generalkommission zur Prüfung übergeben werde.

Arnhold-Hamburg polemisiert gegen die Vorwürfe einzelner Redner gegen den Sortiererverband. Die Agitation sei nicht vernachlässigt worden, und es hätten Organisationen der Sortierer an einzelnen Orten bereits bestanden...

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 17.10., seit 16.10., and am 17.10., seit 16.10. Lists various locations like Memel, Regal, Weichsel, etc.

8 Tage Vorzugspreise

Teppiche

- Saalgröße a 90, 65 u. 50 M.
Salongröße a 65, 40 u. 30 M.
Wohnzimmergröße a 35, 25 u. 20 M.
Sofagröße a 14, 10 u. 6.50 M.

Steppdecken

- Excelsior-Cloth a 8.25, 6.50 u. 4.80 M.
Seidenart. Lasting doppelseitig a 12, 10 u. 8 M.
Wollatlas-Lasting a 10, 7.50 u. 6.50 M.
Seiden-Atlas u. Serge a 18, 15 u. 12 M.

Läuferstoffe

- Brüssel und Tapestry a 2.50 u. 1.50 M.
Velour a 3.60 u. 2.90 M.
Holländer a 1.20 M., 80 u. 40 Pf.

Gardinen

- Englisch Tüll per Fenster von 2.50 M.
Brüsseler Tüll per Fenster von 4.75 M.
Spachtel-Tüll per Fenster von 10 M.
Erbs-Tüll per Fenster von 12 M.

Stores

- Relief-Tüll von 2.75 M.
Spachtel-Tüll von 5.50 M.
Band (Lacet) von 5, 7, 12.50 M.

Tischdecken

- Wolle mit Franse a 5, 4, 3 M.
Tuch, gestickt a 8, 6, 3 M.
Plüsch mit applizierter Borde a 10, 9, 7 M.
Plüsch, gestickt a 15, 12, 8 M.

Portieren

- Plüsch, gestickt, 2 Shawls u. 1 Lambrequin von 9 M.
Tuch, gestickt per Garnitur von 6 M.
Velvet mit Tuchapplikation per Garnitur von 12 M.
Wolle, gestickt per Garnitur von 7 M.

Diwandecken

- Karamani, doppelseitig mit Fransen 7.50 M.
Velour-Frisé, doppelseitig 8.50 M.
Plüsch-Moquette 35, 28 u. 19 M.

Felle und Felleppiche

- Chines. Ziege mit Futter a 10, 7.50, 6, 3.75 M.
Angora, Lamm Größe 90x180. 10 u. 8.50 M.
Dingo-Fell-Teppich mit Futter 9.50 u. 6.75 M.

